

Dokumente und Materialien zur Osnabrücker Stadtökologie



herausgegeben von Dr. Gerhard Becker
im Auftrag des Vereins für Ökologie und Umweltbildung Osnabrück e. V.

NATUR UND UMWELT IN DER STADT OSNABRÜCK



- Umweltgeschichtliches Archiv
- Städtische Umweltbildung
- Initiative Umweltbildungszentrum

Projektleiter: Dr. Gerhard Becker

wiss. MitarbeiterInnen: Vera Lange
Günter Terhalle
Ute Vergin

c/o Verein für Ökologie und Umweltbildung Osnabrück e. V.

Uhlandstr. 13, 49078 Osnabrück ☎ 0541/ 41239 oder 0541/969-4473

FAX 0541/969-1233

c/o Universität Osnabrück, Fachbereich Erziehungs- und Kulturwissenschaften

Luisenstr. 14, 49069 Osnabrück, ☎ 0541/969-4762, FAX 0541/969-4826



Inhalt

Gerhard Becker

Vorwort

I

Ute Vergin

1.	Der Schinkel - Teilbereiche seiner Entwicklung in den letzten 100 Jahren	1
1.1.	Stadtentwicklung	3
1.1.1.	Die Klusunterführung an der Buerschen Straße	3
1.1.2.	Die Eingemeindung der Landgemeinde Schinkel	15
1.1.3.	Geplante Stadtteilerweiterung Widukindland	22
2.	Grün im Schinkel	29
2.1.	Baumfreveln	36
2.2.	Maßnahmen der Stadt Osnabrück	39
2.3.	„Grün“ als Naherholungsgebiet	42
2.3.1.	Sport- und Spielplätze	42
2.3.2.	Kleingärten	46
2.3.3.	Naherholungsgebiete am/ im Schinkel	52
	Anhang, Literatur	61

Gerhard Becker

Vorwort

- anlässlich der Lehrerfortbildungsveranstaltung
„Stadtökologische Lernorte. Frei-/Brachflächen in der Stadt Osnabrück“
am 15./16.5.1995 -

Die Lebensqualität, „die umwelt- und gesundheitsverträgliche Gestaltung des unmittelbaren menschlichen Lebensraumes, steht im Mittelpunkt [...]. In diesem Themenbereich kann verdeutlicht werden, daß es beim Umweltschutz wesentlich auch um die verantwortliche und aktive Mitgestaltung der eigenen unmittelbaren Lebenswelt (Haus und Garten, Schule, Stadtteil und Gemeinde) geht. Möglich sind die konstruktive Beteiligung an kommunalen Planungen, die Entwicklung eigener Modellplanungen - z.B. zugleich phantasievolle und realistische Modelle einer Stadt der Zukunft-, die planerische Umgestaltung des eigenen Umfeldes und zum z.T. auch die Realisierung beispielhafter Maßnahmen und Verhaltensweisen: Verwendung umweltfreundlicher Verkehrsmittel, zugleich ökologische, ästhetische und bedürfnisgerechte Gestaltung von Innen- und Außenräumen, ökologisches Bauen usw.“

Diese und ähnliche, zum lokalen Thema „Stadtteilerweiterung Schinkel-Ost“ passende Aussagen sind in den „Empfehlungen zur Umweltbildung in allgemeinbildenden Schulen“ des nds. Kultusministeriums in dem Abschnitt zum Themenbereich „Siedlung und Verkehr“ (S.34/35) nachzulesen. Insgesamt werden 13 solcher fächerübergreifender Themenbereiche vorschlagen, die für das gesamte Schulwesen gelten und „als ökologische Schwerpunktsetzungen bisheriger Themenbereiche und Inhalte der Rahmenrichtlinien“ in den ‘regulären’ Unterricht integriert werden sollen und können (S. 18).

So leicht, wie es hier nahegelegt wird, ist es jedoch in der schulischen Praxis leider nicht. Dort fehlen in der Regel fast alle inhaltlichen Voraussetzungen, die mit großem Arbeitsaufwand von besonders engagierten LehrerInnen geschaffen werden müßten. Das in solchen Mitgestaltungsansprüchen formulierte Ziel, mit pädagogischer Arbeit reale Veränderungen und Verbesserungen der außerschulischen Wirklichkeit und damit verknüpft eine erfahrungsbezogene Bildung der SchülerInnen und LehrerInnen zu erreichen, ist der klassische Anwendungsfall des Projektgedankens als Unterrichtsmethode und -form. Seiner praktischen Umsetzung stehen jedoch in den Schulen bekanntlich zahlreiche strukturelle Hindernisse entgegen, die eine grundlegende Reform erfordern.

Eine Probe aufs Exempel und zugleich eine große, ja einmalige umweltpädagogische Chance, ja eine Chance für die bildungspolitische aktuelle Forderung einer „Öffnung der Schule“ bietet sich im **Stadtteil Schinkel** für die dortigen Schulen, insbesondere für die große Gesamtschule: die Stadt Osnabrück plant dort seit kurzem auf bislang unbebauten, landwirtschaftlichen Flächen einen **neuen Stadtteil** für etwa 6000 Bewohner. Damit

II

wird nicht nur das räumliche und soziale Umfeld der bislang im Schinkel und angrenzenden Stadtteilen wohnenden Bürger einschneidend verändert, sondern auch das der Schulen und SchülerInnen.

Angesichts der tiefen Krise der Städte ist eine moderne, ökologisch orientierte Stadtplanung absolute Überlebensnotwendigkeit und ein anspruchsvolles, komplexes Unterfangen. Die Stadt Osnabrück scheint diese städtebauliche Herausforderung erkannt zu haben und bemüht sich um zukunftsorientierte und modellhafte Lösungen (s. den Erläuterungsbericht zum städtebaulichen Rahmenkonzept im Anhang dieses Materialienbandes). Allerdings reicht es nicht, im Sinne moderner Vorstellungen von Stadtplanung, Ressort- und Fachgrenzen zu überwinden, um zu neuen konstruktiven Lösungen zu kommen. Im Zentrum der Stadtentwicklung muß die Partizipation der BürgerInnen stehen, es muß jedoch auch die nachwachsende Generation mit einbezogen werden. Kompetente Mitsprache erfordert die Kenntnis von Zusammenhängen, Hintergründen und Ursachen sowie der Fähigkeit der interpretierenden Wahrnehmung von Umweltproblemen in der eigenen Alltags- und Lebenswelt. Solche Voraussetzungen sind in großen Teilen der Bevölkerung noch kaum vorhanden, ebenso selten gibt es Angebote, dies zu lernen. Partizipation ist allerdings nicht nur ein demokratischer Anspruch, sondern auch eine sachliche Notwendigkeit, denn neue Formen städtischen Lebens, die in den Planungen vorausgesetzt werden, können ohne entsprechendes Bewußtsein und Verhaltensdispositionen nicht funktionieren — man denke etwa an den Verkehrsbereich. Städtische Umweltbildung, allgemeiner „Bildung für eine ökologische Urbanität“¹, müßte in diesem Sinne unverzichtbarer Bestandteil von Stadtentwicklungsplanung sein², sie könnte einen wesentlichen, mittel- und langfristig wirkenden Beitrag zur städtischen Umwelt- und Daseinsvorsorge leisten. Leider wurde dieses Potential in der Kommunalpolitik noch kaum entdeckt, ja es scheint angesichts der Finanzkrise der Kommunen kaum eine Chance zu bestehen, daß es auch ernsthaft genutzt wird.³

¹ s. Becker, Gerhard: Sinnliche Naturwahrnehmung, Pädagogik und ökologische Urbanität. In: Zacharias, Wolfgang (Hrsg): Sinnenreich. Vom Sinn einer Bildung der Sinne als kulturell-ästhetisches Projekt, Klartext-Verlag (Edition Umbruch) 1994, S. 238-248

² vgl. z.B. die Ausgabe 193 der didaktischen Zeitschrift UNTERRICHT BIOLOGIE (April 94), die das Thema „Stadterkundung - Stadtplanung“ hat.

³ s. Becker, Gerhard: Öffnung von Schule zur städtischen Umwelt als Aufgabe kommunaler Bildungspolitik und regionaler Vernetzung. In: Carle, Ursula (Hrsg.): Gesunde Schule, Osnabrück 1995 (in Druck)

III

Freilich möchte ich an dieser Stelle aus pädagogischer Sicht davor warnen, die Lernprozesse der SchülerInnen einseitig instrumentalisieren zu wollen, sei es für Zielsetzungen der Stadtplanung (und seien sie noch so wichtig und begründet), sei es für institutionelle Interessen der jeweiligen Schule, sei es im Sinne politischer Ambitionen von engagierten LehrerInnen, sei es im Sinne der Erhaltung des herrschenden Zustandes durch Verzicht oder Ignoranz gegenüber aktuellen Themen. Der vielfach beklagten Sinnkrise der SchülerInnen kann man nur dadurch entgegenzutreten, daß man ihre Interessen und Bedürfnisse wirklich ernst nimmt.

Die offensichtlichen Defizite und Probleme lokaler städtischer Umweltbildung stellen für die Projektgruppe NUSO (=Natur und Umwelt in der Stadt Osnabrück) und den sie in Kooperation mit der Universität tragenden gemeinnützigen „Verein für Ökologie und Umweltbildung Osnabrück e.V.“ seit einigen Jahren den Hauptansatzpunkt der eigenen Arbeit dar. Wir leisten vor allem Grundlagenarbeit und wollen in kooperativer Form Beiträge zu einem ökologischen und urbanen Bewußtsein in der Stadt Osnabrück leisten. Unsere besondere Aufmerksamkeit gilt den Schulen und anderen Bildungseinrichtungen, denen wir für Umweltbildung zu wichtigen lokalen und regionalen Themen vielfältige Unterstützung anbieten. Dies soll u.a. durch die **Reihe „Dokumente und Materialien zur Osnabrücker Stadtökologie“** geschehen, die zunächst als Hintergrundmaterial zum Selbststudium der LehrerInnen dient. In Kooperation mit interessierten Schulen und LehrerInnen sollen daraus „didaktische Materialien“ und schließlich konkrete Unterrichtsmaterialien entwickelt und erprobt werden.

Mit diesem **Band 2**, der zur Lehrerfortbildungsveranstaltung vorgelegt wird, setzen wir eine bereits vor Jahren begonnene und bewährte Arbeit fort: 1991 erschien unser 300seitiges Buch „Stadtentwicklung im gesellschaftlichen Konfliktfeld — Naturgeschichte von Osnabrück“, in dem NUSO sich umweltgeschichtlich mit dem Wallring, der Hase, dem Westerberg und anderen Themen beschäftigte. Im Februar dieses Jahres erschien in einer ersten Auflage der **Band 1** dieser neuen Reihe (Günter Terhalle, Ute Vergin: Sch..., Müll, Altlasten und was damit zu tun hat), der sich auf die Osnabrücker Müllgeschichte und auf die aktuelle Altlastenproblematik im Stadtteil Wüste bezog. Weitere Bände sind geplant sowie eine Erweiterung und grundlegendere Überarbeitung der jeweiligen ersten Auflagen.

IV

Die Planung eines vollständig neuen Stadtteils im Schinkel berührt selbstverständlich sämtliche Bereiche moderner, ökologisch orientierter Stadtplanung: Landschaftsgestaltung, Klima, Verkehr, Wasserhaushalt, Müll, Energiegewinnung und -nutzung, Gewerbegebiete, ... Mit dem vorliegenden Band und einem großen Teil der Fortbildungsveranstaltung haben wir uns für den **Schwerpunkt „Frei- und Brachflächen“** entschieden, der vor allem drei Vorteile bietet:

- Städtische Frei- und Brachflächen sind nicht nur von stadttökologischer hoher Bedeutung für ein zukunftssträchtiges Modell innerstädtischer Natur und städtischer Naturbeziehung, sondern bieten hervorragende Möglichkeiten für die Entfaltung (Wiedergewinnung?) der Freiheit der Kinder und Jugendlichen sowie für umweltpädagogische Arbeit.
- Es wird ein handhabbarer Einstieg in das Thema Stadtteilerweiterung geboten. Dabei ist nicht nur an den neuen Stadtteil zu denken, sondern an die neue Planung für das ehemalige Klöckner-Gelände, die ebenfalls einer Stadtteilerweiterungen gleichkommen und bereits jetzt viel Studienmaterial liefern.
- Sehr naheliegend ist hier die Möglichkeit und Sinnhaftigkeit der Verknüpfung mit der bisherigen Geschichte des Stadtteils und der Stadt insgesamt, ist doch dieser Stadtteil in seiner heutigen Gestalt doch in mehreren Schüben durch Umnutzung von Freiräumen entstanden.

Ute Vergin hat unter dem letzten Aspekt eine **umweltgeschichtliche Rekonstruktion der Geschichte des Schinkels** vorgenommen und auf über 60 Seiten dabei mehrere spezifische Entwicklungsphasen herausgearbeitet. Ihr Beitrag bietet eine wesentliche Grundlage, genügend Einzelanlässe, Ansatzpunkte sowie außerschulische **Lernorte**, um den Schinkel genauer zu erkunden, zu verstehen und ggf. zu verändern ...

Im **Anhang** findet sich der Text des **Eingemeindungsvertrages** der Stadt Osnabrück mit der damaligen Landgemeinde Schinkel aus dem Jahre 1913 (S. 61ff). Außerdem sind noch einige Kopien von **Originalzeitungsartikeln** abgedruckt, die aus der ganzen Geschichte bis hin zur aktuellen Stadtteilerweiterung reichen. Sie sollen hier vor allem exemplarisch zeigen, was im NUSO-Archiv zu finden ist. Bei Bedarf sind nutzbare Kopien bei uns erhältlich. Im übrigen wurden neben themenbezogener Literatur für diesen Beitrag 1.200 Zeitungsartikel ausgewertet.

Die historische Dimension der städtischen Umwelt und Natur halten wir deshalb wichtig, weil ohne sie aktuelle Umweltprobleme weder zu verstehen sind, noch einer angemessenen Lösung zuzuführen sind, die der spezifischen lokalen Situation und den Interessen und Wünschen der betroffenen Bürger gerecht wird. Sie ist für die allgemeine Bewusstseinsentwicklung deshalb wichtig, weil die Stadtentwicklung und die mit ihr einhergehen-

den, zum Teil gravierenden Veränderungen einem schnellen Prozeß des Vergessens in der Öffentlichkeit unterliegen, soweit sie überhaupt je bewußt vom einzelnen Bürger mitvollzogen wurden. Für SchülerInnen dürfte eine umwelthistorische Spurensuche in jedem Fall neue Erkenntnisse und Aha-Erlebnisse erbringen. Deshalb stellte die systematische umwelthistorische Recherche den Schwerpunkt der Arbeit von NUSO in den letzten Jahren dar, was sich in einem derzeit fast 12.000 Dokumente umfassenden Lokalarchiv und einer dazugehörigen Datenbank niedergeschlagen hat.

Materialien: Zusätzlich in den Materialband aufgenommen wurden vor allem zwei Texte bzw. Dokumente, die von Vera Lange besorgt und erstellt bzw. freundlicherweise uns vom Stadtplanungsamt zur Verfügung gestellt wurden:

- **Transkript** des Kommentars des Videofilmes „Das Wetter ist Menschenwerk - Stadtklimatologie, eine neue Wissenschaft“, der zu Beginn der Veranstaltung gezeigt wird.
- **„Erläuterungsbericht“** des städtebaulichen Rahmenkonzepts zur „Vorbereitung einer städtebaulichen Entwicklungs-Maßnahme in Osnabrück Schinkel-Ost/Gretesch“

Für die TeilnehmerInnen der Lehrerfortbildungsveranstaltung wird dieser Band in nächster Zeit noch durch **weitere Texte und Dokumente**, vor allem zum Thema Frei- und Brachflächen ergänzt (Vera Lange). Darüberhinausgehende Erweiterungen, auch in didaktischer Hinsicht, können mit den TeilnehmerInnen abgesprochen werden.

An dieser Stelle möchte ich abschließend eine Bemerkung zur weiteren Arbeit von NUSO und zu unserem Kooperationsangebot machen: Der stadtoökologisch — im weitesten Sinne verstanden — ausgerichtete Ansatz der Arbeit von NUSO hat inzwischen modellartige Bedeutung weit über Osnabrück hinaus gewonnen, weshalb wir zur Zeit Unterstützung durch die Deutsche Bundesstiftung Umwelt im Sinne eines auf etwa ein Jahr befristeten Pilotprojektes und einer Anschubfinanzierung erhalten. Zusammen mit den mit uns kooperierenden Schulen, Gruppen und anderen umweltpädagogisch relevanten Einrichtungen bieten sich danach große Chancen der Entfaltung eines Reformansatzes, der u.U. über mehrere Jahre gefördert werden könnte. Im übrigen ist die mit einer auf den Stadtteil bezogenen Projektarbeit einhergehende „Öffnung“ der Schulen von hoher bildungspolitischer Aktualität, die insbesondere vom nds. Kultusministerium gefördert wird.

Ute Vergin

1. Der Schinkel - Teilbereiche seiner Entwicklung in den letzten 100 Jahren

Man kann die Geschichte einer Stadt, einer Gemeinde oder eines Stadtteils sehr unterschiedlich betrachten. Eine häufige Vorgehensweise ist die der chronologischen Untersuchung und Gesamtdarstellung, oft beginnend mit den ersten Siedlungsspuren und in der aktuellen Zeit endend. Innerhalb einer solchen zeitorientierten Abhandlung wird man aber trotzdem nicht auf eine systematische Arbeitsweise (z.B. die Darstellung der Wirtschafts- und Sozialgeschichte, der Kirchengeschichte oder der politischen Geschichte) verzichten können, aber diese Schwerpunkte werden in den chronologischen Aufbau integriert. Wenn man sich jedoch mit Teilbereichen der so umfangreichen Stadtgeschichte beschäftigt, bietet sich der entgegengesetzte Weg an. Anhand von systematischen Einzeldarstellungen kann insgesamt ein anschauliches Bild der Gesamtentwicklung geboten werden. Diese Vorgehensweise wurde für die folgende Abhandlung gewählt. Ausgangspunkt ist der Teilbereich „Gemeinde- bzw. Stadtteilentwicklung - Stadtteilerweiterung“, bezogen auf den Schinkel, der bis zu seiner Eingemeindung 1914 eine selbständige Landgemeinde war. Anhand der Schwerpunkte „Klusunterführung Buersche Straße“, „Eingemeindung“ und „Stadtteilerweiterung“ sollen die Entwicklung und Umstrukturierung von einer ländlichen Gemeinde in eine Vorstadt mit den entsprechenden Eingriffen in die Ökologie dargestellt werden. Dabei werden drei unterschiedliche Möglichkeiten der Stadt(teil)erweiterung vorgestellt: die Zusammenführung bisher räumlich getrennter Gebiete, die Anbindung einer ehemals selbständigen Gemeinde an die Stadt und die Planung und Ausführung eines neuen Stadtteiles „auf der grünen Wiese“. Eng verbunden mit dem Themenkomplex „Stadtteilerweiterung“ sind die landschaftlichen Veränderungen. Die Abnahmen bzw. Umstrukturierungen von Grün-, Frei- und Brachflächen wirken sich nicht nur optisch aus, sondern beeinflussen sowohl das Ökosystem „Stadt“ wie auch das Stadtklima. Daher wird in einem zweiten Abschnitt auf die Grünflächen im Schinkel eingegangen.

Als Quellenmaterial für die folgende Abhandlung standen sowohl das Archiv des Projektes NUSO mit mittlerweile mehr als 11.000 Zeitungsartikeln¹ aus dem Lokalbereich der Stadt Osnabrück und das Buch „Schinkeler Geschichte(n)“², 1990 vom Bürgerverein Osnabrück-Schinkel von 1912 e.V. herausgegeben, zur Verfügung.



Abb. 1: Der Schinkel um 1900³

¹ Für die vorliegende Abhandlung wurden ca. 1.200 Zeitungsartikel aus der Zeit von 1850 bis 1994 ausgewertet

² auf das an dieser Stelle verwiesen werden soll

³ Bildnachweis: Arbeitsgemeinschaft Spörhase/ Wulff, Karten zur Entwicklung der Stadt. Das Werden des Stadtgrundrisses im Landschaftsraum, Osnabrück 1988, Bl. 8

1.1. Stadt(teil)entwicklung

1.1.1. Die Klusunterführung an der Buerschen Straße

Wenn von Stadterweiterung oder räumlicher Stadt(teil)entwicklung die Rede ist, hat man in der Regel die Grünflächen am Stadtrand vor Augen, die zunehmend bebaut werden. Die folgende Darstellung, die den Bau der Klusunterführung im Zuge der Buerschen Straße zum Inhalt hat, soll zeigen, daß die räumliche Stadtentwicklung auch durch die Zerstörung oder wenigstens starke Beeinträchtigung innerstädtischer Naturräume geschehen kann, indem man zwei durch ein Hindernis voneinander getrennte Gebiete zusammenfügt. Interessanterweise bestand dieses Hindernis nicht durch eine natürliche Barriere, die man zu umgehen suchte, sondern durch eine von Menschenhand geschaffene Beeinträchtigung, nämlich den Bahngleisen, die sich auf Straßenniveau durch das Stadtgebiet zogen und dieses stark von den außenliegenden Gebieten abtrennte. Nachdem man also zuerst in den Genuß der neuesten Errungenschaft gelangt war, dem Aufbau eines großräumigen Verkehrsnetzes, stellte sich heraus, daß die kleinräumigen Verkehrsverhältnisse dadurch empfindlich gestört wurden. In einer Zeit, die von Wachstum und Ausdehnung geprägt war und in der innerstädtische Mobilität zunehmend an Bedeutung gewann, wurde diese Störung als unhaltbar angesehen. Ebenso interessant ist es, daß nicht versucht wurde, den Gleisverlauf zu korrigieren oder die Gleise höher zu legen, wie es in Teilbereichen der Neustadt der Fall war, sondern daß man stark in das Stadt- bzw. Landschaftsbild eingriff. Studiert man die zeitgenössischen Zeitungsartikel, dann fällt auf, daß die Frage einer Bahnunterführung im Zuge der Buerschen Straße für mehr als eine Dekade in der Öffentlichkeit stets präsent war und sowohl heftig als auch kontrovers diskutiert wurde; aber nur ganz selten meldeten sich die Stimmen, die Bedenken hatten, einen Felsen einfach in zwei Hälften zu schneiden. Im Vordergrund der gesamten Problematik stand lediglich die Einbindung eines bis dahin von der städtischen Infrastruktur abgeschnittenen Stadtteils und einer Landgemeinde. Eingriffe in natürliche Lebensräume wurden bedenkenlos vorgenommen, wenn es darum ging, wirtschaftliche Interessen zu verfolgen. Aber das ist ja nun wahrlich nicht nur ein Charakteristikum früherer Jahrzehnte.

Mit dem Beginn des „Eisenbahnzeitalters“ erlebte das Stadtbild Osnabrücks eine gravierende Veränderung.

Die erste Eisenbahn in Deutschland fuhr 1835 auf der Strecke Nürnberg - Fürth. In Norddeutschland wurde diese revolutionierende Verkehrstechnik sehr schnell aufgegriffen, und auch Osnabrück sollte recht bald an das bestehende Schienennetz angeschlossen werden. Trotzdem dauerte es einige Jahre, bis schließlich 1853/ 54 mit dem Bau der hannoverschen Westbahn begonnen wurde. In den Jahren 1871, '73, '76 und '86 wurden die Bahnlinien um das noch heute vorherrschende Schienennetz erweitert, Anfang dieses Jahrhunderts schloß der Bau der beiden Verbindungsschleifen im Osten der Stadt diese Entwicklung ab.

Nach dem Bau der Eisenbahn zeigte es sich, daß bis auf das westliche Stadtgebiet Osnabrück von Bahngleisen umgeben war, die auf Straßenniveau lagen und den Verkehr erheblich behinderten. Besonders betroffen war der Osten der Stadt, wo sich die Schienen der Strecken Löhne - Rheine und Bremen - Münster kreuzten und zudem noch zwei halbkreisförmige Verbindungsstrecken, die sogenannten Klus- und Schinkelkurven, durch das Stadt- bzw. Gemeindegebiet schnitten. Aber gerade der Osten der Stadt Osnabrück verzeichnete durch die Ansiedlung großer industrieller Werke einen enormen Bevölkerungszuwachs, der auch das Bild der Gemeinde Schinkel sehr veränderte. Durch den Bau der Eisenbahnen wurde aber auch das landschaftliche Bild verändert. Für den Bau der hannoverschen Westbahn von Löhne nach Rheine mußte im aus Feldern, Wiesen und Wäldern bestehenden südlichen Schinkelgebiet ein Bahndamm angelegt werden, weil die Wiesen zu niedrig und zu feucht waren. Eine Anhöhe am Burbrink im Schinkel wurde für die Anlage des Bahndammes komplett abgetragen.

Am Osthang des Klushügels entstanden bis 1872 umfangreiche Betriebsanlagen. Dazu wurden die niedrigen Grünflächen mit vom Klushügel abgetragenen Erdmassen aufgeschüttet.⁴ Aber das war nicht der einzige Eingriff in die 'Osnabrücker Schweiz': was in den Folgejahren diskutiert und kurz vor dem Ersten Weltkrieg seinen Abschluß fand, veränderte den Klushügel um ein Vielfaches.

Die Industrielle Revolution hatte auch in Osnabrück ihre Spuren hinterlassen. Der Güterverkehr war enorm gestiegen und durch die Ansiedlung von Industrien gerade im Rand-

⁴ vergl. Schinkeler Geschichte(n), S. 114

bereich der Gemeinde Schinkel war dessen Einwohnerzahl überdurchschnittlich schnell angewachsen.⁵

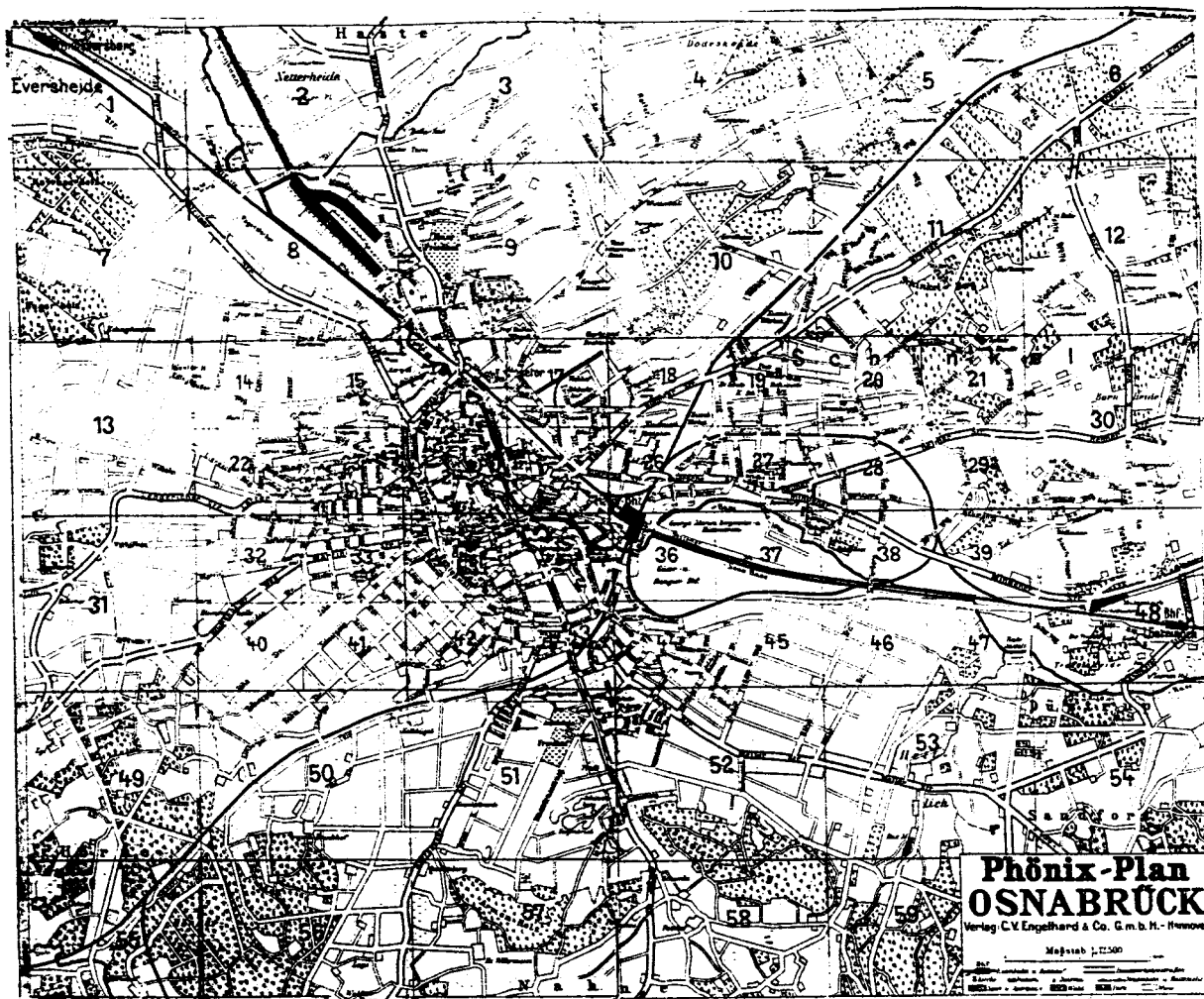


Abb. 2: Schienenverlauf in Osnabrück um 1910⁶

Die Bahnanlagen, die man zum Erreichen des Stadtgebietes passieren mußte, waren mit Schrankenübergängen versehen. Aber der massive Schienenverkehr und zeitaufwendige Rangierarbeiten brachten es mit sich, daß die Schranken an der Buerschen Straße mitunter mehr als eine halbe Stunde geschlossen waren. Bereits in den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts sprach man über die Möglichkeit einer Fußgängerunterführung im Bereich der Schiller- und Buerschen Straße, um den vielfältigen Verkehrsproblemen

⁵ so lebten z.B. im Jahre 1845 insgesamt 742 Einwohner in der Gemeinde Schinkel, 1910 waren es 8.184.
Siehe Schinkeler Geschichte(n), S. 111 f.

⁶ Bildnachweis: StaOK 62 c Nr. 133 H

begegnen zu können.⁷ Wie groß das Verkehrsaufkommen zu Beginn dieses Jahrhunderts gerade aus östlicher Richtung in das Stadtgebiet war, läßt sich einer Notiz des OSNABRÜCKER TAGESBLATTS vom 1.10.1902 entnehmen, die von täglich mehr als 900 Wagen an den Bahnübergängen Schiller- und Buerschen Straße spricht. Aber lange Zeit tat sich überhaupt nichts. Auf einer Sitzung der städtischen Kollegien am 30.9.1902 wurde darüber geklagt, daß „bis zu 30 Prozent der Tageszeit auf die Verkehrsstörungen entfallen“⁸ Man forderte die Eisenbahnverwaltung auf, mittels einer Fußgängerunterführung Abhilfe zu schaffen. Diese klärte sich damit auch einverstanden, wenn sich die Stadt Osnabrück an den Kosten beteilige. Das wurde aber rigoros abgelehnt. Die Stadt war der Meinung, daß der Schadensverursacher, also die Eisenbahndirektion Münster, die die Bahnanlagen geplant und gebaut hatte, für die Folgekosten, die durch die starken Behinderungen aufgetreten waren, aufkommen sollte. Die Eisenbahndirektion Münster wollte (wohl aus Kostengründen und wegen der damit verbundenen längerfristigen Stilllegungszeiten) die Gleise jedoch nicht höher legen oder gar einen neuen Gleisverlauf anlegen, sondern war der Ansicht, für Straßenumbauten sei allein die Stadt verantwortlich. Es wurde als genügend angesehen, wenn man sich an den Kosten beteiligte.

Die Klagen der Betroffenen häuften sich: die langen Wartezeiten seien gerade bei schlechtem Wetter unzumutbar, außerdem würden Arbeiter, Angestellte und Schulkinder regelmäßig ohne eigenes Verschulden zu spät zu ihren Arbeits- oder Lernstätte gelangen. Die VEREINIGUNG ZUR WAHRUNG DER INTERESSEN DES ÖSTLICHEN STADTVIERTELS, ein Bürgerverein, der sich am 18.5.1903 konstituiert hatte, wandte sich in den kommenden Jahren immer wieder an den Magistrat und forderte für die Buersche Straße eine „fahrbare Unterführung“, womit eine *befahrbare* gemeint war, gleichzeitig sei eine Hebung der Gleisanlage nötig, um sie über das Straßenniveau verlaufen zu lassen. Den Bürgern des östlichen Stadtviertels, gemeint waren die Buersche Straße und das umliegende Gebiet, waren aber nicht nur die immer längeren Wartezeiten vor den Schranken ein Dorn im Auge. Sie fühlten sich auch um einen Anschluß an die neue Osnabrücker Straßenbahn betrogen, für deren Betrieb sie die gleichen Steuerlasten aufbringen mußten wie alle anderen Osnabrücker, in deren Genuß sie aber nicht gelangen konnten, weil die Schranken am Übergang Buersche Straße im Weg waren und man wegen der sicherlich zutreffenden Unfallgefahr die Straßenbahnschienen nicht mit den Eisenbahnschienen kreuzen wollte. Außerdem hätte wohl auch wegen der langen Schließzeiten der Schran-

⁷ Osnabrücker Tageblatt, 12.12.1957

⁸ Osnabrücker Tageblatt, 1.10.1902

ken ein regulärer Fahrplan niemals aufrecht erhalten werden können. Der Verein wehrte sich von Anfang an gegen die „kleine Lösung“ einer Fußgängerunterführung. In der OSNABRÜCKER VOLKSZEITUNG war am 7.2.1906 zu lesen:

„Die Fußgängerunterführung, wie sie vom Magistrat resp. von der Bahnverwaltung geplant ist, wurde allgemein verworfen, weil sie einerseits die Geschäftsleute des Viertels schädige und nur ein Schlupfwinkel für allerlei Gesindel werden würde, sodaß Frauen und Mädchen, besonders diejenigen, die aus dem Schinkel zum Frühgottesdienst gehen, die Unterführung nicht benutzen könnten.“

Aber auch, nachdem sich die Stadt mit dem Gedanken einer befahrbaren Unterführung an der Buerschen Straße angefreundet hatte, konnte noch lange keine Einigkeit erzielt werden. Das OSNABRÜCKER TAGEBLATT berichtete am 9.5.1906:

„Stadtbauamtsseitig ist durch Oberingenieur Erlandsen ein Unterführungsprojekt ausgearbeitet, das für die Buerschestrake eine fahrbahnunterführung um die Klus herum vorsieht mit Einmündung von der Stadt aus hinter der Humboldtstrake und mit Ausmündung an der Schinkelstrake. Das Projekt sieht eine Unterführung des neuen Strakenteils nicht nur unter der Eisenbahn vor, sondern auch unter der fahrstrake zum Güterschuppen der Köln/Bremer Strecke. Die Buerschestrake würde nach dem Projekt also diesseits und jenseits der Bahn intakt bleiben und nur der jetzige Uebergang über die letztere (sic!) fortfallen. Von der Stadt aus würde die Buerschestrake also eine Art Sackstrake werden, während sie an der Schinkeler Seite in die Hamburgerstrake einmündet, wie bisher. Das Projekt dürfte den Interessen der Anlieger jenes Teils der Strake, der sich von der Schinkelstrake bis zur Hamburgerstrake erstreckt, erheblich beeinflussen, ebenso die Interessen der Anlieger der Rothenburgerstrake, der Denloerstrake und des Teils der Buerschenstrake, der durch die Verbindungsstrake diesseits der Bahn abgeschnitten wird, abgesehen davon, daß die Interessen des gesamten Bezirks dort durch Entziehung des Fußgängerverkehrs außerordentlich in Frage gestellt werden. (...) Außerordentlich geschädigt wird das Klus-Etablissement durch völlige Isolierung und Entziehung des Durchgangsverkehrs. Durch das Projekt würde ferner eine Passage geschaffen werden, die alle Schattenseiten eines Engpasses zeigt.“

Mittlerweile zeigte sich die Eisenbahnverwaltung einsichtig und erklärte sich bereit,

„unverzüglich eine 5 Meter breite und 2,60 Meter hohe Fußgängerunterführung mit Rampen, zwecks Benutzung für Handkarren und Handwagen, auf ihre Kosten herzustellen unter beachtlicher Berücksichtigung der Wünsche der Stadt.“⁹

⁹ Osnabrücker Tageblatt, 8.12.1906

Aber damit waren die Bewohner des östlichen Stadtteils und der Gemeinde Schinkel überhaupt nicht einverstanden. Die geplante Verbindungsstrecke zwischen den Eisenbahnen Osnabrück-Bremen und Osnabrück-Löhne, die eine eindeutige Mehrbelastung der Gleise und noch längere Wartezeiten am Schrankenübergang Buersche Straße nach sich ziehen würde, verschärfte die Diskussion um eine Unterführung. Es gab aber auch kritische Stimmen: am 5.8.1907 vermerkte das OSNABRÜCKER TAGEBLATT:

„Die Frage nach der Bahnunterführung an der Buerschenstraße steht jetzt, so wird uns von geschätzter Seite geschrieben, seit mehr als 1 ½ Jahren im Zustand der Schwebe. Es dürfte endlich Zeit werden, daß die Angelegenheit wenigstens insoweit ihre Erledigung findet, als sie, ohne jegliche Kosten zu verursachen nur auf ein erlösendes Wort harret. Bekanntlich hat die Eisenbahnverwaltung sich verpflichtet, unmittelbar an dem jetzigen Niveauübergange eine für Handwagen, Fahrräder etc. fahrbare Fußgängerunterführung zu bauen. Diese Verpflichtung würde längst eingelöst sein, wenn man nicht seitens der Stadtverwaltung selbst um Aufschub gebeten hätte. Das geschah, weil man glaubte, das Geld für die Fußgängerunterführung könne gespart werden, um es für das Projekt einer großen fahrbaren Wagenunterführung zu verwenden. (...) Wann aber Einigung über das Projekt erfolgt und wann vollends ein landespolizeilich genehmigter Plan hierfür vorliegt, das ist ganz unabsehbar, ebenso unabsehbar als wie die Frage, woher die Stadt die 400.000 M. nehmen will und ob wirklich die Allgemeinheit ein derartiges Interesse an der gewiss für Schinkel etc. sehr wünschenswerten Unterführung hat, daß man mit solchen Ausgaben sich dafür belasten darf.“

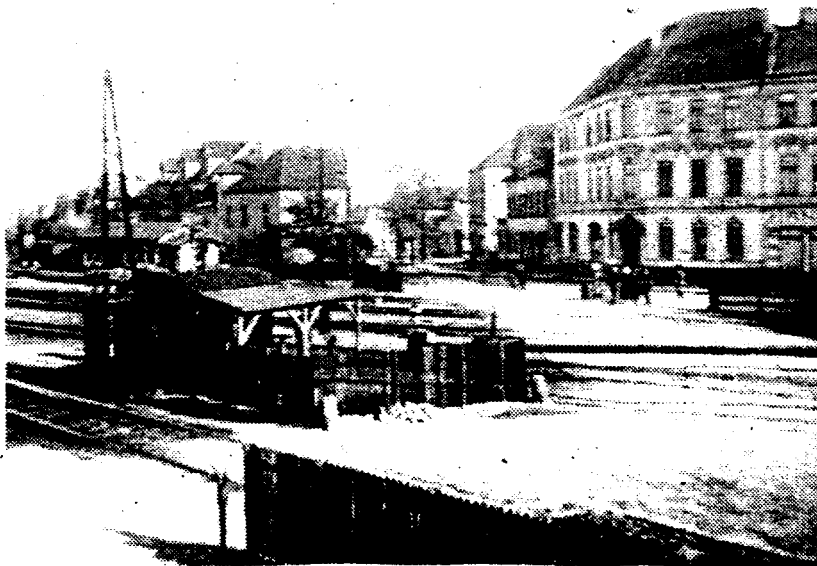


Abb. 3: Bahnübergang Buersche Straße¹⁰

¹⁰ Bildnachweis: Schinkeler Geschichte(n), S. 178

Im Dezember 1907 konnte sich der Magistrat endlich mit neun verschiedenen Projektvorschlägen auseinandersetzen und entschloß sich für folgende Planung:

„(...)Das Projekt f, das die Steigung der Hamburgerstraße von 1:15 und im übrigen die Belassung aller Fußwege in der jetzigen Höhe vorsieht. Die Unterführung soll danach etwa 40 Meter nördlich von dem jetzigen Übergang erbaut werden. Vorgesehen ist dabei eine provisorische Straße nach dem Güterbahnhof¹¹ und eine Holzbrücke. Im Anschluß an die Unterführung steigt die neue Straße von 1:30 und mündet westlich in die Buerschenstraße kurz vor dem Kampenaufgang der Humboldtstraße. Auf der östlichen Seite werden drei Häuser einbezogen, die Straße steigt von der Unterführung, erreicht bei der Einmündung der Schinkelstraße das jetzige Niveau und zieht sich zum Teil auch in die Denloerstraße hinein. Die Steigung sowohl nach Westen wie nach Osten ist im Verhältnis von 1:30 gedacht, es sind Steigungen, wie sie allgemein zur Ausführung kommen. Um den Einfluß auf die Häuser der Hamburgerstraße günstiger zu gestalten, ist dort eine Steigung von 1:15 vorgesehen. Im übrigen bleiben die Fußwege in der alten Höhe liegen, ihre Benutzung wird erleichtert durch Treppen-Anlagen. Neben den höheren Fußwegen liegen die tieferen Fußwege in der Höhe des Straßen-Niveaus. Zwischen der Hamburger-, der Buerschen- und der neuen Straße entsteht eine Brücke, die mit einer Böschung versehen werden soll, den Fußweg der Hamburgerstraße wird man zweckmäßig fortsetzen bis vor die neue Straßen-Unterführung. Was den Einschnitt in den Berg angeht, wie er von der Buerschenstraße aus erfolgen und hinter dem „Felsenkeller“ durchgeführt werden muß, so wird dieser 11 Meter tief sein und auf beiden Seiten durch Böschungen gestützt werden. Die Kosten der Ausführung des Gesamtprojektes sind auf 570.000 M. veranschlagt.“¹²

Andere Vorschläge, zum Beispiel die Tieferlegung der Burschen Straße in ihrem bisherigen Verlauf, wurden abgelehnt, da man sich mit zu vielen Hausbesitzern hätte einigen müssen. Allerdings hätte man auf diese Weise den Durchschnitt des Klushügels verhindern können. Aber erst zwei Jahre später, am 8.12.1909, wird im OSNABRÜCKER TAGEBLATT das Bauprojekt öffentlich bekannt gegeben. Zu dieser Zeit waren die Behinderungen wirklich nicht mehr tragbar: die Schranken waren im Schnitt zwei Drittel des Tages geschlossen.¹³ Aber es wurde noch lange nicht mit dem Bau begonnen. Die Bahn hatte vertraglich zugesichert, die abzutragenden Erd- und Gesteinsmassen des Klushü-

¹¹ der damals noch im Bereich der Bohmter und Buerschen Straße lag

¹² Osnabrücker Tageblatt, 3.12.1907

¹³ Osnabrücker Tageblatt, 16.7.1909

gels für den Ausbau des neuen Güterbahnhofs im Fledder zu übernehmen. Solange dort aber nicht mit dem Bau begonnen wurde, konnte man auch die Klusunterführung nicht in Angriff nehmen.¹⁴ Außerdem verzögerten Enteignungsverhandlungen mit Anliegern den Baubeginn.¹⁵ Endlich, am 15. September 1910, verkündete das OSNABRÜCKER TAGEBLATT, daß

„mit den Arbeiten zur Herstellung der Unterführung im Zuge der Buer-
schenstraße (...) nunmehr in den nächsten Tagen begonnen“

werde. Am 13.12.1910 meldet die OSNABRÜCKER VOLKSZEITUNG, daß die Arbeiten noch im Dezember, ganz sicher aber im Januar, anlaufen sollten. Und tatsächlich: am 25.3.1911 berichtete das OSNABRÜCKER TAGEBLATT:

„Von der zukünftigen Klus-Unterführung ist seit einigen Wochen der Geländedurchschnitt, der demnächst die Buer-schenstraße hinter dem felsenkeller-Restaurant herführen soll, in der Ausführung begriffen, und der jetzige Stand der Arbeiten läßt bereits einen Ueberblick gewinnen von den gewaltigen Erd- und felsenmassen, die hier ausgehoben und fortgeschafft werden müssen. Bekanntlich sind die Ausschachtungsarbeiten den Firmen Herm. Holtgreve, Osnabrück und I. Weirich, Rheine übertragen worden, die hier etwa 50, 60 Leute beschäftigen. Die felsige Beschaffenheit des Geländes macht vielfache Sprengungen erforderlich, dann werden die Gestein- und Erdmassen in Muldenkippenwagen weiterbefördert und in der Nähe des oberen Güterbahnhofs in Eisenbahnwagen verladen, um schließlich bei den übrigen Eisenbahnarbeiten im fledder und der Herstellung des dritten Gleises nach Hörne zu Dammschüttungen verwendet zu werden. Der Durchstich schneidet außerordentlich tief in das Klushügelgelände ein, sodaß sich das felsenkeller-Restaurant, dessen Garten mitten durchstoßen wird, fast wie auf einem kleinen Berge erhebt.“

¹⁴ Osnabrücker Tageblatt, 15.3.1910

¹⁵ Osnabrücker Volkszeitung, 20.7.1910



Abb. 4: Arbeiten an der Eisenbahnunterführung am Klushügel¹⁶



Abb. 5: Die Klusunterführung 1913¹⁷

Während des Baus entschied man sich, die geplante Breite von neun auf zwölf Meter zu erhöhen.¹⁸ Durch die Bautätigkeit hatten die Anwohner einiges zu erleiden: das Ende

¹⁶ Bildnachweis: Schinkeler Geschichte(n), S. 180

¹⁷ Bildnachweis: Schinkeler Geschichte(n), S. 181

der Schinkelstraße wurde metertief ausgeschachtet, und die Nässe der Straße machte den Anwohnern zu schaffen. Der Verkehr kam fast gänzlich zum Erliegen. Auf schmalen Brettern mußten die Fußgänger über die Baustelle balancieren, tagsüber schon schwierig genug, nachts aber sehr gefährlich. Der umgeleitete Verkehr verstopfte die Straßen und wegen der Mehrbelastung wurden diese nahezu unpassierbar.¹⁹



Abb. 6: Straßenarbeiten im Kreuzungsbereich Buersche-/ Schinkelstraße²⁰

Im Spätsommer 1913, nach mehr als zehn Jahren Diskussion und Aufregung, konnte die Klusunterführung dem Verkehr freigegeben werden. Ende des Jahres waren die Bauarbeiten abgeschlossen. Kritische Stimmen, die sich (wenn auch nur aus ästhetischen Gründen) gegen den Felsdurchschnitt ausgesprochen hatten, waren in der Minderheit. Die OSNABRÜCKER VOLKSZEITUNG reagierte am 13.12.1912 auf diese Kritik:

¹⁸ Osnabrücker Tageblatt, 24.5.1911

¹⁹ Osnabrücker Tageblatt, 1.3.1912

²⁰ Bildnachweis: Schinkeler Geschichte(n), S. 180

„Man liest in den Zeitungen, das Projekt bedeute eine 'unglaubliche Verschandelung der Stadt', war es denn so wunderschön, ehe die Unterführungen waren? Schlechter wird es auf keinen Fall; man warte ab, bis es fertig ist. Wir wollen keine Sehenswürdigkeiten schaffen, wir wollen erreichen, daß das Viertel hinter der Buerschenstraßen 'Unterführung' näher an die Stadt herangerückt wird; wir erreichen es, daß wir eine Straßenbahn bauen können, um das Buerschestraßenviertel mit einer neuen Verkehrsader zu verbinden, und da sollte man solche Schönheitsfehler zurückstellen.“

Allerdings wurde auch zugestanden, daß der Anblick der beiderseitigen hohen Felswände in dem durchstochenen Klushügelgelände nicht jedermanns Sache sei.²¹

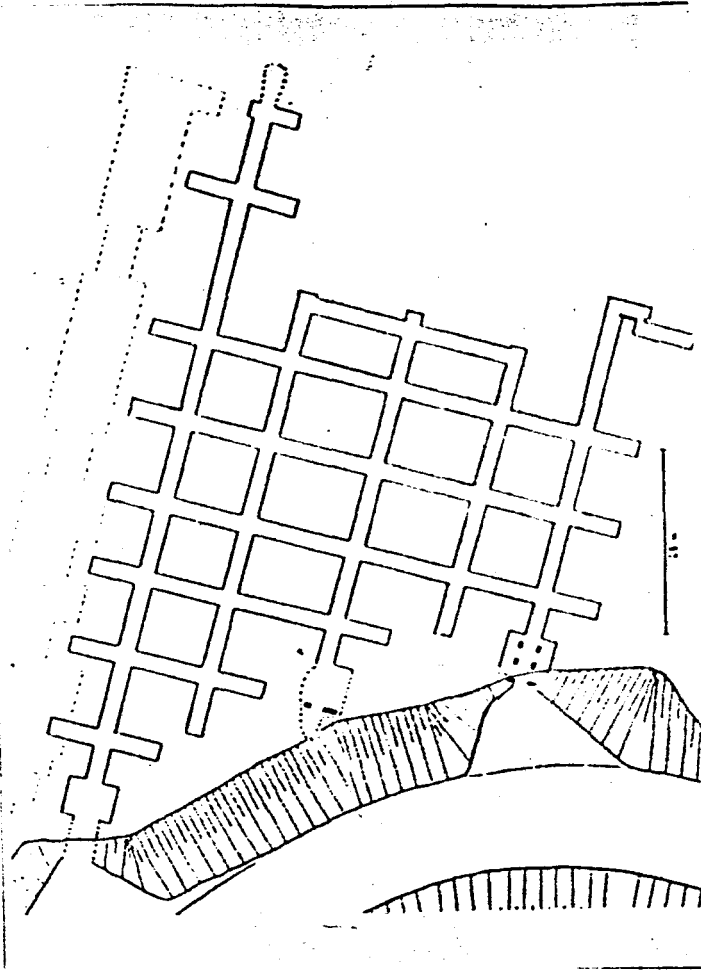
Aber noch einmal mußte man den Klushügel „anknabbern“:

„Ueber die Abtragung der Böschung eines Teiles der Buerschenstraße hatte Stadtbaurat Lehmann das Referat. Danach handelt es sich um den Straßendurchstich hinter dem früheren Gasthaus 'Felsenkeller', und zwar soll die linke Seite (von der Stadt aus gesehen) abgetragen und flacher gestaftet werden, weil fortwährend Abbröckelungen von der steilen Felswand stattfinden. Der gegenwärtige Zeitpunkt der Ausführung dieser Arbeit ist insofern günstig, weil das abzutragende Erd- und Steinmaterial beim Bau der Unterführung an der Liebigstraße Verwendung finden kann, was eine Kostenersparnis von rund 10.000 Mark zur Folge hat.“²²

Da kann man nur sagen: wie günstig, daß sich sofort in direkter Nähe gelegen eine Möglichkeit bot, Abtragungsmassen vom Klushügel nicht nur zu lagern, sondern mit ihnen auch noch 10.000 Mark zu sparen. Es stellt sich automatisch die Frage, welche Überlegung im Vordergrund stand: preiswertes Baumaterial zu erhalten oder den neuen Straßenzug vor herabfallenden Steinbrocken zu sichern, was sicherlich auch anders hätte gelöst werden können. Aber das gesamte, riesige Bauobjekt zeigt deutlich, daß man sich zu Beginn dieses Jahrhunderts noch keine Gedanken über derart gewaltige Eingriffe in das Landschaftsbild machte. Der erste konkrete Vorschlag für eine Bahnunterführung aus dem Jahre 1907 schlug vor, die Straße um den Klushügel herumzuführen. Auch das wäre sicherlich machbar gewesen. Aber die Stadt stand in ständigen Verhandlungen mit der Eisenbahnverwaltung, die im Fledder einen neuen Güterbahnhof anlegen wollte und dazu Unmengen von Aufschüttmaterial benötigte, sich gleichzeitig aber auch bereit erklärte, mehr als 400.000 Mark der geschätzten Baukostensumme von letztlich 560.000 Mark zu übernehmen.

²¹ Osnabrücker Tageblatt, 9.9.1913

²² Osnabrücker Tageblatt, 28.8.1915



Noch einmal, in den Jahren des 2. Weltkrieges, rückte man dem Klushügel zu Leibe:

Vorwiegend Fremdarbeiter und Kriegsgefangene wurden mit der Arbeit geschunden, Bunker in den Felsen zum Schutz der einheimischen Bevölkerung zu treiben. Diese Bunker lagen an der Bohmter- und Buerschen Straße.

Abb. 7: Stollenanlage im Klushügel²³

Mit der Klusunterführung waren das östliche Stadtviertel und der Schinkel verkehrstechnisch an das Stadtgebiet angeschlossen, und die Stadt konnte sich weiter ausdehnen. Mit der Eingemeindung der Landgemeinde Schinkel, die im folgenden behandelt werden soll, wurde diese Entwicklung fortgesetzt.

²³ Bildnachweis: Schinkeler Geschichte(n), S. 301

1.1.2. Die Eingemeindung der Landgemeinde Schinkel

Mit dem Bau der Klusunterführung im Zuge der Buerschen Straße war die Möglichkeit geschaffen worden, die Gemeinde Schinkel verkehrstechnisch an das Stadtgebiet anzuschließen.

Der Ursprung der Gemeinde Schinkel liegt nicht in einer kleinen Siedlung, die sich im Laufe der Zeit ausdehnte, sondern in Einzelgehöften und Bauernschaften. Die Gebäude lagen auf der fast 1.325 ha großen Gemeindefläche weit verstreut. Im Mittelalter setzte sich der Schinkel aus den drei Bauernschaften Vromelo (später Nienort), gelegen im südlichen Schinkel von der Stadtgrenze bis nach Lüstringen, Schinkel (der spätere Bergerort) am Südhang des Schinkelberges und Dodeshaus (später Gartlager Ort) nördlich des Schinkelberges bis zur Haster Grenze, zusammen.

Obwohl der Schinkel erst im 14. Jh. erstmals urkundlich erwähnt wurde, bestanden die Einzelansiedlungen schon sehr viel länger. Archäologische Untersuchungen haben ergeben, daß das Gebiet des Schinkels sogar eher besiedelt war als die Talsohle, in der sich später Osnabrück entwickelte.

Der Name der Gemeinde steht übrigens in keinem Zusammenhang mit dem berühmten Berliner Baumeister Karl Friedrich Schinkel (1781-1841), sondern hat seinen Ursprung vermutlich in der schenkelförmigen Ansicht des Schinkelberges. Dabei ist es nicht untypisch, daß Landschaftsbeschreibungen Einzug in Ortsnamen erhielten.²⁴

Die Gemeinde entwickelte sich nur sehr langsam. So hatte die sie 1772 lediglich 321 Einwohner, im Jahre 1845, als in Deutschland die Industrielle Revolution gerade zu erahnen war, immerhin schon 742. Erst die Industrieansiedlungen in unmittelbarer Nähe des Schinkels, der Eisenbahnbau und die Versorgungsanlagen der Eisenbahn brachten große Veränderungen für die Gemeinde und führten zu einem raschen Wandel von ländlichen zu städtischen Strukturen. Ab 1870 entstanden die Kolonien Mittelburg, Wilhelmshöhe und die Eisenbahnkolonie an der Bremer Straße. Immer mehr Arbeiter siedelten sich um die Industriebetriebe herum an, und die Bevölkerung stieg von 815 im Jahre 1864 auf 8.184 im Jahre 1910. Aus der rein landwirtschaftlich orientierten Bevölkerung des Schinkels wurde eine von Handwerk und Industriearbeit geprägte.

²⁴ vergl. Schinkeler Geschichte(n), S. 35

Viele Arbeiter der Osnabrücker Industrien am Rande des Schinkels hatten sich mit ihren Familien im Schinkel niedergelassen. 1902 besuchten 233 Kinder, deren Väter auf dem Osnabrücker Stahlwerk arbeiteten, Schinkeler Schulen, die den plötzlichen Anstieg der Schülerzahlen finanziell nicht verkraften konnten. Die Gemeinde verklagte die Stadt Osnabrück auf Zahlung von Ausgleichsgeldern, schließlich schöpfte die Stadt Osnabrück den Steuergewinn durch die Industrien ab, die Gemeinde Schinkel aber hatte zusätzliche Kosten. Natürlich wehrte sich die Stadt Osnabrück dagegen, wurde dann aber gerichtlich dazu aufgefordert, jährliche Zahlungen an die Gemeinde zu leisten.²⁵ Trotzdem wurde es für den Schinkel immer schwieriger, die Schullasten zu tragen, und die Gemeinde sah es als ungerecht an, den Schulbesuch derjenigen Kinder zu finanzieren, deren Väter nicht einmal im Schinkel arbeiteten.

Im September 1907 ist in der Presse erstmals eine Meldung über die geplante Eingemeindung Schinkels, angeregt durch den Oberpräsidenten DR. WENZELN, zu lesen.²⁶ Wenn am 30.11.1907 im OSNABRÜCKER TAGEBLATT allerdings zu vermerkt ist, daß die Frage der Eingemeindung wieder aktuell geworden sei, dann müssen entsprechende Erwägungen älter sein.

„Wer die Entwicklung unserer Gemeindeverhältnisse in den letzten 10 Jahren und darüber hinaus aufmerksam beobachtet und miterlebt hat, wird sich der Ueberzeugung kaum verschließen können, daß Schinkel immer mehr einen städtischen Charakter angenommen hat, wenigstens soweit seine geschlossene Ortslage, unmittelbar an der Stadtgrenze, in Frage kommt. Dieser Teil der Gemeinde ist angeschlossen an das städtische Wassernetz²⁷ und wird in nächster Zeit an das städtische Gasnetz angeschlossen sein. Neue Straßen sind angelegt oder in der Anlegung begriffen. (...) Die Grenze zwischen Stadt und Land ist für den Nichteingeweihten gänzlich verwischt. Kurz Schinkel ist eine Vorstadt von Osnabrück geworden.“

Die Vor- und Nachteile der Eingemeindung wurden in der Presse diskutiert.

„Man wehrt sich aus allgemeinen volkswirtschaftlichen Gründen gegen die 'Aufsaugungsbestrebungen' der Städte, die freilich in nicht geringem Maße wie die vielbeklagte Landflucht dazu beitragen können, das Uebergewicht der städtischen über die ländliche Bevölkerung des Reiches zu verstärken und einen Entwicklungsprozeß zu beschleunigen,

²⁵ vergl.: Schinkeler Geschichte(n), S. 256

²⁶ Neue Osnabrücker Volkszeitung, 26.9.1907

²⁷ ab 1885 hatte man mit umfangreichen Bohrversuchen im Schinkel versucht, die Wasserversorgung der Stadt Osnabrück zu bessern. Als Gegenleistung für die Errichtung einer Pumpstation in der Nähe des Schützenhofes und der Wasserentnahme aus dem Gemeindegebiet war der Schinkel an die städtischen Versorgungsleitungen angeschlossen worden

Der im allgemeinen nicht gerade als unterstützenswert angesehen werden kann.“²⁸

Ferner befürchtete man verminderte steuerliche Leistungsfähigkeiten der Gemeinden und ihren Autonomieverlust.

An erster Stelle der Gründe für die Eingemeindung stand die Haseverschmutzung durch die Gemeinde Schinkel. Dieses Problem mußte die Stadt Osnabrück dringendst in den Griff bekommen.

Am 3.11.1903 beklagte man sich im OSNABRÜCKER TAGEBLATT darüber, daß die Abwässer der Mittelburg die Hase stark verschmutzten. Diese Klagen häuften und verschärfen sich, erst recht, als die Flußbadeanstalt am Schützenhof aus gesundheitlichen Gründen geschlossen werden mußte.²⁹ Aber zunächst war die Stadt Osnabrück machtlos.

„Die folgende Debatte betraf die Abwässerungsverhältnisse im Schinkel und die städtischen Badeanstalten. Die Stadt hat an die Gemeinde Schinkel mehrfach Anträge gestellt, die Abwässer nicht in offenen Rinnen, die Anlaß zu Epidemien geben können, ableiten zu lassen, sondern durch Kanäle. (...) Andererseits ist aber für die Stadt Osnabrück der Nachteil entstanden, daß die Anwässer, die sonst verdunsten, durch Kanäle in die Hase geleitet werden und diese verunreinigen. Auf mehrfach erhobene Beschwerde und Ersuchen seitens der Stadt beim Landratsamt und der königl. Regierung, der Gemeinde Schinkel die Ableitung ihrer Abwässer in die Hase zu verbieten, zumal die städtische Badeanstalt verunreinigt werde, ist eine ablehnende Antwort der Stadt zugegangen. (...) er (der Regierungspräsident; d. V.) könne der Gemeinde Schinkel ebensowenig verwehren, wie es der Stadt Osnabrück verwehrt sei, die Dorfflut der Hase zur Abführung der Abwässer auszunutzen.“³⁰

Die Abwässer des Schinkels und die

„öflichen und fettigen Substanzen der Abwässer aus den industriellen Werken“³¹

wurden als Gesundheitsgefährdung angesehen, und die Klärung des Problems schien nur juristisch möglich zu sein. Die Stadt wollte erreichen, daß die Einführung sämtlicher Abwässer in die städtische Kanalisation zur Pflicht gemacht werde. Als auch die Badeanstalt an der Klus geschlossen werden mußte (weil sie dem Ausbau der Hamburger Straße im

²⁸ Osnabrücker Tageblatt, 31.8.1909

²⁹ Osnabrücker Tageblatt, 3.6.1904

³⁰ Bericht über die Sitzung der städtischen Kollegien in der Osnabrücker Volkszeitung, 15.6.1904

³¹ Osnabrücker Tageblatt, 4.7.1906

Wege war), wurde dafür ebenfalls die Haseverschmutzung verantwortlich gemacht.³²

Man sah nicht ein,

„daß die Stadt außerordentlich kostspielige Kanalisations- und Kläranlagen zu machen gehalten sei, damit die Wiesenbesitzer unterhalb der Stadt durch die nach der Hase abfließenden Abwässer keinen Schaden erwachse, während andererseits der Schinkel oberhalb der Stadt seine Abwässer ruhig in die Hase abfließen lassen dürfe, und zwar in einem Umfange, daß schon von wahren Infektionsherden die Rede gewesen sei. (...) Nach Lage der Dinge erfordere es das öffentliche gesundheitliche Interesse, daß die Regierung der Gemeinde Schinkel die Auflage mache, Einrichtungen zu treffen, durch welche diese Schmutzwässer von der Hase ferngehalten würden. (...) Auf jeden Fall müsse die Stadt bei der königlichen Staatsregierung ihren Einfluß dahin geltend machen, daß die Gemeinde Schinkel ordentliche Kanalanlagen baue. (...) Das Allerwichtigste und Zweckmäßigste werde es sein, zwischen dem im Schinkel zu erbauenden Kanal und dem städtischen Kanal eine direkte Verbindung herzustellen.“³³

Die Gemeinde war aber nicht in der Lage, den Bau von Abwässerkanälen zu finanzieren.

Nachdem der Schinkel einige Jahre ohne Flußbadeanstalt auskommen mußte, wurde 1911 der Bau einer Flußbadeanstalt in der Hase an der Wellmannsbrücke geplant, da das Wasser oberhalb des Schinkels noch als sauber galt³⁴ (wenn auch die Abwässer der Papierfabrik Schoeller in die Hase geleitet wurden).

Im Zuge des Ausbaus der Kanalanlagen in der Stadt Osnabrück wurden die Überlegungen laut, auch die Schinkeler Abwässer mit aufzunehmen. Damit wurde die Eingemeindung weiter konkretisiert. Es wurde argumentiert, daß dadurch der Gemeinde Schinkel sehr große Kosten erspart werden würden, und sie demgemäß die geplante Eingemeindung sehr begrüßen würde. Das OSNABRÜCKER TAGEBLATT berichtete am 31.10.1911:

„Zur Eingemeindung von Schinkel. In der Angelegenheit betreffend Eingemeindung von Schinkel nach Osnabrück hat kürzlich ein Verhandlungstermin zwischen Vertretern der Stadt Osnabrück und der Gemeinde Schinkel im Rathause in Osnabrück stattgefunden, in welchem die bei der Eingemeindungsfrage in Betracht kommenden Hauptpunkte einer eingehenden Durchberatung unterzogen wurde. Wie es heißt, zeigte sich am Schlusse der Beratung auf beiden Seiten Interesse für die Eingemeindung mit dem Wunsche baldiger Realisierung der Angelegenheit.“

³² Osnabrücker Tageblatt, 12.9.1906

³³ Osnabrücker Tageblatt, 10.4.1907

³⁴ Osnabrücker Tageblatt 31.10.1911

Mitte 1913 waren sich die Stadt Osnabrück und die Gemeinde Schinkel im wesentlichen über die Eingemeindung einig. Das OSNABRÜCKER TAGEBLATT berichtete am 12.7.1913:

„Rein äußerlich betrachtet ist der Uebergang der ländlichen Gemeinde Schinkel in stadtosnabrückische Verhältnisse schon seit Jahren im Gange: Zahlreiche Arbeiter und Beamte, die in Schinkel wohnen, gehen in der Stadt bei der Eisenbahn, auf dem Stahlwerk usw. ihrem Erwerb und Unterhalt nach, ferner hat durch das Entstehen einer Anzahl industrieller Etablissements in Schinkel der früher rein ländliche Charakter mancherlei einschneidende Veränderung erfahren, die Gas-, Wasser- und elektrische Leitung der Stadt erstreckt sich bereits weit hinaus, und die Entwicklung wird zweifellos noch beschleunigt werden, je mehr die Bebauungszone der Stadt sich erweitert, jemehr durch die Schaffung von Unterführungen (...) neue schienenfreie Verkehrsmöglichkeiten zwischen Innen- und Außenstadt entstehen. So bedeutet im Grunde die wohl als sicher anzunehmende Eingemeindung von Schinkel lediglich den organischen Abschluß einer Entwicklung, die schon seit Jahren langsam, aber sicher Fortschritte gemacht, die nun in den letzten Stadien durch die Kanalisation, die Frage der Schmutzwasserableitung, eine wesentliche Beschleunigung erfahren hat. Wie die Dinge liegen, ist eine gründliche Reinhaltung des Hauswassers wohl kaum auf andern Wege als durch die Eingemeindung zu erreichen. (...) Daß die beabsichtigte Eingemeindung an manchen Stellen gemischte Gefühle erweckt, erscheint begreiflich. Widerspricht schon das Aufgeben der Selbständigkeit einer Gemeinde dem Niedersachsenthum, so kann andererseits nicht geleugnet werden, (...) daß das Ausscheiden von rd. 8200 Personen aus dem 37 625 Einwohner zählenden Landkreis, daß der Uebergang einer Fläche von rund 1300 Hektar aus seither ländlicher in rein städtische Verhältnisse für den Landkreis einen erheblichen Ausfall bedeutet.“

Um diesen steuerlichen Ausfall für den Landkreis so gering wie möglich zu halten, wurde beschlossen, die sowohl auf Schinkeler als auch auf Gretescher Gebiet liegende Papierfabrik Schoeller ganz an Gretesch abzutreten.

Gegen kritische Stimmen, die die Eingemeindung zu diesem Zeitpunkt als verfrüht oder gänzlich falsch ansahen, wurde argumentiert, daß Eingemeindungen sehr früh vollzogen werden müßten, um nicht erst doppelte Infrastrukturen und Verwaltungsapparate entstehen zu lassen. Außerdem sei eine günstige bauliche Entwicklung zu erwarten, ein fortschreitendes Wachstum der Industrie mit vermehrten Einkommens- und Gewerbesteuer-einnahmen, und der Ausbau der in den Schinkel führenden Straßen würde zu einer Wertsteigerung der Grundstücke führen. Für den Schinkel werde zudem ein Bebauungsplan für Industrie-, Villen- und Wohnstraßen erarbeitet. Mit dem Anschluß an die Stadt Osnabrück werde für den Schinkel eindeutig bessere wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkei-

ten geboten, als wenn er mit dem Landkreis verbunden bliebe.³⁵ Ende des Jahres 1913 verfügte der Stadtkreis Osnabrück über eine Fläche von 3.113 Hektar und 69.185 Einwohnern. Durch die Eingemeindung der Gemeinde Schinkel, zu diesem Zeitpunkt 1.287 Hektar groß (ohne die 38 Hektar, die an die Landgemeinde Gretesch abgegeben werden sollten) und mit 9.713 Einwohnern bevölkert, konnte das Stadtgebiet also auf 4.400 Hektar erweitert werden.

„Wie sich aus einer Gegenüberstellung der vorstehenden Zahlen ergibt, ist die Bevölkerungsdichtigkeit im Schinkel ganz erheblich geringer wie in der Stadt Osnabrück, woraus sich zugleich der Wert des einzugemeindenden Bezirkes als Bebauungsgebiet ergibt.“³⁶

Außerdem sei es ein großer Gewinn für die Stadtverwaltung, nach der Eingemeindung

„den Bahnhof Lüstringen in ihre Gewalt zu bekommen.“

Am 1.4.1914 war es dann endlich soweit (das Eingemeindungsdatum war natürlich nicht als Aprilscherz gedacht, sondern stellte den Beginn des neuen Haushaltsjahres dar):

„Die Eingemeindung von Schinkel ist mit dem heutigen Tage vollzogen. (...) Die Gemeinde Schinkel (...) hat heute zu existieren aufgehört. Osnabrücks Einwohnerzahl stellt sich jetzt auf rund 82.000.“³⁷

Mit der Eingemeindung galten im Schinkel formell die gleichen Rechte wie im übrigen Stadtgebiet.³⁸ Aber außer der drängenden Frage der Kanalisation scheint die Stadt Osnabrück ihre Pflichten gegenüber dem neuen Stadtteil nicht so wahrgenommen zu haben, wie es sich die Schinkelaner gewünscht hatten. In einem Rückblick im OSNABRÜCKER TAGEBLATT vom 23.10.1926, also 12 Jahre nach der Eingemeindung, ist zu lesen:

„Wie ein roter faden zogen sich durch die kommunalpolitischen Erörterungen der Stadt im letzten Jahrzehnt die mit mehr oder weniger Nachdruck erhobenen Klagen von einer Vernachlässigung des Schinkeler Stadtteiles, von dem großen 'Unrecht von 1914'. Eingesandnis ohne Zahl füllten den dafür bestimmten Platz der Zeitungen, in denen in wöchentlicher folge auf die schlechten Straßen, die unmöglichen Verkehrsverhältnisse, die ungenügende Beleuchtung, auf die Nichtinnehaltung und Einlösung der bei der Eingemeindung 'feierlich' vereinbarten Abkommen und gemachten Versprechungen usw. hingewiesen

³⁵ Osnabrücker Tageblatt, 1.11.1913

³⁶ Osnabrücker Tageblatt, 6.11.1913

³⁷ Osnabrücker Volkszeitung, 1.4.1914

³⁸ Siehe den Eingemeindungsvertrag im Anhang

wurde. (...) Und wer die Schinkeler Verhältnisse kannte, mußte den Einwohnern nur Recht geben: Vernachlässigungen an allen Enden.“

Zwar wurde hauptsächlich dem Krieg daran die Schuld gegeben, aber der Artikel fährt fort:

„Ob nicht auch ein in gewissem Umfange böser Wille mitspielt, wagen wir nicht abzustreiten; jeder Schinkeler jedenfalls bejaht die Frage.“

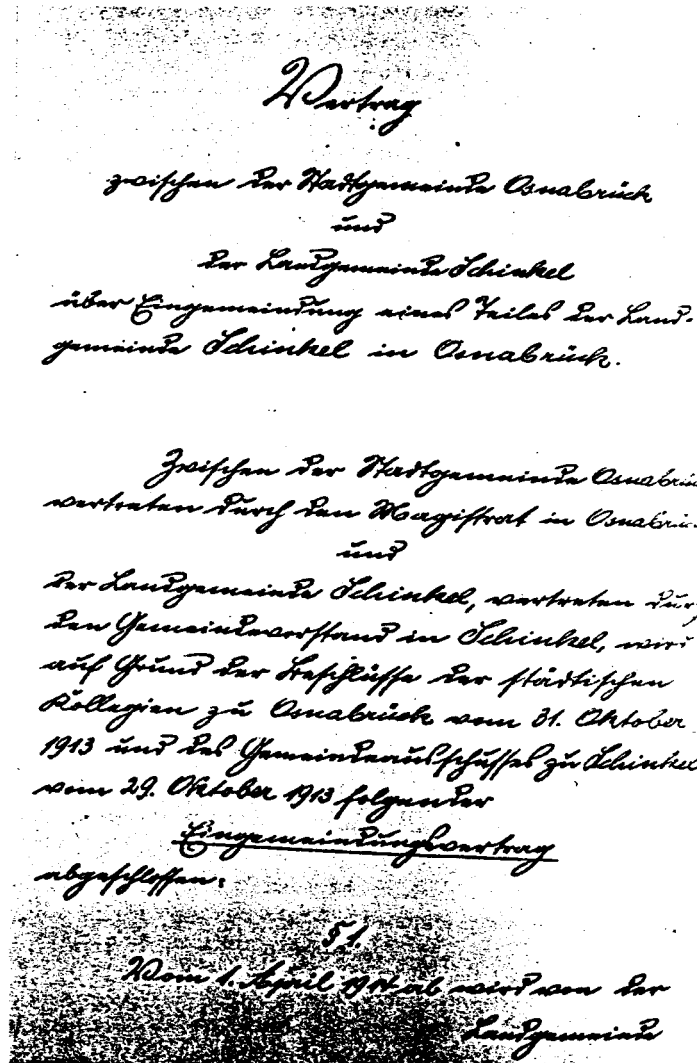


Abb. 8: Die erste Seite des Eingemeindungsvertrages³⁹

Allerdings wurden auch positive Entwicklungen verzeichnet: mit der neuen Schützenstraße habe der Schinkel eine „wirkliche Musterstraße“ mit neun Metern Breite erhalten, die Straßenbahn führe zweigleisig durch den Schinkel, ein Luxus, über den nicht einmal das Kernstadtgebiet verfüge, außerdem plane die Stadt, verschiedene Grünstreifen im Schinkel anzulegen

³⁹ Bildnachweis: Schinkeler Geschichte(n), S. 266

Zum 25-jährigen Jubiläum der Eingemeindung schrieben die NEUEN VOLKSBLÄTTER am 31.3.1939:

„Wohl kaum ein Außenbezirk hat in den Jahren nach der Eingemeindung, vor allem nach der Beendigung des Krieges und in besonderem Maße seit der Machtübernahme, derartige Veränderungen in baulicher Beziehung erfahren wie der Stadtteil Schinkel. Davon kann sich jeder überzeugen, der Schinkel vor 40 Jahren sah und heute durch das Gebiet geht, wo in dem besagten Zeitraum hinter der Bremer Brücke mehr oder weniger ein vollständiger neuer Stadtteil entstanden ist.“

Auch dieser Artikel geht davon aus, daß

„viele versprochen, manches gehalten und vieles unausgeführt geblieben“

sei.

1.1.3. Geplante Stadteilerweiterung: das Widukindland

Erst in diesem Jahrhundert wurde begonnen, den Nordhang des Schinkelberges zu bebauen. Während die „Schinkeler Geschichte(n)“ berichten, daß der Schinkelberg wegen des akuten Feuerholz mangels während und nach dem 1. Weltkrieg abgeholzt wurde⁴⁰, klagte das OSNABRÜCKER TAGEBLATT bereits am 28.6.1897 über die

„leider fast ganz kahlen Hängen (...) in früheren Zeiten war das anders“.

Der Nordhang des Schinkelberges lag seit den Abholzungen brach dar. Da er zum Quellgebiet des Sandbaches gehört, mußten während der Bauzeit für alle die nun beschriebenen Siedlungsabschnitte Drainagen zur Bodenentwässerung gelegt werden.

Bereits 1919 wurde mit dem Bau der Siedlung am Gartlager Weg begonnen. Im Sommer 1920 konnten 81 Wohnhäuser mit insgesamt 109 Wohnungen bezogen werden. In dieser

⁴⁰ Schinkeler Geschichte(n), S. 288

Siedlung am Gartlager-, Vaterlands-, Freiheits- und Heimatweg, im Volksmund auch „Klein Hamburg“⁴¹ genannt, wohnten ausnahmslos Eisenbahner.

„Die Häuser machen einen durchaus schmucken Eindruck, und der nordwestliche Teil des Schinkelberges (...) hat gegen früher ein ganz anderes entschieden vorteilhafteres Aussehen erhalten. Jedes Kentengut hat eine Größe von 12,5 Ar, sodaß nach Abzug des Hofraumes den Eigentümern ein ziemlich geräumiger Garten zum Anbau von Obst und Gemüse zur Verfügung steht. Stellenweise bedarf der Boden zwar noch einer gründlichen Bearbeitung, aber wir zweifeln nicht daran, daß in einigen Jahren durch die Arbeit der Kolonisten hier eine mustergültige Gartenkolonie entstehen wird. Für den Obstbau dürfte der Boden besonders geeignet sein.“⁴²

In den 1930er Jahren setzte man die Bauplanung am Schinkelberg fort.

Am 17.1.1937 wurden in den NEUEN VOLKSBLÄTTERN das Modell der geplanten Siedlung „Widukindland“ vorgestellt. Die auf dem Reißbrett geplante Siedlung wurde, gemäß der vorherrschenden nationalsozialistischen Siedlungsdoktrin, bereits im Vorfeld aufs äußerste gelobt. Schlagworte wie „echte Baugesinnung“ oder „Schönheit des Straßenbildes“ durchziehen die diversen in dieser Zeit entstandenen Zeitungsartikel. Das Bild dieser geplanten Siedlung wurde ebenfalls der herrschenden Ideologie angepaßt:

„Um einen freien Platz als Mittelpunkt gruppieren sie sich so, wie im Rundlingsdorf die Höfe um den Dorfanger liegen. So entsteht der Eindruck, als ob es sich hier nicht um eine Erweiterung der Stadt, sondern um ein selbständiges Gemeindegewesen handelt. Und das ist auch tatsächlich das grundsätzlich Neue. Die Erweiterung der Stadt vollzog sich bisher so, daß an den Ausfallstraßen die Häuser immer tiefer in die Landschaft vorstießen und schließlich die Ausfallstraßen durch Querstraßen miteinander verbunden wurden. Diese radiale Erweiterung der Stadt hat man heute grundsätzlich aufgegeben. Wir leben ja in einer Zeit, die vom Gemeinschaftsgedanken beherrscht wird. Und so soll auch die Erweiterung in der Form von Zellenbildung oder Wohngemeinschaften erfolgen. (...) So wird denn auch von Anfang an Wert darauf gelegt, daß die in einer solchen Zelle tätigen Lehrer und Beamten in der Siedlung wohnen. Zum anderen müssen Gemeinschaftshäuser wie Schulen und Versammlungsräume vorhanden sein. (...) Nun trägt darüber hinaus die Siedlung an der Bremer Straße noch einen besonderen Charakter. Es handelt sich bei ihr um eine Kleinsiedlung, die den Zweck verfolgt, die Menschen wieder mit dem Boden innig zu verbinden.“

⁴¹ der Ursprung dieses Namens konnte nicht ermittelt werden

⁴² Osnabrücker Volkszeitung, 26.6.1920

Um diese „innige Verbindung“ mit dem ländlichen Leben zu erhalten, sollte die neue Siedlung zwar mit Gas, Strom und Wasser versorgt werden, aber

„Die Entwässerung der Grundstücke findet daher nicht statt. Das wird der Arbeit des Kleinsiedlers überlassen.“

Die sicherlich für die Stadt sehr teure Anlage einer Kanalisation wurde von vornherein ausgeschlossen und mit der „Landschollen-Politik“ begründet. Die Bewohner des Widukindlandes hatten später lange darum zu kämpfen, endlich an die Kanalisation angeschlossen zu werden.

In den SCHINKELER GESCHICHTE(N) ist eine vage Landschaftsbeschreibung des noch unbebauten Widukindlandes zu lesen:

„Nun begannen die Arbeiten, die sich durch die Beschaffenheit des Bodens äußerst beschwerlich gestalteten. Der unebene, mit Steinen übersäte und durchsetzte Boden erforderte alle Kräfte der Siedler. Aus einer steppenartigen Landschaft wurde in kurzer Zeit eine vorbildliche Anlage geschaffen⁴³“

In diesem zweiten Abschnitt wurden 110 Kleinsiedlerstellen vor allem für Industriearbeiter geplant, insgesamt sollten 400 bis 450 Siedlungshäuser für ca. 2.000 Menschen gebaut werden.

Schnell wurde die Siedlung mit „Mustersiedlung“ und „die schönste Siedlung Deutschlands“ titulierte, und die Presse berichtete immer wieder begeistert von den Baufortschritten. Das OSNABRÜCKER TAGEBLATT schwelgte am 21.5.1939:

„Überall im weiten Gelände schießen die Häuser nur so aus dem Boden, an den Rändern der in der Siedlung stehengebliebenen Waldflächen und auf den weiten Feldern und Wiesen. Die Lage (...) ist einzig schön: frei wird die Aussicht aus den Fenstern der Siedler nach Norden und Westen über Wälder und Felder reichen.“

Die Siedlung sei absichtlich fern von Industrie und großen Straßen geplant worden, um den ländlichen Charakter zu betonen und die Anwohner vor Lärm und Rauch zu schützen.

Am 25.5.1939 lobte das OSNABRÜCKER TAGEBLATT erneut die vorbildhafte Baupolitik der Nationalsozialisten, die sich ganz erheblich von früheren Baumaßnahmen unterscheidet:

„Nicht in die Höhe und damit in die Enge, nein, in die Breite und damit in die Weite geht die heutige Baugesinnung.“

⁴³ gemeint ist natürlich „geschaffen“, Schinkeler Geschichte(n), S. 290

In diesem Zusammenhang muß gesagt werden, daß die „Entmischung“ des Städtebaus, die die Nationalsozialisten mit ihrer Siedlungsideologie betrieben, entgegen der Eigenpropaganda keine Erfindung der Nationalsozialisten war. In der CHARTA VON ATHEN⁴⁴ aus dem Jahre 1933 wird genau diese Trennung von Wohn- und Arbeitsstätte für moderne Städte postuliert.⁴⁵

Der 2. Weltkrieg unterbrach die Bautätigkeiten am Schinkelberg. 1940 waren von 218 geplanten Siedlerstellen 128 Häuser bereits bewohnt, 16 befanden sich im Bau. Zur Bauplanung wird gesagt:

„Wo man irgend kann, bleibt der Baumbestand, der hier sehr reich ist, erhalten. Ganze Baum- und Waldgruppen werden dieser Siedlung die grünen Lungen geben, die vor allem wegen der Nähe der Bahn sehr wichtig sind. So wird man die ganze Siedlung mit Pyramidenpappeln einrahmen, die vom Bahnkörper und von der Straße her den Staub auffangen sollen. Es ist selbstverständlich, daß diese Siedlung einen großen Sportplatz und Spiel- und Grünflächen für die Kinder umfassen wird. (...) Wenn einmal die große Schule um den Mittelsplatz, den Widukindplatz, erstanden sein wird und sich Siedlungshäuser der Arbeiter und Handwerker aus politischen und sozialen Gründen mit den Eigenheimen der Beamten und Angestellten mischen, wird hier ein ganz neuer Stadtteil erstehen, der sich beliebig weiter ausbauen läßt.“⁴⁶

Die Wohnsituation in Osnabrück nach dem Krieg war sehr schwierig. Weite Teile des Stadtgebietes waren zerstört (auch der Schinkel war häufig bombardiert worden) und neben den vielen Ausgebombten suchten auch Flüchtlinge dringendst eine einigermaßen bewohnbare Unterkunft. Die Stadt Osnabrück begann daher schon früh mit neuen Planungen und Bauvorhaben. Im Mai 1950 wurde bekanntgegeben, daß im Siedlungsgebiet Widukindland noch 80 Bauplätze frei seien.⁴⁷

Daß die Entmischung der Funktionen einer Stadt erhebliche Verkehrsprobleme zwangsläufig nach sich ziehen muß, wurde recht bald erkannt:

„Auf dem Schinkelberge hat sich eine reiche Bautätigkeit entwickelt, die Siedlung Widukindland ist zu einem bedeutsamen Gemeinwesen gewor-

⁴⁴ eine Charta der CIAM (Congrès Internationaux d'Architecture Moderne), die 1928 von Architekten aus nahezu ganz Europa gegründet wurde

⁴⁵ vergl.: dtv-Atlas zur Stadt. Von den ersten Gründungen bis zur modernen Stadtplanung, München 1994, S. 59; Spitzley, Helmut/ Warszewa, Günter, 2010. Perspektiven ökologischer Stadtgestaltung, Bremen 1993, S. 148

⁴⁶ Neue Volksblätter, 30.5.1940

⁴⁷ Neues Tageblatt, 13.5.1950

den, dessen Zukunftsentwicklung noch nicht abgeschlossen ist. Der Gemeinssinn dieser Siedlungsgemeinschaft hat sich erst unlängst die Errichtung einer eigenen Schule erkämpft. Die Autobuslinie allein kann auf Dauer dem wachsenden Verkehrsbedürfnis nicht genügen. Man wird dem Verlangen dieses Stadtteils nach einer eigenen Haltestelle an der Bremer Strecke die Berechtigung nicht versagen können.“

Aber die Bundesbahn wehrte diesen Wunsch mit dem Hinweis auf fehlende Mittel ab.⁴⁸

Das an anderer Stelle beschriebene Baumfreveln im Schinkel hatte sich scheinbar gehalten: am 8.6.1950 berichtete das OSNABRÜCKER TAGEBLATT, daß der letzte Waldstreifen im Schinkel,⁴⁹ ein etwa eineinhalb Quadratkilometer großes Waldstück am Nordhang des Schinkelberges im Widukindland, immer lichter werde:

„Hauptsächlich Kiefern sind es, nur einige Eichen, Birken und Erlen leisten ihnen Gesellschaft, die eine willkommene Abwechslung für jeden Siedler sind. Kommt er nach vollbrachtem Tagewerk nach Hause, so finden seine Augen Freude und Erholung, wenn diese Oase inmitten des von Menschenhand verkünstelten und verzerrten Landschaftsbildes vor ihm auftaucht. Und ausgerechnet dieser letzte Waldstreifen in der Schinkeler Siedlung wird von Woche zu Woche lichter, wird bald vollends ein Opfer der Äxte frecher Holzdiebe geworden sein, die in dunkler Nacht ihrem lichtscheuen Handwerk nachgehen. (...) Diese schändliche Handlungsweise der Holzdiebe ruft bei allen Siedlern größte Empörung hervor, zumal der Verdacht naheliegt, daß sich die Baumfrevler in ihren eigenen Reihen befinden.“

Mit dem Erreichen der Stadtgrenze bei Powe war der räumlichen Ausdehnung erst einmal ein Ende gesetzt, und in den folgenden Jahren wurden die Baulücken im Widukindland geschlossen. Zeitungsberichte aus dieser Zeit loben die kleingärtnerische Ausgestaltung des Geländes und die bunte Farbenpracht innerhalb der Siedlung.

Mit dem Bau der Schule und einer angegliederten Turnhalle wurde in den 1950er Jahren der Entmischung der städtischen Funktionen ein wenig entgegengewirkt.

1956 entschloß sich die Bundesbahn, im südlichen Zipfel des Widukindlandes zwischen Hunteburger- und Gartlager Weg 150 neue Wohnungen zu erstellen.

„Nach der Durchführung dieses Bauvorhabens ist auch die letzte große Baulücke zwischen der Bremer Straße und der Bahnlinie, zwischen dem unteren Schinkelberg und der Siedlung Widukindland geschlossen. (...) Beachtet man das Bauvorhaben der Bundesbahn im Zusammenhang mit dem Aufbauplan für Schinkel-Ost (Gebiet an der Rosenkranzkirche), so läßt sich unschwer erkennen, daß sich das Gesamtbaugebiet in Schinkel seit 1945 bald um das Doppelte vergrößert haben wird. Am Nordhang des Schinkelberges wird nach der Errichtung der geplanten 150 Wohnungen der Anschluß an die Gartlage fast erreicht sein, und im Osten kreist die im

⁴⁸ Neues Tageblatt, 23.5.1950

⁴⁹ hier wird die Politik der Schlagzeilen deutlich: natürlich handelte es sich nicht um den letzten Wald im Schinkel, sondern in der neuen Siedlung

Aufbauplan Schinkel-Ost vorgesehene Bebauung das Gartenland des Schinkelberges ein.“⁵⁰

Auch während der 1950er Jahre wurde das Widukindland als „reizvoll und malerisch gelegene Siedlung“, bewohnt von „fleißigen Siedlern“, bezeichnet.⁵¹ Die Wohnwelt hätte gänzlich in Ordnung sein können, wenn es da nicht das Problem mit der fehlenden Kanalisation gegeben hätte. Die Situation habe sich für die 3.500 bis 4.000 Siedler drastisch zugespitzt:

„Mit Hinweisen auf die schweren Gefahren der offenen Gräben für die Kinder und das Nichtabfahren des ausgehobenen Schmutzes, die Verschmutzung der tiefer gelegenen Straßen, die unhaltbaren Zustände in den Seitenstraßen und Verbindungswegen und mit Hinweisen auf Kinderspielflächen, auf unzulängliche Duschanlagen und das Fehlen einer Warthalle an der Haltestelle des Ickerweges begründeten die Siedler die Dringlichkeit ihrer Nöte.“⁵²

Noch 1963 flossen ein Teil der Abwässer ungeklärt durch offene Gräben. Nun wurde auch kritisiert, warum die Stadt Osnabrück die Kanalisation nicht gleich beim Bau der Siedlung gelegt habe; Antworten konnten darauf nicht gegeben werden. Ein Leser des OSNABRÜCKER TAGEBLATTES machte seinem Ärger Luft:

„In der heutigen Ausgabe des Osnabrücker Tageblattes habe ich gelesen, daß es in Schinkel aus den Gräben riechen soll. Ja, wir Einwohner, besonders vom Teutonenweg, haben bei Sonnenschein keine gute Luft, da der Graben nur 20 Meter vom Hause entfernt ist. Aber nicht allein der Graben, sondern unser Trinkwasser ist nicht gesund. Das stinkt mehr als der Graben. Trinken kann man es nicht; es wird dem Konsumenten schlecht, da es auch öfter braun aus dem Kran läuft. Selbst die Hausfrau kann es für die Wäsche nicht gebrauchen.“⁵³

Mitte der 1960er Jahre wurde das Widukindland erneut erweitert⁵⁴ und trat damit in seinen vierten Bauabschnitt.

Wie es 1970 im Widukindland aussah, beschreibt ein „kleiner Schinkelgang“:

„Vom Treffpunkt (Bushaltestelle Ickerweg, d. V.) aus wurde auf das verwahrloste Grundstück am Ickerweg hingewiesen. Hier wird die Hecke als Schuttabladeplatz und der leerstehende Kotten von Herumstreunern benutzt.

Am Sachsenweg konnten sich die Ratsherren von den unhaltbaren Zuständen der Abwässerbeseitigung überzeugen. Hier werden die Abwässer, wie im Mittelalter, noch auf die Straße gepumpt und verpesten das umlie-

⁵⁰ Neue Tagespost, 29.5.1956

⁵¹ Neue Tagespost, 4.7.1956

⁵² ebd.

⁵³ Osnabrücker Tageblatt, 18.5.1963

⁵⁴ Neue Tagespost, 28.2.1967

gende Gebiet. Ähnliche Kloaken sind die in diesem Gebiet noch offenen Gräben, die von Ratten und ähnlichem Ungeziefer nur so wimmeln.⁵⁵

Die Bewohner des Widukindlandes fühlten sich mit ihren Klagen wegen dieser unhaltbaren Zustände durchaus im Recht: War doch im Eingemeindungsvertrag von 1914 ausdrücklich festgehalten worden, daß die Stadt Osnabrück den Bau der Kanalisation im neuen Stadtteil Schinkel übernehmen würde. Außerdem war festgehalten worden, daß der neue Stadtteil mit allen Rechten und Pflichten dem alten Stadtgebiet gleichgesetzt werden sollte. Die Bewohner des Widukindlandes fühlten sich aber sehr benachteiligt, und der Vorwurf, die Stadt würde sich nicht um den Schinkel kümmern, ein Vorwurf, der seit der Eingemeindung immer wieder erhoben worden war, wurde erneut laut. Erst im Jahre 1989 konnten die Kanalisationsarbeiten im Widukindland abgeschlossen werden.⁵⁶

Abb. 9: Im Widukindland 1990⁵⁷



⁵⁵ Neue Osnabrücker Zeitung, 5.12.1970

⁵⁶ Schinkeler Geschichte(n), S. 291

⁵⁷ Bildnachweis: Schinkeler Geschichte(n), S. 289

Abb. 10: Im Widukindland 1990⁵⁸



2. Grün im Schinkel

Im Zusammenhang mit Frei- und Brachflächen und mit der Stadt(teil)entwicklung und -erweiterung kann man den „grünen“ Bereich nicht unberücksichtigt lassen, wobei „grün“ ein sehr weit gefaßter Begriff ist. Darunter sind sowohl landwirtschaftliche, Frei- und Brachflächen zu verstehen, spontanes/ wildes Grün wie Wälder, Wiesen etc., aber auch geplantes, bewußt angelegtes Grün wie Klein- und Hausgärten, Parks und Anlagen, Spiel- und Sportplätze, Straßenbäume und Beete. Viele dieser grünen Bereiche haben sich im Laufe der letzten hundert Jahre gravierend verändert, weil aus den unterschiedlichsten Gründen immer wieder in diese natürlichen oder künstlich geschaffenen Gebiete eingegriffen wurde. Aus den Zeitungsartikeln dieses Zeitraumes ist die Veränderung der

⁵⁸ Bildnachweis: Schinkeler Geschichte(n), S. 292

Wertschätzung von „Grün“ im Stadt- oder Stadtrandgebiet sehr gut nachvollziehbar. Es ist aber auch klar ersichtlich, daß „Grün“ immer wirtschaftlichen Interessen geopfert wurde (und wird), daß Natur oftmals als wertlos angesehen wurde und erste Proteste gegen Eingriffe in natürlich belassene (oder künstlich geschaffene) Lebensräume eher ästhetische als ökologische Gründe hatten.



Abb. 11: Der Schinkel um 1900⁵⁹

Auf dieser Karte, die den räumlichen Entwicklungsstand der Stadt Osnabrück vor neunzig Jahren zeigt, werden gerade für den Schinkel die immensen Veränderungen ersichtlich, die er erfahren hat. Dichtere Besiedlung ist nur am Schnittpunkt der Buerschen mit der Bohmter Straße und an der Buerschen Straße unterhalb des Klushügels zu erkennen (das damals genannte „östliche Viertel“, welches noch zur Stadt Osnabrück gehörte), der Klushügel selbst (noch nicht 'angeknabbert') ist noch unbebaut. In der Landgemeinde Schinkel ist nur an der sogenannten Mittelburg, gegenüber dem Eisen- und Stahlwerk, eine eben zu diesem Zeitpunkt entstehende Siedlung zu erkennen. Ansonsten weist der Schinkel, wie schon seit vielen Jahrhunderten, Einzelgehöfte auf. Landschaftliche Veränderungen hatten zu diesem Zeitpunkt aber bereits eingesetzt: das Eisen- und Stahlwerk zwischen der Hase und der Eisenbahnstrecke Osnabrück - Löhne und der alte Rangier-

⁵⁹ Bildnachweis: Spörhase

bahnhof zwischen dem Klushügel und der Oststraße waren angelegt worden und hatten das landschaftliche Bild wandeln lassen.

Besonders deutlich auf dieser Karte ist der Waldbestand zu sehen, der um die Jahrhundertwende im Schinkel vorhanden war. Der durch seine Höhenlinien gut erkennbare Schinkelberg war fast vollständig bewaldet, östlich des Berges in Richtung Gretesch war dichter Wald und die Gartlage zeigt ab der Nürnberg ebenfalls Waldbestand auf. Zwischen diesen Waldgrundstücken lagen die landwirtschaftlich genutzten Flächen, aber auch spontane Grün- und Freiflächen, die in alten Zeitungsartikeln oftmals als „brach“ und damit als nutzlos beschrieben wurden. Die SCHINKELER GESCHICHTE(N) beschreiben:

„Der Wald des Schinkelberges, der nur wenig Nutzholz aufwies, erstreckte sich von der Weberstraße bis an die Belmer Grenze. Hier sah man viele gekappte Buchen, deren Nisthöhlen heimatlichen Vögeln als Brutstätte dienten. Selbst Eulen wurden hier beobachtet. Am Nordhang, im Bereich der Bremer Straße, gegenüber der Gastwirtschaft Balke, wuchs ein gepflegter Fichtenwald, der sich bis an die Eisenbahnstrecke Osnabrück/Bremen hinzog. Auf der anderen Seite der Eisenbahn breitete sich ein wundervoller Mischwald aus, der zum Besitz des Klosters Gartlage gehörte. Die nicht weit davon entfernte Gartlage mit ihrem 100jährigen Eichen- und Buchenbestand lud vornehmlich die Osnabrücker zu Spaziergängen ein, die meist in dem geschätzten Kaffeehaus Gartlage endeten.“⁶⁰

Parallel zum Schinkelberg verläuft der Rote Berg. Zwischen diesen beiden Höhenzügen hat es früher ein Moorgebiet gegeben, in dem auch Torf abgebaut wurde. Auf der Karte von 1900 sind einige dieser Moorflächen noch erkennbar. Auch der Röthebach, der südlich des Schinkelberges seine Quelle hat, entspringt in einem Moorgebiet.

An der Mindener Straße in Richtung Lüstringen befand sich an der noch ursprünglich fließenden und mit einem Schilfgürtel umgebenen Hase die Feldteichsmühle. Um die Wasserkraft des Belmer Baches nutzen zu können, erhielt das Fließchen ein neues Bachbett. Das sumpfige Terrain in der Nähe der Mühle wurde trockengelegt.⁶¹

Der heutige Schinkel zeigt ein ganz anderes Bild: an den Osthängen des Schinkelberges steht noch ein kleiner Wald, der Baumbestand des Westhanges wich der Siedlung Widukindland, der Wald in der Gartlage ist sehr verkleinert und im Osten des Berges hat sich die landwirtschaftliche Fläche vergrößert. Trotz der starken Besiedlung (im Westen zwischen der Buerschen/ Mindener und der Bohmter/ Bremer Straße, die neuen, dicht besiedelten Ortsteile Schinkel-Ost und Bornheide) weist der Schinkel aber immer noch große unbebaute und damit grüne bzw. brachliegende Flächen auf. Rechts und links der Autobahn zieht sich, bis auf die Siedelfläche von Schinkel-Ost, ein breiter Grünstreifen bis zur

⁶⁰ Schinkeler Geschichte(n), S. 36 f

⁶¹ Schinkeler Geschichte(n), S. 104

Gemeinde Belm, und zwischen der Bahnlinie und dem Stadtteil Dodesheide liegen ebenfalls landwirtschaftlich genutzte Flächen sowie kleine Gehölze.

Die nächste räumliche Veränderung für den Stadtteil Schinkel wird die geplante Stadteilerweiterung Schinkel-Ost sein, die auf der folgenden Karte anschaulich abgebildet ist.

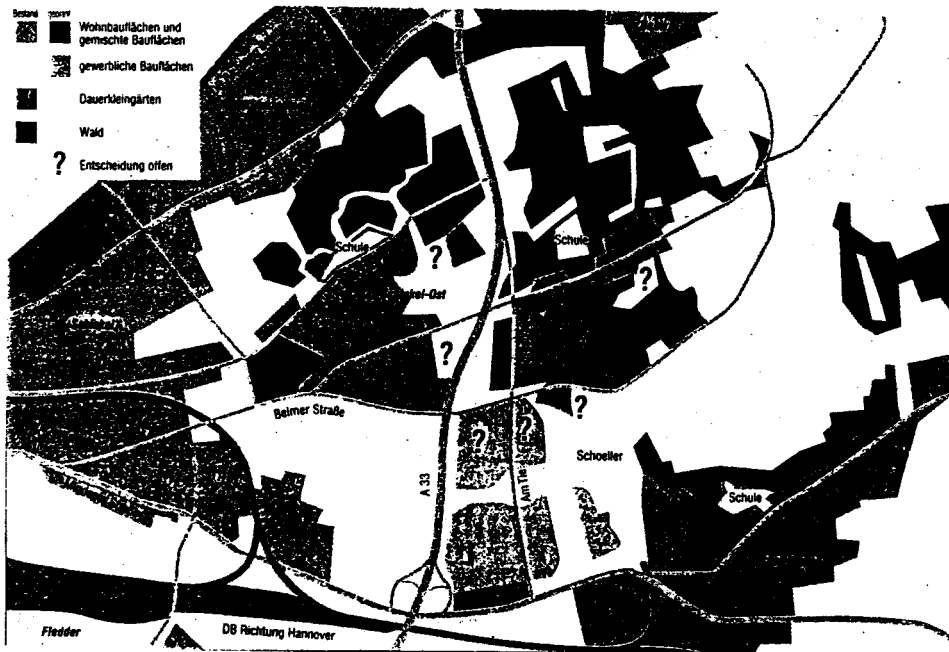


Abb. 12: Stadteilerweiterung Schinkel-Ost⁶²

Es werden größtenteils landwirtschaftlich genutzte Flächen sein, die zur Überbauung vorgesehen sind, aber laut Kartenlegende befinden sich auch Wiesen und Weiden darunter.

Im folgenden sollen einige Inhaltsschwerpunkte des Komplexes „Grün im Schinkel“ in ihrer historischen Entwicklung beschrieben werden, wobei besonderes Gewicht auf die Veränderung bzw. Umstrukturierung gelegt wird. Die ökologischen Veränderungen durch den Bau der Buerschen Straße durch den Klusfelsen hindurch und die Anlage der Siedlung Widukindland werden dabei nur noch am Rande erwähnt.

⁶² Bildnachweis: Neue Osnabrücker Zeitung, 2.1.1995

In der Mitte des letzten Jahrhunderts begann sich das Bild des Schinkels zu wandeln. Für den Bau der Eisenbahn Osnabrück - Löhne mußte auf den Wiesen längs der Hase ein Damm aufgeschüttet werden. Man trug den Burbrink, einen Berg im Schinkel, komplett dafür ab.

1867 wurde bekannt, daß ein „einige 70 Scheffelsaat“⁶³ großes Areal südöstlich der Klus, zwischen der alten Hase und der Eisenbahn, für ein Industriestandort

„nach Aberntung der Früchte, also zu Michaelis d. J.“⁶⁴

erschlossen werden sollte. Dieses Gelände war zum Teil landwirtschaftlich, u. a. auch als Kuhweide, genutzt worden. Eine kurz zuvor errichtete Flußbadeanstalt auf diesem „Butterwiese“ genannten Gelände verschwand mit dem Bau des Werkes ebenso wie die Wiese selbst.

Ein weiterer Industriestandort wurde 1873 am östlichen Abhang des Gertrudenberges bis zur Nürnberg und dem Gehölz erschlossen. Dort siedelte sich das Osnabrücker Kupfer- und Drahtwerk an.⁶⁵

1867 wurde ebenfalls beschlossen, an der Klus ein Wegenetz auszuarbeiten und durch Ankauf und Austausch von Grundstücken⁶⁶ eine neuen Vorstadt zu begründen.⁶⁷ Auf dem Klusgelände lagen zu dieser Zeit viele Gärten, die z.T. dem Straßenbau geopfert wurden.⁶⁸ Diese Gartenanlagen waren Mitte des 19. Jh. von Senator WAGNER initiiert worden.⁶⁹ Er veranlaßte auch, daß Eschen und Obstbäume gepflanzt wurden und auf dem Gelände der jetzigen Bremer Brücke ein Obstgarten mit Baumschule entstand.⁷⁰ Am Osthang des Klushügels entstanden bis 1872 umfangreiche Betriebsanlagen für die Eisenbahn. Die benötigten Flächen wurden durch Aufschüttung mit vom Klushügel abgetragenen Erdmassen gewonnen. Mit der Kohlschlacke, die in diesem Ausbesserungswerk anfiel, wurden die Wiesen im Gebiet der heutigen Schinkel- und Oststraße aufgefüllt.

⁶³ 1 Scheffelsaat = 11,795 Ar = 1.179,5 m²

⁶⁴ Osnabrückische Anzeigen, 3.7.1867

⁶⁵ Neue Volksblätter, 4.6.1873

⁶⁶ das Gebiet gehörte größtenteils der Herrenteichs-Laischaft

⁶⁷ Osnabrückische Anzeigen, 26.4.1867

⁶⁸ Neue Volksblätter, 3.5.1872

⁶⁹ Schinkeler Geschichte(n), S. 237

⁷⁰ Schinkeler Geschichte(n), S. 75

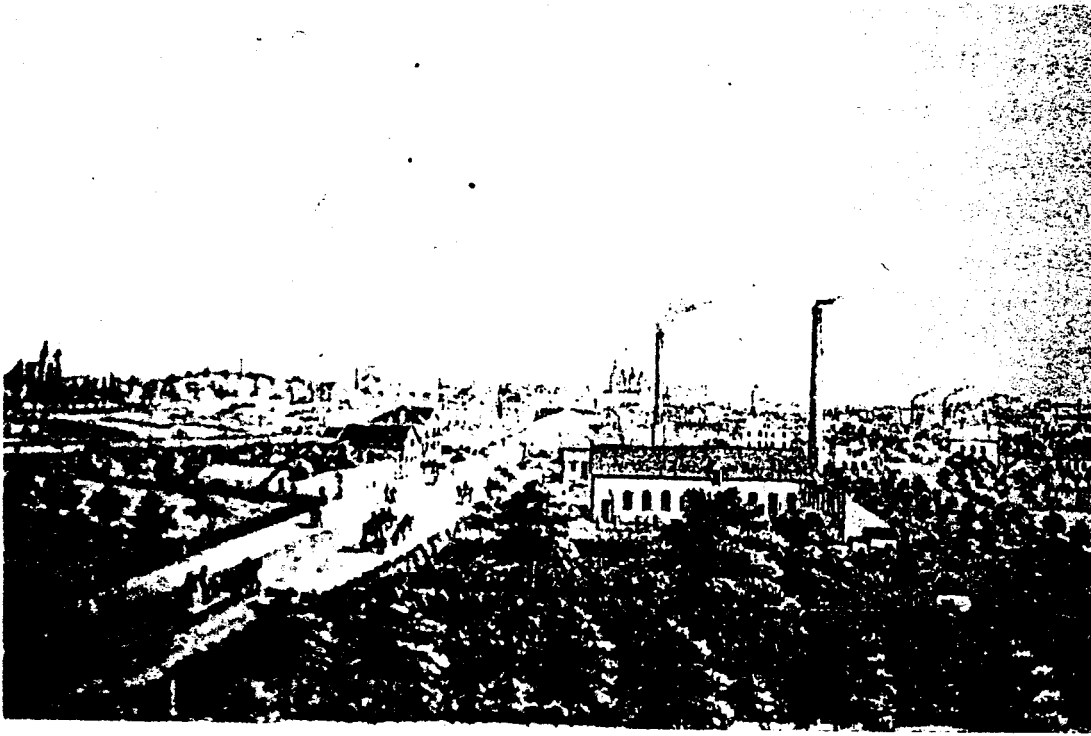


Abb. 13: Bild vom Klushügel in Richtung Stadt⁷¹

Die Bebauung des Klushügels wurde über viele Jahre fortgesetzt. Das OSNABRÜCKER TAGEBLATT berichtete am 7.7.1922:

„Wer längere Zeit nicht auf dem Klushügel war, wird zu seinem Erstaunen wahrnehmen, daß dort eine ähnliche Kolonie (nur in kleinerem Umfange) wie an der Hügelstraße jenseits des Hasefriedhofes oder am Gartlagerweg dem Erdboden entwachsen ist; auch die vom Kupfer- und Drahtwerk an der Liebigstraße errichteten Häuser sind fertiggestellt und machen in ihrer vielseitigen Ausführungsform einen ebenso freundlichen wie bodenständigen Eindruck. Schon länger im Gebrauch sind die beiden Häuserreihen, die der Georgs/Marien-Bergwerks- und Hüttenverein zu beiden Seiten der von der Buerschenstraße nach dem früheren Schützenhofe führenden Allee hat entstehen lassen.“

Andere Geländeänderungen traten ein, als das Gebiet an der Bohmter Straße von der Stadtgrenze bis zu dem Verbindungsweg mit der Gemeinde Haste verkoppelt wurde. Wegen der starken Bautätigkeit in diesem Terrain wurde eine

„Durchgreifende Regelung der Wegeverhältnisse“⁷²

⁷¹ Bildnachweis: Schinkeler Geschichte(n), S. 111

⁷² Osnabrücker Tageblatt, 7.4.1899

als nötig erachtet.

Mit der Errichtung des Osnabrücker Kupfer- und Drahtwerkes gingen weitere Veränderungen einher. Gleichzeitig wandelte sich die ländliche Siedlung Schinkel mehr und mehr in einen Arbeitervorort. Wohnraum mußte geschaffen werden und neue Kleinstsiedlungen wie z.B. die der Mittelburg entstanden im ausgehenden Jahrhundert. Aber die Wohnflächen reichten für die stetig wachsende Arbeiterschaft nicht aus und immer neue Bauprojekte wurden beschlossen:

„Die Osnabrücker Bank beabsichtigt, wie verlautet, ihren hier hinter der sog. Mittelburg an der nach Belm führenden neuen Landstraße belegenen Grundbesitz zu parzellieren und so etwa 50 Bauplätze zu schaffen. Es ist somit wiederum das Entstehen einer neuen Kolonie in Aussicht, für deren Wege und namentlich Abwässerungsverhältnisse man zuständigerseits hoffentlich bei Zeiten die nöthige Sorge trägt, damit die neue Ansiedlung in dieser Hinsicht nicht das Schicksal der sog. Mittelburg zu teilen braucht, deren Entwässerungsverhältnisse lange Zeit wahrlich sehr im Argen lagen.⁷³

⁷³ Osnabrücker Tageblatt, 23.1.1899

2.1. Baumfrevel

Aber nicht nur in diesem großen Maßstab, sondern in unzähligen kleinen Bereichen wurden immer wieder Eingriffe in die Natur unternommen. Zum einen handelt es sich dabei um mutwillige Zerstörungen von Natur, dem **Baumfrevel**, und zum anderen griff die Stadt bzw. das STADTGARTENAMT oder der VERSCHÖNERUNGSVEREIN immer wieder in bestehende Naturräume ein bzw. manipulierte Stadtpflanzen.

Die Thematik des Baumfrevels durchzieht die Lokalpresse für viele Jahrzehnte.

Die OSNABRÜCKISCHEN ANZEIGEN berichten am 23.11.1850:

„Der Frevel hat sich wieder auf mehrfache Weise bethätigt. Es sind nämlich:

1. von einigen jungen Lärchen auf der Allee die Spitzen abgebrochen und jene dadurch verkrüppelt;
2. von 18 jungen Obstbäumen am Königswege (rechts von dem Laischaftshause auf der Allee nach dem Wildenwasser) die Stangen losgebunden und entwandt, und
3. zwei von den in der Lindenallee nach der Allee gesetzten Pfählen ausgerissen und in die benachbarten Gärten geworfen.“

Die Herrenteichs-Laischaft, deren Gebiet von diesem Baumfrevel betroffen war, forderte die Stadt zu entsprechenden Schutzmaßnahmen auf und stellte gleichzeitig eine Belohnung bei der Überführung der Straftäter aus.

Ähnliche Berichte häufen sich:

„Wir vernehmen, der Vorstand der Herrenteichs-Laischaft habe die Absicht, die schönen Obstbaumreihen an der Bohmer Straße zum Abhauen im nächsten Winter zu verkaufen, weil böse Buben die Bäume zerstören, den Laischafts-Genossen zu viel Aerger und Schaden bereiten. Gewiß wäre es zu beklagen, wenn die Obstbäume entfernt werden müßten.“⁷⁴

Oder:

„Eine abermalige mutwillige Zerstörung von Anpflanzungen ist heute zu verzeichnen. An der Buerschenstraße sind vier schöne Bäumchen, die im besten Wachstum standen, in verwichener Nacht von ruchloser Hand rundum eingeschnitten und damit ist die Borke abgeschält, damit sie zu Grunde gehen müssen. Nach Befund muß der Täter ganz genau

⁷⁴ Osnabrücker Volkszeitung, 10.8.1875

gewußt haben, daß die Bäume durch diese Manipulation zu Grunde gehen müssen. Wie man vermuthet, wird diesmal der Thäter wohl ermittelt werden.“⁷⁵

Diese Baumbeschädigungen fanden im gesamten Stadtgebiet statt, aber erstaunlicherweise war das östliche Viertel, welches jetzt zum Schinkel gerechnet wird, am meisten betroffen.

Diese Beispiele mögen genügen, um die Wertschätzung von Stadtbäumen aufzuzeigen. Zum einen wird ersichtlich, daß es geradezu als „Sport“ angesehen wurde, nachts durch die Straßen zu ziehen und Bäume zu beschädigen.⁷⁶ Als Täter wurden in den meisten Fällen junge Burschen vermutet, ab und zu werden in den Zeitungsartikeln direktere Hinweise darauf gegeben, daß die Urheber aus den Wohnvierteln der gehobenen Bürgerschicht, z.B. vom Westerberg, stammen könnten. Zwischen den Stadtteilen Westerberg und östliches Viertel/ Schinkel bestanden aufgrund der sozialen Unterschiede ohnehin Differenzen und Spannungen. Vielleicht wurde gerade deshalb dieses Gebiet bevorzugt geschädigt. Interessant ist jedoch die Frage, warum sich der „jugendliche Übermut“, der wahrscheinlich hinter den meisten Beschädigungen stand, ausgerechnet an Bäumen abreagieren mußte. Auch die Waldgrundstücke im Schinkel hatten unter diesen Zerstörungen zu leiden, und private Waldbesitzer überlegten, ob sie das Betreten des Waldes gänzlich verbieten sollten.⁷⁷ Im Gegensatz zu heute wurde Natur damals ganz anders wahrgenommen. Natur wurde als ohnehin und schon immer vorhanden angesehen, sie galt nicht als schützenswert, sondern stand eher der Modernisierung im Wege, und Natur hatte lediglich dem Menschen zu dienen bzw. war dazu da, um ausgenutzt zu werden. Vermutlich kann man diese damalige, sicher weniger aus reiner Boshaftigkeit, sondern vielmehr aus Gedankenlosigkeit, Übermut und dem Gefühl, „sich beweisen zu müssen“ resultierenden Beschädigungen mit dem heutigen Phänomen vergleichen, daß bei einem leerstehenden Haus unweigerlich die Fensterscheiben eingeworfen werden.

Ersichtlich ist auch, daß sich die Eigentümer der Bäume lediglich wegen der finanziellen Verluste betroffen fühlten und Bäume sogar zum Abholzen verkauften, um durch den Baumfrevel nicht zu viel Geld zu verlieren.

⁷⁵ Osnabrücker Volkszeitung, 29.7.1884

⁷⁶ der letzte Hinweis auf Baumfrevel stammt vom 27.1.1993. In der Gartlage wurden nachts 30 Bäume in einem Garten zerstört bzw. abgesägt. Wenn dieser „Sport“ wohl auch etwas unmodern geworden sein sollte, gänzlich verschwunden ist er nicht

⁷⁷ als ob man damit der nächtlichen Zerstörungswut hätte Herr werden können

Aber nicht nur der Baumfrevel, sondern auch die **Beschädigungen der öffentlichen Anlagen und Parks** beschäftigte die Stadt enorm. Immer wieder meldeten die Zeitungen nächtlichen Vandalismus in Parks und Anlagen:

„Die Anlagen, sowohl in, als außerhalb der Stadt stehen jetzt in bestem Schmuck. Leider hören wir überall die bittersten Klagen, daß von frevelhaften Händen so manches zerstört würde. Wir werden ersuchen, an zuständiger Seite dafür zu plaidieren, daß mehr Aufsicht geübt werden möge, welchem Wunsche wir hiermit nachgekommen sein wollen.“

Man vermutete auch hier jugendliche Straftäter und erläuterte öffentlich die Gesetzeslage:

„Das Gesetz belegt nämlich nicht nur die Beschädigung von Ziersträuchern etc. mit einer Geldstrafe nicht unter zehn Mark, sondern erklärt auch diejenigen, unter deren Gewalt oder Aufsicht oder in deren Dienste die Uebelthäter stehen oder zu deren Hausgenossenschaften dieselben gehören, für haftbar rücksichtlich der Strafe, des Werthersatzes und der Kosten. Auch sollen die Gewalthaber u.s.w. selbst verurtheilt werden, sofern der Thäter das 12. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, nach vollendetem 12. Lebensjahre wegen Mangels der zur Erkenntnis der Strafbarkeit seiner Handlung erforderlichen Einsicht freizusprechen ist, oder wenn der Thäter wegen eines seine freie Willensbestimmung ausschließenden Zustande straffrei bleibt.“⁷⁸

Es lohnt sich, diesen kleinen Artikel genauer zu betrachten. Zum einen ist offensichtlich, wer hinter den Zerstörungen in Anlagen und Parks vermutet wird: Kinder, natürlich die der unteren Schichten, denn wohlgezogene Bürgerkinder treiben nachts keinen Unfug in öffentlichen Anlagen, sie liegen artig in ihren Betten, Bürgerkinder laufen tagsüber auch nicht über den Rasen, denn sie haben eine Aufsichtsperson dabei; Hausangestellte und Dienstpersonal, also ebenfalls Angehörige der unteren Schichten, Dumme und nicht Zurechnungsfähige. Öffentliche Anlagen und Parks wurden für die Bürgerschicht angelegt, die in freien Mußbestunden darin flanieren konnten. Hauspersonal, Dienst- oder Kindermädchen wurden in den Anlagen gar nicht gern gesehen und man regte sich darüber auf, wenn sie die Parkbänke besetzten. Es war unvorstellbar, daß die Bürger, für die man diese schönen Anlagen hergerichtet hatte, sie zerstören sollten. Also konnten es ja nur die Bevölkerungselemente sein, auf die das Bürgertum, bedingt durch die wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen, die während der vorausgegangenen Jahrzehnten eingetreten waren, voller Vorurteile hinab sah. Die PROMENADEN-COMMISSION, verantwortlich für die Stadtanlagen, erwirkte schließlich die Anstellung von Wächter, die die Anlagen schützen sollten. Diese Maßnahmen erwiesen sich z.T. als erfolgreich.

Aber die Zerstörungen in den öffentlichen Anlagen und Parks hatte auch einen anderen Hintergrund. Sicherlich waren unter den Übeltätern auch diejenigen zu finden, die auf diese Weise ihren Ärger gegen die gesellschaftliche Ausgrenzung zum Ausdruck brachten. Sicherlich werden sich auch übermütige Jugendliche darunter befunden haben. Und daß vor bestimmten Feiertagen nachts in Anlagen und Parks die Blumenbeete geplündert werden, ist heute noch zu beobachten. Aber vor dem Hintergrund der beginnenden Reformbewegungen waren auch viele der Bürger mit der Verschönerungspolitik in den öffentlichen Anlagen nicht einverstanden. Sie empfanden diese Anlagen als künstlich und widernatürlich und protestierten dagegen öffentlich. Ein Leser stellte im OSNABRÜCKER TAGEBLATT die Frage, warum ausgerechnet Osnabrück zur Stadt der „**Experimentier- und Versuchsgärten**“ werden müsse.⁷⁹ Solche Äußerungen lassen erkennen, daß man Parks und Anlagen nicht als „Natur“ betrachtete, sondern als etwas künstlich geschaffenes, dem man keinen hohen Wert beimaß. Diese Haltung spiegelte sich in den Zerstörungen⁸⁰ wider und leistete dem verantwortungslosen, naturzerstörenden Verhalten Vorschub.

2.2. Maßnahmen der Stadt Osnabrück

Weitaus größere Bedeutung hatten aber all die Eingriffe in die Natur, die nicht aus Übermut, Böswillig- oder Gedankenlosigkeit unternommen wurden, sondern die im Zeichen der **Stadtplanungspolitik** oder sogenannten **Stadtverschönerungen** durchgeführt wurden und oft zu heftigen Kontroversen führten. Die Arbeit des **STADTGARTENAMTES** oder der **PROMENADEN-COMMISSION** wurde heftig kritisiert und führte dazu, daß man städtische Anlagen und Parks nur noch als Übel betrachtete. Gleichzeitig begann man, sich über die vielen Rodungsarbeiten im Stadt- oder stadtnahen Gebiet Gedanken zu machen und diese zu verurteilen. Bereits 1876 berichtete die **OSNABRÜCKER VOLKSZEITUNG**, daß in den Jahren zuvor ganze Holzungen verschwunden seien, um Nutzholz besonders für den Grubenbau zu erhalten. Es wurde vermutet, daß diese als völlig übereilt eingestuften Baumfällaktionen auch deshalb getätigt wurden, um einem in Planung begriffenen **Waldschutzgesetz** zuvorkommen zu können.⁸¹

⁷⁹ 21.2.1902

⁸⁰ wobei der Vorwurf der Parkzerstörung vom Rasenbetreten bis zum Büscheausreißen galt

⁸¹ Osnabrücker Volkszeitung, 11.1.1876

Das Abholzen ganzer Baumbestände wurde generell kritisiert und erregte immer wieder die Öffentlichkeit.

„Gartlager Gehölz. Die Abholzungen haben auch in diesem Jahre, so schreibt man uns, wieder einen bedeutenden Umfang gehabt. Wenn das so weiter geht, wird die Klosterkammer aus den Holzverkäufen großen Gewinn erzielen; die Osnabrücker aber einen nahegelegenen Wald einbüßen.“⁸²

Die stadtgärtnerischen Maßnahmen fanden bei der Bevölkerung keinen großen Anklang. Leserbriefe aus dieser Zeit lassen erkennen, daß ein Grundstock ökologischen Denkens bereits vorhanden, wenn wohl auch noch nicht in der breiten Bevölkerung verankert war. Die Bedeutung von Stadtgrün bzw. von Stadtbäumen nicht nur aus ästhetischen Gründen und der Gehalt von Natur im Sinne von „natürlich“ war auch in dieser Zeit durchaus schon bekannt.

„Es wird wohl Niemand bestreiten, daß die Anpflanzungen von Bäumen an unseren Promenaden und einzelnen Straßen der Stadt lediglich deshalb stattgefunden hat, damit dieselben einmal durch ihre schönen Laubkronen, wie sie die Natur schafft, unser Auge erfreuen (denn was die Natur hervorbringt, ist und bleibt für das Auge der meisten Menschen immer das Schönste und kann künstlich nicht noch mehr verschönert werden), und ferner im heißen Sommer den erquickenden Schatten spenden. Aus letzterem Grunde ist es auch allenfalls noch zu verstehen, wenn allzuhoch emporgewachsene Bäume von Jahren gekappt werden, zumal dieses Verfahren die Bäume verjüngen, d. h. ihre Lebensdauer verlängern soll.

Wenn nun aber gegen die uns im Laufe der Jahre geradezu lieb gewordenen Bäume in der Weise vorgegangen wird, wie es hier in letzter Zeit geschieht, indem man dieselben an einzelnen Stellen sämtlich, an anderen zum Teil beseitigt und dann noch die wenige Bäume, welche man stehen ließ, durch Auslichten der Kronen und Aussägen armdicker Äste zu wahren Baumgerippen, in denen kaum noch ein Vogel sein Nest bauen kann, verunstaltet, so daß sie in den nächsten Jahren nur wenig Schatten geben, so ist es durchaus nicht verwunderlich, wenn besonders uns Alten, die wir naturgemäß das in Aussicht gestellte Resultat solcher Modernisierungen nicht mehr erleben werden, dieses Vorgehen mißfällt.“⁸³

Diese „systematische Verkrüppelung von Bäumen“⁸⁴ erregte viele Gemüter.

„Wir wollen hier natürliche Anlagen, nicht aber zugestutzte, eingezwängte, unnatürliche Bäume (...) (oder) fast baumlose Flächen, die

⁸² Osnabrücker Volkszeitung, 31.1.1900

⁸³ Osnabrücker Tageblatt, 25.1.1902

⁸⁴ Osnabrücker Tageblatt, 21.2.1902

trostlos genug aussehen und die auch durch eventuelle spätere Herings-
salatbeete nicht mehr in ihren früheren Zustand zurückversetzt werden
können.“⁸⁵

Fachleute reagierten empfindlich auf diese Kritik und verteidigten die Ab- bzw. Aushol-
ungsmaßnahmen vehement. Ein Baum könne nur Schatten spenden, wenn er im Vorfeld
beschnitten worden sei, Bäume müßten gestutzt werden, damit sie nicht vom Wind auf
die Straßen geweht würden, und allgemeine Baumpflege mit der Säge sei notwendig,
damit sich kein Ungeziefer ansiedeln könne.⁸⁶

Angesichts der massiven Kritik an den stadtgärtnerischen Maßnahmen sah sich Stadt-
gärtner HALLERVORDEN veranlaßt, seine Maßnahmen zu verteidigen. In seiner langen
Rede⁸⁷ kommt die damalige offizielle Einstellung deutlich zum Ausdruck. Hallervorden
erläuterte, daß Obst- bzw. Allee- und Zierbäume keine Urprodukte, sondern
Kunstprodukte seien und für ihre Zwecke erzogen werden müßten. Zu eng stehende
Bäume müßten gefällt werden, ebenso schwache oder kranke Gewächse. Im Unterschied
zur Forst, in der man Holz erzeugen wolle, wolle man mit den Stadtbäumen⁸⁸ kein Holz,
sondern wirkliche Pflanzen erreichen.

„Es ist verkehrt, Ueberflüssiges und Unbrauchbares aus falsch ange-
brachter Pietät stehen zu lassen, vielmehr gilt in dieser Beziehung der
Mitschesche Grundsatz, welches dem rücksichtslosen Entfernen des
Minderwertigen, des Schwachen zugunsten des Stärkeren das Wort re-
det.“

Aber man darf die Stadt in Bezug auf ihre „grünen“ Maßnahmen nicht nur kritisieren. So
berichtete die OSNABRÜCKER VOLKSZEITUNG am 13.2.1885 sehr stolz, daß seit dem
Jahre 1875 insgesamt 3.250 Bäume, hauptsächlich Linden, Ulmen und Ahorn, an öffent-
lichen Promenaden und Straßen gepflanzt worden waren. Allerdings wird nicht gesagt,
wieviele Bäume im Vergleichszeitraum abgeholzt wurden. Die Stadt versuchte auch, auf
Bürgerwünsche einzugehen, so wurde beispielsweise im gleichen Jahr die Allee zur Lan-
gen Wand, der sogenannte Philosophenweg, mit Kastanien bepflanzt.⁸⁹

⁸⁵ ebd.

⁸⁶ Osnabrücker Tageblatt, 5.3.1902

⁸⁷ abgedruckt im Osnabrücker Tageblatt, 4.4.1902

⁸⁸ Linden, Ahorn und Rüstern, zum Teil auch Eichen (!)

⁸⁹ Osnabrücker Tageblatt, 6.11.1885. Wobei nicht vergessen werden darf, daß diese Flanierpromenaden den
Bürgern, aber nicht generell der Stadtbevölkerung zugedacht waren

2.3. „Grün“ als Naherholungsgebiete

Die Landgemeinde Schinkel befand sich zu dieser Zeit in einem massiven Umbruch. Die Wohngebiete in der Nähe des Stahlwerkes und entlang der Buerschen Straße wiesen immer mehr den Charakter eines städtischen Vorortes auf. Und mit der Zunahme der Bebauung nahmen die Grün- und Freiflächen natürlich ab. Im folgenden sollen **Grün- und Freiflächen** mit ihrer Funktion als **Naherholungsgebiete** vorgestellt werden. Dabei ist zu unterscheiden zwischen natürlichen Naherholungsgebieten wie Wälder und Waldgrundstücke, Spazierwegen zwischen Wiesen und anderen freien Grünflächen und zwischen „grünen“ Erholungsflächen, die von Menschenhand geschaffen worden sind und im Zuge der Verstädterung und der Abnahme der natürlichen Flächen eine immer größere Bedeutung bekamen. Es handelt sich dabei um Spiel- und Sportplätze, um Kleingärten und Kleingartenanlagen, aber auch um Parks und städtische Anlagen.

2.3.1. Sport- und Spielplätze

Im folgenden kann kein erschöpfender Abriß über die Entwicklung der Sport- und Spielplätze gegeben werden. Aber einige anschauliche Beispiele, die sicherlich generalisierbar sind, sollen die Entwicklung aufzeigen.

Sport- und Spielplätze als künstliche und geplante (Nah)erholungsflächen entstanden in den letzten 100 Jahren. Normalerweise sollte man davon ausgehen können, daß solche Flächen nicht versiegelt sind (obwohl es auch asphaltierte Spielplätze gegeben hat). Diese kleineren oder größeren Flächen inmitten bebautem Geländes bieten, sofern Grün angepflanzt wurde, Erholungspunkte. Typisch für Kinderspielplätze ist, daß sie erst dann vonnöten sind, wenn es keinen natürlichen Freiraum mehr für die Kinder gibt. In ländlichen Gebieten mit Wiesen, Wäldern, mit Büschen bewachsenen Freiflächen, mit Fließchen und Teichen und tausend anderen Möglichkeiten, im Freien zu spielen, sind Kinderspielplätze mit ihren künstlich geschaffenen Spiel-, Kletter- und Buddelmöglichkeiten überflüssig. Erst im Zuge der Verstädterung, als mehr und mehr grüner Freiraum ver-

schwand, mußte dafür gesorgt werden, die Kinder „von der Straße zu holen“ und ihnen Ersatzmöglichkeiten zur Natur zu bieten.

Bei der Errichtung von Sportplätzen verhielt es sich anders. Im Zuge der Vormärzbewegung (wem ist nicht der gute alte Turnvater Jahn - zumindestens dem Namen nach - bekannt) entstanden Turn- und Sportvereine aus der gesellschaftspolitischen Situation heraus.⁹⁰ Parallel zu den bürgerlichen Vereinen bildeten sich im auslaufenden Jahrhundert auch Arbeitersportvereine. Sich sportlich zu betätigen und im Verein aktiv zu sein, galt gerade in der Arbeiterschaft als politische Maßnahme, daher wurde Wert auf entsprechende Anlagen gelegt. Und so ist es auch nicht erstaunlich, daß auf dem Osnabrücker Stadtplan von 1910 zwei „Spielplätze“, womit Sportplätze gemeint waren, zu sehen sind: der 1886 auf der Klus angelegte Sportplatz, also im östlichen Stadtviertel, und ein zweiter im Gelände zwischen dem Stahlwerk und der Mindener Straße; beide also in Gebieten, in denen die Osnabrücker Arbeiter angesiedelt waren.

Die immer wieder erhobene Klage des östlichen Viertels, später des Schinkels, die Stadt Osnabrück vernachlässige ihre Interessen und Bedürfnisse, läßt sich schon früh aus den Zeitungsartikeln herauslesen. So mußte z.B. der VEREIN ZUR WAHRUNG DER INTERESSEN DES ÖSTLICHEN STADTVIERTELS jahrelang darauf warten, daß bei der Sportstätte auf der Klus zwei Bedürfnisanstalten errichtet wurden - angesichts zahlreicher Zuschauer an den Wochenenden eine mehr als nötige Forderung.

Die zunehmende Bebauung des östlichen Stadtviertels und des Schinkels machten die Errichtung von Kinderspielplätzen immer dringender. Aber der Bürgerverein mußte lange Zeit darauf drängen, und die Stadt reagierte mit der ihr höchst eigenen Verzögerungstaktik:

„Dann hatte der Verein an den Magistrat eine Eingabe gerichtet betr. die Errichtung eines Spielplatzes im östlichen Stadtviertel. In seiner Antwort führte der Magistrat aus, daß er die Angelegenheit stets im Auge behalten habe, daß aber die Unterhandlungen mit der Eisenbahnverwaltung noch nicht zum Abschluß gelangt seien wegen der in diesem Bezirk vorzunehmenden Veränderungen. Der Vorsitzende bemerkte hierzu, daß die Schaffung eines Spielplatzes für diesen Bezirk durchaus wünschenswert sei, da gerade die gegenwärtig vorgenommenen Umänderungen dieses Bezirkes, die Uebergänge usw., manche Gefahren für die Jugend in sich trügen.“⁹¹

⁹⁰ „Nur in einem gesunden Körper wohnt ein gesunder Geist“. Und dieser „gesunde Geist“ war vonnöten, um das „zerrissene Vaterland“ zu einigen

⁹¹ Osnabrücker Tageblatt, 9.6.1911

So erfreulich große Spielflächen für die Stadtökologie auch hätten sein können, die tatsächliche Ausgestaltung derartiger Flächen lag aber oft im argen:

„Neuen Impuls gab der Frühling auch den Spielflächen. Am städtischen Großspielfeld auf dem Klushügel wird besonders lebhaft gearbeitet. Die weite Fläche ist weitgehend planiert, die Wasserrinnen sind mit Steinschlag ausgefüllt, Entwässerungssystem, und ein großer Teil des Spielfeldes ist bereits mit einer Aschendecke versehen. Ob es diesmal was wird? Wir wollen es gern hoffen, müssen aber bekennen, daß unsere Zweifel noch nicht behoben sind. Gewiß hat der Klushügel vor allen anderen Plätzen einen großen Vorzug, seine zentrale Lage, die ihn besonders auch zur Übungsstätte für die jüngeren Schulkinder prädestiniert. Ob aber das die anderen großen Nachteile ausgleicht? Eine ideale Spielfläche wird der Klushügel nie bieten, oder man müßte schon eine Hunderttausende kostende völlige Umgestaltung vornehmen. Die Spielfläche 'hängt' auch jetzt noch stark nach der der Bohmter Straße zugewandten Seite. Überdies ist ein Aschenplatz immer ein wenig erfreuliches Bild und, was wichtiger ist, eine noch weniger ideale Sportstätte. Man kann vielleicht durch sorgsame Herrichtung der Deckschicht Vorsorge treffen, daß unangenehme Verletzungen bei Stürzen ausbleiben, die grüne Rasenfläche wird man nie ersetzen können. Überdies hat der Klushügel bewiesen, daß er für die vielen an ihn gewandten Kosten und Arbeiten nicht gerade dankbar ist. Bisher wurde er stets noch im Laufe weniger Jahre mit allen Verbesserungen fertig. Fragt sich, was diesmal von dem neuen Aufwand in, sagen wir, fünf Jahren übrig ist.“⁹²

Unter nationalsozialistischer Herrschaft wurde diese Sportanlage zu einem Aufmarschplatz mit eingeebeter, planierter und drainierter Oberfläche.⁹³

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der Klushügel wieder als Sport- und Spielplatz hergerichtet, nachdem der von Bombentrümmern zerstörte Platz jahrelang als Trümmer-schutthalde dienen mußte.⁹⁴

Die ökologische Bedeutung von Sportplätzen ist widersprüchlich. Der Boden ist nicht versiegelt und Oberflächenwasser kann eindringen, dichte Baugebiete werden aufgelok-

⁹² Osnabrücker Tageblatt, 26.5.1929

⁹³ Osnabrücker Tageblatt, 24.4.1938

⁹⁴ Neues Tageblatt, 5.1.1950

kert, Windflächen entstehen, gleichzeitig erfüllen Sportplätze wichtige soziale Funktionen. Auf der anderen Seite stellen die stets sehr kurz gehaltenen Rasenflächen Monokulturen dar, auf denen nichts anderes, erst recht keine „Unkraut“, gedeihen darf. Ausgeklügelte Drainagesysteme sind verlegt worden, um den Boden zu entwässern und die Flächen stets spielbereit zu halten, und im Sommer muß viel Gießwasser verwendet werden, um das Grün zu erhalten. Natürliche Wiesenflächen wären allemal vorzuziehen, darauf läßt sich aber kein Leistungssport veranstalten. Der größte ökologische Vorteil dieser Sportanlagen muß in der Tat darin gesehen werden, daß Baugebiet aufgelockert und dem Auge kurzes Grün geboten wird.

Heute kann der Schinkel zahlreiche Sportplätze aufweisen. Neben der immer noch vorhandenen Sportanlage auf der Klus existiert das im Jahre 1932 von Arbeitslosen (im Zuge der Notstandsprogramme) errichtete Stadion an der Bremer Brücke.⁹⁵ 1959 wurde die Sportanlage am Zuschlag eingeweiht, 1974 die am Schinkelberg und 1978 am Gretescher Weg.

Als nach dem Krieg die Bebauung des Schinkels forciert vorangetrieben wurde, waren Anfragen nach Kinderspielplätzen immer dringlicher. Ein Artikel im OSNABRÜCKER TAGEBLATT vom 18.5.1951 beginnt mit:

„Kinderspielplätze sind sooo billig ... Kleines Paradies in Eversburg. Aber in Schinkel wohnen auch viele Kinder!“

Wenn auch der Schinkel besonders vom Problem der fehlenden Flächen für Kinder betroffen war, so fehlten im übrigen Stadtgebiet auch zahlreiche Spielplätze.⁹⁶ Aber wieder hatten die Schinkeler das Gefühl, an letzter Stelle von der Stadt bedacht zu werden.

Erst im Zuge des Ausbaus der Ebertallee wurde ein Spielplatz geschaffen, der vom OSNABRÜCKER TAGEBLATT in den höchsten Tönen als Treffpunkt für jung und alt gelobt wurde.⁹⁷

Bei weiteren Bauerschließungen wurde zunehmend darauf geachtet, Spielplätze anzulegen.

Die Frage, wie ein „guter“ Spielplatz auszusehen hat, kann im Rahmen dieser Erläuterungen nicht beantwortet werden. Klettergerüste ohne Verletzungsgefahr und ungiftige

⁹⁵ als Bemerkung nebenbei: als diese Anlage errichtet wurde, arbeitete man Unmengen städtischen Mülls in die Erde ein, um den Boden zu entwässern und anzuheben

⁹⁶ Neue Tagespost, 23.6.1951

⁹⁷ 19.7.1952

Sträucher sollte man als selbstverständlich voraussetzen. Aber wenn ein Spielplatz immer nur Ersatz für verlorengegangenen Naturraum sein kann, dann sollte bei der Anlage dringend darauf geachtet werden, daß Natur so vielfältig wie möglich in diesen künstlich geschaffenen Raum transponiert wird.

2.3.2. Kleingärten

Wichtig im Zusammenhang mit Frei- und Grünflächen sind auch die Klein- bzw. Schrebergärten, die im Stadtgebiet Osnabrücks und im Schinkel ein wechselvolles Schicksal erlebten. Die Anlage von Kleingärten wurde während des Ersten Weltkrieges forciert, um einige Mängel der schlechten Ernährungslage auffangen zu können.

An der Marienschule auf dem Schinkelberg wurde bereits Mitte der 1920er Jahre eine Gartenkolonie angelegt.

Im Zuge der Weltwirtschaftskrise der 1920er Jahre wurde diese Politik fortgesetzt, um Erwerbslosen, denen man nicht, wie ursprünglich vorgesehen, Siedlungsgelände an der Peripherie der Stadt zuweisen konnte, zumindestens Gartengrundstücke zur Verfügung zu stellen, um deren Lebensgrundlage zu sichern und die städtischen Kassen zu entlasten.⁹⁸ Im Schinkel wurden von der Stadt für diese Maßnahme ein Grundstück an der Weberstraße bereitgestellt. Die Größe der einzelnen Gärten sollte mindestens 400 m² betragen.⁹⁹

„Den Bemühungen des Kleingartenvereins Schinkel ist es erfreulicherweise gelungen, einen Beitrag aus den für Siedlungszwecke vom Reich für Erwerbslose bereitgestellten Mitteln zu erhalten, durch den es möglich war, 52 neue Kleingärten in einer geschlossenen Siedlung am Schinkelberg herzurichten und Erwerbslosen und Kurzarbeitern zur Verfügung zu stellen. (...) Es handelt sich um bereits kultiviertes Ackerland, das für die besonderen Zwecke selbstverständlich aber noch herzurichten ist. (...) Nach der Besichtigung der neuen Siedlung wurde auch die ältere Kolonie des Vereins in Augenschein genommen. Man konnte feststellen, daß durch jahrelange emsige Arbeit aus ödem Gelände Gärten geschaffen wurden, die geradezu als Vorbild dienen kön-

⁹⁸ Osnabrücker Zeitung, 12.1.1932

⁹⁹ Osnabrücker Zeitung, 27.2.1932

nen. (...) Im Schinkel sind bereits mehrere Dauerkolonien geschaffen worden, aber ihnen allen fehlt ein Platz zum Spielen für Kinder und zum Ausruhen für ältere Personen. In der jetzt fertiggestellten Siedlung an der Weberstraße ließe sich dieser Mangel beheben. Ein Platz steht zur Verfügung, der sich für diesen Zweck ausgezeichnet eignen würde. Es handelt sich nur darum, für die Grünanlagen und Bänke zu sorgen, eine Aufgabe, die durch die Stadtgärtnerei ohne große Kosten durchgeführt werden könnte.“¹⁰⁰

Für die nationalsozialistische Blut- und Bodenpolitik war das Anlegen von Kleingärtenanlagen eine Pflichtaufgabe. Offiziell als Maßnahme zur Förderung der „Bodenverbundenheit von Stadtmenschen“ propagiert, sollten diese Gemüse- und Obstgärten auch der geplanten Autarkie dienen. Stolz wurde darauf verwiesen, daß aus Ödland fruchtbringende Gärten angelegt worden seien. 1935 entstand am Hunteburger Weg auf einer ehemaligen Schuttablade stelle eine neue Gartenkolonie, und am Weseresch befanden sich 150 Kleingärten.¹⁰¹

Die folgende Entwicklung zeigt, daß Kleingärten niemals als eine wertvolle Sache an sich betrachtet wurden, sondern immer von realpolitischen Maßnahmen abhängig waren. War während wirtschaftlichen Notzeiten die Anlage von Kleingärten nicht nur von der Kommune, sondern auch von Reich gefördert und unterstützt worden, um die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung aufrecht zu halten und Sozialgelder einsparen zu können, wurde später das „schrebern“ unter eine politische Doktrin gestellt, so zeigte sich in den prosperierenden Jahren der Bundesrepublik, daß Kleingärten zunehmend als überflüssig oder als zur Verfügung stehendes Bauland angesehen wurden.

„Solange das Innere der Stadt nicht wieder aufgebaut wird, die Lücken in den Straßenzügen nicht geschlossen sind und brachliegendes Gelände nicht als Bauplatz Verwendung findet, werden wir uns gegen den Beschluß des Rates der Stadt wehren, der uns mit einem Federstreich die Kleingärten nehmen will.“

So verärgert äußerten sich Sprecher des Ortsvereins Schinkel-Ost am 31.3.1953 im OSNABRÜCKER TAGEBLATT. Der Rat der Stadt hatte beschlossen, das Gartengelände zwischen der Weseresch-, Weber-, Schwanenburg- und Bremerstraße mit 120 Gärten als Baugelände für 150 Eigenheime auszuweisen, ohne die Kleingärtner von diesem Plan überhaupt in Kenntnis zu setzen. Auf 80.000 m² standen hier 1.500 tragende Obstbäume, 2.000 Obststräucher, 50 massive Wohnlauben und 40 Holzlauben, der Gesamtwert der Anlage belief sich auch ca. 75.000 DM. Die Kleingärtner argumentieren, es sei völlig

¹⁰⁰ Osnabrücker Tageblatt, 27.4.1932

¹⁰¹ Neue Volksblätter, 13.6.1937

unsinnig, das in 25 Jahren harter Arbeit geschaffene Kulturland als Siedlungsgebiet auszuweisen und gleichzeitig anderes Ackerland für neuen Gärten zur Verfügung zu stellen. Die Gärten am Schinkelberg seien nicht nur eine Stätte der Erholung und Entspannung, sondern darüber hinaus eine Lunge des gesamten Stadtteils Schinkel. Auf der einen Seite betone die Stadt immer wieder ihre Bemühungen, neue Grünflächen zu schaffen, auf der anderen Seite

wolle sie bestehende Grünflächen zerstören.

In dem angesprochenen Gebiet ist in den Folgejahren gebaut worden und ein Teil der Gärten mußte weichen. Aber ein Teil der Kleingärten besteht heute noch.

1956 und 1957 wurden auf dem ehemaligen Sportplatz Fichte an der Weberstraße zehn neue Gärten angelegt. Bevor dort der Sportplatz entstanden war, der seit dem Krieg brach lag und mit Bombentrümmern übersät war, hatten sich bereits Kleingärtner um dieses Gelände beworben.¹⁰²

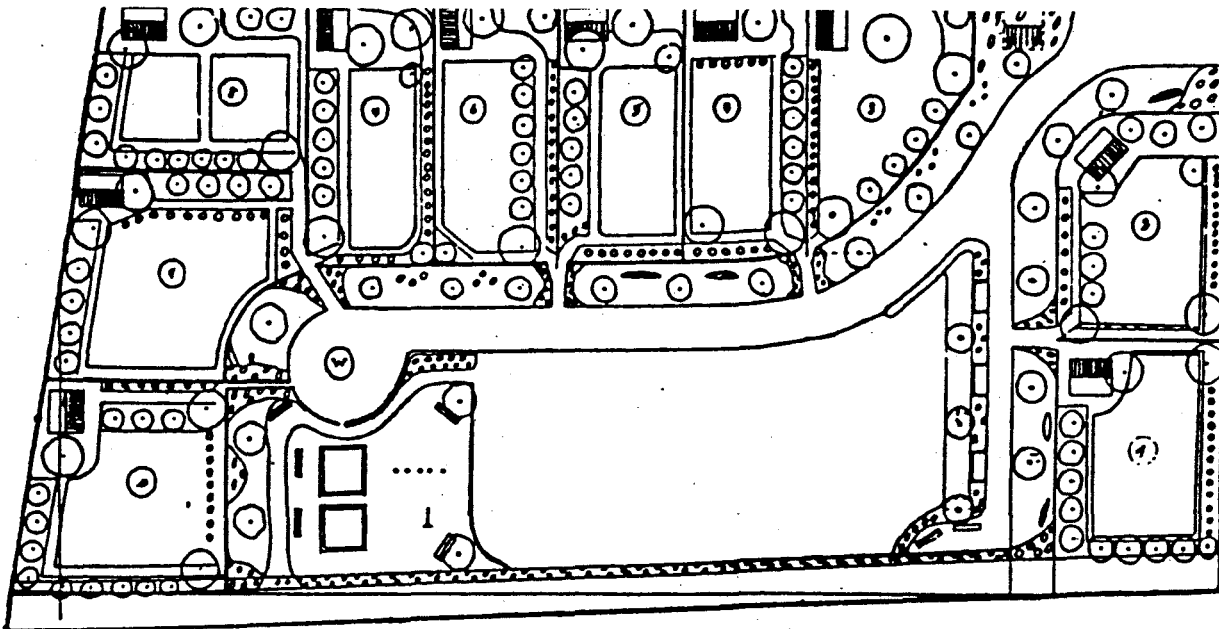


Abb. 14: Plan der neuen Kleingartenanlage am Fichtenplatz.¹⁰³

Die Planung dieser neuen Gartenanlage verdeutlicht den Funktionswandel, den Kleingärten erfahren haben. Galt es in den früheren Jahrzehnten, auf relativ kleinen Flächen möglichst viel Obst und Gemüse anzubauen, um die Ernährungsgrundlage zu sichern, so

¹⁰² Osnabrücker Tageblatt, 8.5.1956

¹⁰³ Bildnachweis: Neue Tagespost, 7.6.1958

zeigte sich bereits Ende der 1950er Jahre, daß neben Gemüseanbau der Erholungswert dieser Gärten immer mehr in den Vordergrund trat. Erholung nicht nur für die Gartenbesitzer, sondern auch für Spaziergänger, die sich auf Wegen und angelegten Plätzen innerhalb der Anlage aufhalten konnten. Die NEUE TAGESPRESSE charakterisiert diese neue Anlage mit:

„eine neue Oase der Stille und der geruhsamen Erholung.“¹⁰⁴

Am 4.4.1959 berichtete das OSNABRÜCKER TAGEBLATT:

„Im rückwärtigen Teil ist der Schinkelberg das Paradies der Kleingärtner. Er wird es auch bleiben, da diese Fläche im Nutzungsplan als Dauerkleingartengebiet ausgewiesen ist. Zu einem Mittelpunkt dürfte der Fichteplatz werden. Nachdem die Kleingärtner ihm schon einmal unter großen Mühen das trostlose Aussehen genommen haben, zwischenzeitlich aber wieder eine anderweitige Verwendung geplant war, ist er nun endgültig den Kleingärtnern zugesprochen. Gleichzeitig gab ihnen der Rat nun auch die finanzielle Sicherheit, für eine endgültige Gestaltung des Platzes sorgen zu können.

Die Herrichtung mit Grünanlagen, Liegewiesen und Baumanpflanzungen wird sicherlich auch über den Kreis der Kleingärtner hinaus viele Osnabrücker Spaziergänger ansprechen, denen der Platz durch die Einbeziehung in das 'öffentliche Grün' ebenfalls dienlich gemacht wird.“

Aber der fortschreitende Bebauung des Schinkels mußten Kleingärten immer wieder weichen. 1964 bewohnten ca. 25.600 Einwohner den Schinkel, aber man ging davon aus, daß es einmal 36.000 sein würden. Dafür mußte weiter gebaut werden. Zu diesem Zeitpunkt waren schon zahlreiche Kleingärten aufgegeben worden, weil man das Gelände als Bauplatz benötigte, andererseits wurden neue Kleingartengebiete ausgewiesen. 80 % der Schinkeler Kleingärtner waren Bewohner von Mietwohnungen, die über keine Hausgärten verfügten. Diese Erkenntnis hatte den Rat bewogen, Kleingartengelände erst dann aufzugeben, wenn Ausgleichsflächen geschaffen worden waren.

Anfang der 1960er Jahre gab es im Schinkel ca. 500 Kleingärten mit einer Fläche von insgesamt ca. 26 ha. Dazu kamen freie Gärten oder Grabeland in der gleichen Größe. Man stellte fest, daß in Zukunft ca. 1.800 Gärten mit einer Fläche von ca. 70 ha benötigt werden würden. Die Stadt sah sich aber vor die Schwierigkeit gestellt, überhaupt in den Besitz entsprechender Flächen zu gelangen. Es gab im Schinkel zu dieser Zeit noch 13 Landwirte mit jeweils mehr als 20 ha bewirtschaftete Fläche, dazu kamen drei kleinere Betriebe. Diese Landwirte stellten die Hälfte der Osnabrücker Bauern dar und verfügten

¹⁰⁴ Neue Tagespost, 7.6.1958

über 40 % der insgesamt im Stadtgebiet Osnabrück bearbeiteten landwirtschaftlichen Flächen.¹⁰⁵

In naher Zukunft wurden für den Schinkel 690 neue Wohnungen geplant, eine große Siedlung sollte im Gebiet zwischen Belmer Straße und Gretescher Weg, eine andere im Gebiet der Schinkelberg-, Bremer-, Weber- und Tannenburgstraße entstehen. Vor der Erschließung der letzteren mußte allerdings für das dort liegende Kleingartengebiet eine Ausgleichsfläche gefunden werden.¹⁰⁶

War im Februar des Jahres 1964 die Gesamtfläche der Kleingartenanlagen im Schinkel noch mit 26 ha angegeben worden, so spricht der Osnabrücker Tagesanzeiger im Mai des gleichen Jahres nur noch von 18 ha. In einem hohen Lobgesang über die Kleingärten auf dem Schinkelberg wird über sie geschrieben:

„Nun, was hier gepflegt und nach den Regeln der Gärtnerkunst beschnitten wird, das taugt eine ganze Menge. Rund zwei Drittel eines Kleingartens sind heutzutage für Blumen, Rasen, Laube, Bäume und Sträucher da. Und das ist beileibe kein purer Luxus.(..). Damit sind wir bei dem, was den Wert des Kleingartens ins Unschätzbare steigert. Er hält gesund. Das liegt nicht nur am zarten Salat, der hier gezogen wird, (...) sondern auch an der Luft, an der Bewegung, und - ein großes Wort - an dem Frieden - der hier verschenkt wird. Hier pustet der Wind die Sorgen weg.“¹⁰⁷

Als 1965 in dem Dreieck Heiligenweg, Schwanenburg- und Schinkelbergstraße mit dem Bau einer neuen Wohnsiedlung für 1.750 Menschen begonnen wurde, mußten, aber das kann man sich nun ja schon denken, die dort liegenden Kleingärten weichen¹⁰⁸. Auch, wenn die Stadt zu dieser Zeit die Wichtigkeit von Kleingärten betonte, Bauen war immer wichtiger. Als Ausgleichsfläche für diese Baumaßnahmen wurde einige Jahre später das Kleingartengebiet am Fichteplatz um 57 Gärten erweitert,¹⁰⁹ aber gleichzeitig verschwanden 24 Gärten am Weseresch.¹¹⁰

Insgesamt ist die Bilanz erschreckend. Von 1960 bis 1975 mußten im Stadtgebiet 970 Kleingärten für Bebauungsmaßnahmen weichen, als Ausgleich dafür wurden aber nur 450 neue Gärten geschaffen, daß heißt mehr als 500 Gärten verschwanden. 1975 gab es im Stadtgebiet rund 2.600 Gärten und weitere 1.400 Parzellen, die von Nichtmitgliedern

¹⁰⁵ An diesen Vergleichen kann man den ursprünglichen landwirtschaftlichen Charakter der ehemaligen Landgemeinde Schinkel noch erkennen. Auch wenn der Schinkel zunächst als städtischer Vorort, dann als Stadtteil von Osnabrück zunehmend verstädtert wurde, blieben Reste der alten Erwerbstradition erhalten

¹⁰⁶ Osnabrücker Tageblatt, 15.2.1964

¹⁰⁷ Osnabrücker Stadtanzeiger, 16.5.1964

¹⁰⁸ Osnabrücker Stadtanzeiger, 23.4.1965

¹⁰⁹ Neue Osnabrücker Zeitung, 20.3.1968

¹¹⁰ Neue Osnabrücker Zeitung, 9.8.1968

der sieben Kleingartenvereine der Stadt genutzt wurden.¹¹¹ In dieser Zeit wird ein erneuter Funktionswandel der Kleingärten ersichtlich: In der Bevölkerung begann das Ökobewußtsein zu wachsen, und gerade viele junge Familien wollten ihr selbst gezogenes und ohne Gifte behandeltes Gemüse verwerten. Neben dem Freizeit- und Erholungswert stand nun also wieder die Ernährungsfrage im Vordergrund, nun aber nicht mehr aus rein existentiellen, sondern aus gesundheitlichen und ökologischen Gründen. Der Ansturm auf die Zuteilung eines Kleingartens nahm zu und die Wartelisten wurden zunehmend länger. Prof. Dr. KARL-HEINZ MÜLLER, Vorsitzender des Bezirksverbandes der Kleingärtner, betonte, daß die Stadt auf die Anlagen der Kleingärten wegen ihrer Funktion als grüne Lungen dringend angewiesen sei, da Parks und andere städtische Grünflächen diese Aufgabe allein nicht erfüllen könnten.

„Doch meist spüren wir den Wert dieser grünen Oasen erst dann, wenn sie von einem Asphaltband mit stinkenden Autos oder einem häßlichen Betonklotz gefressen worden sind“,

schließt der Artikel in der NEUEN OSNABRÜCKER ZEITUNG vom 18.10.1975.

Als bekannt wurde, daß im Osten des Schinkels ein neuer Stadtteil entstehen soll, befürchteten Kleingärtner erneut den Verlust ihrer grünen Oasen. Die Schinkeler Vereine wehren sich vehement dagegen, daß Kleingärten als Baulandreserven angesehen werden. Sie betonen, daß

„Gerade in schwierigen wirtschaftlichen Zeiten, bei zunehmender Arbeitslosigkeit und Arbeitszeitverkürzung Kleingärten ein Hort der sozialen Geborgenheit“¹¹²

seien.

Unter der Überschrift „Kleingärten am Stadtrand sind nicht attraktiv“ meldet die NEUE OSNABRÜCKER ZEITUNG einen Monat später, am 25.4.1994:

„Die angespannte Situation zwischen den Osnabrücker Kleingärtnern und der Stadt hat sich entschärft. Im Rahmen der Jahreshauptversammlung des Bezirksverbandes Osnabrück der Kleingärtner wiesen Vertreter aller Ratsparteien Befürchtungen zurück, die Parzellen im Osten des Schinkels müßten der städtebaulichen Entwicklung weichen. Seit Ende des letzten Jahres verstärkten sich die Sorgen der Hobbygärtner um den Bestand ihrer Pachtflächen im Bereich Schinkel-Gretesch. Diesem Raum werden von den Osnabrücker Stadtplanern große Chancen eingeräumt, zukünftig als großflächiges Wohngebiet ausgewiesen zu werden. (...) Der erste Vorsitzende des Bezirksverbandes (...) forderte 'Hände weg von unseren Kleingärten, die unbedingt erhalten werden müssen.' Der Bedarf von rund 6.000 Parzellen in Osnabrück könne bereits heute bei weitem nicht er-

¹¹¹ Neue Osnabrücker Zeitung, 18.10.1975

¹¹² Neue Osnabrücker Zeitung, 21.3.1994

füllt werden. Momentan stehen nur 2.800 zur Verfügung, obwohl sie eine optimale Therapie für Herz, Geist und Seele böten. (...) Umsiedlungen an den Stadtrand seien unattraktiv, 'denn die Gärten müssen zum Bürger kommen und nicht umgekehrt.' Oberbürgermeister Hans-Jürgen Fip dokumentierte (...) die Stadt mache gerade große Entwicklungsschritte nach vorne, deshalb können in Zukunft nicht grundsätzlich Umsiedlungen ausgeschlossen werden. Momentan spreche jedoch nichts für eine Bedrohung der Kleingärten im Osten der Hasestadt.“

Die Vorteile von Kleingärtenanlagen gerade in Siedlungsgebieten liegen auf der Hand. Sinnvoll können diese Gärten aber nur dann sein, wenn vernünftig mit ihnen umgegangen wird. Der bedenkenlose Umgang mit Insektiziden und Herbiziden während früherer Jahrzehnte scheint seit dem Beginn der Ökobewegung abgenommen zu haben. Diese Mittel werden aber immer noch in Kleingärten benutzt, um Ernteerträge oder Schönheit von Pflanzen zu erhöhen. Ebenfalls bedenklich ist der vielfache Einsatz von Kunstdünger, damit der Rasen „schön grün“ wird oder bleibt. Ökologisch unsinnig ist es auch, nicht-heimische Pflanzen in Gärten anzusiedeln oder den Garten stets so aufgeräumt zu halten, daß Tiere keine Überlebens- oder Überwinterungschance erhalten. In einem aufgeräumten Garten wird man auch keine Wildkräuter vorfinden, da dem „Unkraut“ energisch zu Leibe gerückt wird. Aber man kann Gärten auch vernünftig nutzen und der Natur eine Chance geben.

2.3.3. Naherholungsgebiete am/ im Schinkel

Lange bevor der Schinkel eingemeindet wurde und noch zu Beginn seiner Verstädterung stellte der Schützenhof ein beliebtes Ausflugsziel dar. Allsonntäglich wanderten Scharen von Osnabrückern in die Landgemeinde, um sich dort bei Kaffee und Kuchen zu erholen. Dem Stand des Publikums entsprach die gärtnerische Anlage:

„Die Anlagen des Schützenhofes, welche, soweit uns bekannt, Hr. Fiesemann ausführt und pflegt, stehen jetzt in schönem Flor. Am Eingange des Gartens zieht ein großes Beet mit Begonien in den glühendsten Farben die Blicke auf sich. Das große Rondell ziert eine prächtige Musa (Paradiesfeige) mit riesigen, über meterlangen Blättern, welche hier wohl kaum anderswo in solch schöner Freiland-Cultur vorhanden, ferner hübsch angelegte Teppichbeete und eine große Blattpflanzen-Gruppe von Riesenhanf, Mais und Ricinus, umsäumt von Gladiolen

und Canna. Auch mehrere Beete mit den modernen einfachen Georginen und verschiedenen Einzelpflanzen von Araucarien, Dracaenen, Hortensien etc. sind sehenswerth. Der Besuch der schönen Anlagen wird Gartenfreunden Vergnügen gewähren.“¹¹³

Der ehemals noch grüne Schinkel mit seinen gemütlichen Kaffeegärten war generell ein beliebtes Ausflugsziel für Osnabrücker Bürger, wenn sich diese Vorliebe manchmal auch ins Negative wandte:

„Wie alljährlich, so hat man auch in diesem Frühjahr wiederholt die Erfahrung machen können, daß an den Sonntagnachmittagen der Schinkelberg förmlich lebt von allerlei Burschen aus der Stadt, die bewaffnet mit Vogelflinten, Pistolen und sonstigen Schießutensilien sich dort umhertreiben. Manchem Vögelchen werden die Eier oder Jungen genommen; mancher schöner Singvogel wird eine Beute dieser rohen Burschen, und die anderen werden doch durch das Schießen und riesige Lärmen verscheucht. Es soll hiermit keineswegs gesagt sein, daß der Jugend verboten werden soll, die frische, gesunde Bergluft zu genießen, aber sehr wünschenswerth wäre, daß auf irgend eine Weise ihnen gezeigt würde, wie sie sich in Wald und Flur zu betragen haben.“¹¹⁴

Sehr beliebt als Ausflugsziel war das Gebiet der Gartlage. Von der Stadt aus gelangte man über den Gertrudenberg und durch die 'Lange Wand' (auch Philosophenweg genannt) zum Kaffeehaus Gartlage.¹¹⁵ Als das OKD jedoch sein Werk erweiterte, gingen die Naturräume bis zur Nürnberg verloren. Die Osnabrücker Bevölkerung war damit nicht einverstanden:

¹¹³ Osnabrücker Tageblatt, 13.8.1889

¹¹⁴ Osnabrücker Volkszeitung, 14.5.1884

¹¹⁵ Schinkeler Geschichte(n), S. 229

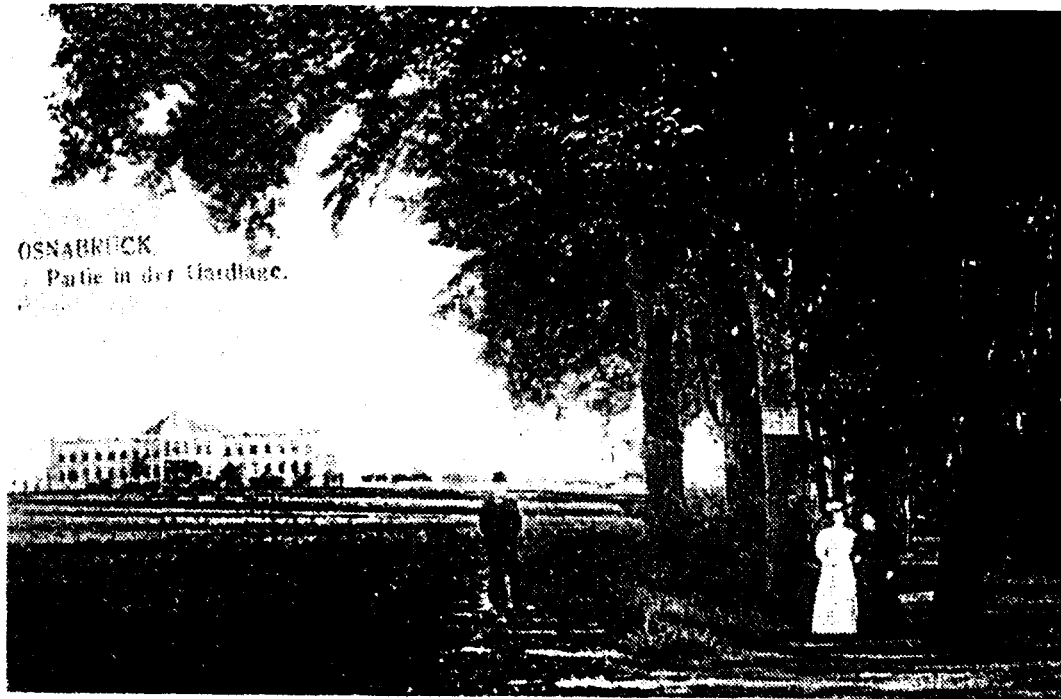


Abb. 15: Die Gartlage¹¹⁶

„Tatsache ist, daß sich in der Öffentlichkeit starke Widerstände bemerkbar machen, vor allem weil dadurch angeblich das Landschaftsbild am Gartlager Gehöfz, ein besonders beliebtes Ausflugsziel der Osnabrücker, stark beeinträchtigt werde.“¹¹⁷

Der größte Teil der Gartlage gehörte zur ehemaligen Landgemeinde Schinkel. Zum Schutz dieses Gebietes wurde gemäß der gültigen Polizeordnung darauf hingewiesen, daß die meisten Teile nicht mit Fabriken bebaut werden dürften und man somit die waldreiche und stark von der Landwirtschaft genutzte Fläche erhalten wolle.¹¹⁸ Trotzdem wurde in Teilbereichen der Gartlage gebaut, vergrößerte das OKD sein Betriebsgelände und schuf eine Wohnsiedlung für Arbeiter.

„Die Allee an der 'langen Wand' soll dabei durchaus erhalten, neben ihr eine Straße angelegt und mit architektonisch schönen, dem Landschaftsbilde sich einfügenden, es betonenden, nicht aber störenden Einzelhäusern besäimt werden. Der Zugang zur Gartlage kann nur ge-

¹¹⁶ Bildnachweis: Schinkeler Geschichte(n), S. 229

¹¹⁷ Osnabrücker Volkszeitung, 13.11.1920

¹¹⁸ Osnabrücker Volkszeitung, 18.1.1921

winnen, wenn er in ausgebauten, festen, mit Baumasseln bepflanzten Straßen besteht.“¹¹⁹

Bei diesen idyllischen Kaffeegärten und Ausflugszielen am Stadtrand von Osnabrück darf man aber nicht vergessen, daß sie hauptsächlich vom Bürgertum aufgesucht wurden. Ferner ist ersichtlich, daß es sich bei allen diesen Anlagen, die am Stadtrand von Osnabrück lagen, um Naherholungsgebiete für Osnabrücker handelte. Wer in der Stadt lebte und arbeitete, sehnte sich in seiner Freizeit nach ein wenig Ruhe, Erholung und Grün. Das war damals nicht anders als heute. Der Schinkel verfügte jedoch nicht über Naherholungsgebiete für seine eigenen Einwohner. Wer mit niedrigen Löhnen auskommen mußte, hatte nicht Geld genug, um es sonntags zum Vergnügen auszugeben. Außerdem waren die Ausflugsziele im Schinkel traditionell dem Bürgertum vorbehalten. Den Arbeitern des Schinkels blieb es lediglich, sonntags im Grünen spazierenzugehen und sich ein wenig zu erholen. Aber dieses Grün nahm durch die ständige Bauausweitung immer mehr ab. Graue Häuserfluchten entstanden, und es dauerte lange, ehe die Stadt kleinere Anlagen auch im Schinkel anlegte.

Wie ein roter Faden durchziehen Klagen und Vorwürfe die Zeitungsartikel, daß die Stadt Osnabrück den Stadtteil Schinkel (und vorher die Landgemeinde) nachteilig behandle, vernachlässige bzw. ihre Pflichten nicht erfülle. Während der Diskussionen um den Bau der Klusunterführung forderte der Bürgerverein des östlichen Stadtviertels bereits sehr bescheiden:

„Verschönerungen und ähnliche Luxussachen wolle das östliche Viertel garnicht, es wolle nur das Notwendigste.“¹²⁰

Bereits in den 1920er Jahren wurde im Zuge neuer Bebauungs- und Flächennutzungspläne der Wunsch der Schinkeler laut, ein wenig mehr Grün als Ausgleich für die Industrieansiedlungen in ihrem Stadtteil zu erhalten. Dem Vorwurf des „Unrechts von 1914“ (gemeint ist die Eingemeindung) wurde mit dem Argument begegnet, zum einen habe der Krieg die geplante Entwicklung verhindert, und zum anderen sehe der neue Bebauungsplan auch Grünstreifen im Schinkel vor. Die Schinkelaner klagten jedoch, der Schinkel teile das Schicksal jener vieler Außenstadtteile, die als ‘Dörfer vor dem Tore’ in der Geschichte der Stadt schon von jeher den Vorzug der Vernachlässigung hätten. Die Stadt erwiderte:

„Auf die oben genannten ungünstigen Verhältnisse ist weitgehende Rücksicht genommen worden durch die Einschaltung von ausgedehnten

¹¹⁹ Osnabrücker Tageblatt, 7.12.1922

¹²⁰ Osnabrücker Tageblatt, 12.2.1908

Grünflächen, unter die landwirtschaftlich genutztes Gelände, Promenaden, Friedhöfe, Sportplätze usw. zu rechnen sind. Einen solchen Grünstreifen wird die Windthorststraße mit einer Fortführung bis zur Schützenstraße darstellen, ein zweiter der Belmer Weg. Zwischen diesen beiden Zungen sind Spiel- und Sportplätze vorgesehen.“¹²¹

Auch, wenn in den Folgejahren Verbesserungen im Schinkel wohlwollend und erleichtert zur Kenntnis genommen wurden, so blieb die Klage, daß der (Nah)erholungsbereich von der Stadt einfach nicht berücksichtigt würde:

„In allen Stadtteilen sind Ruheplätze für alte Leute, um sich dort im warmen Sonnenschein zu ergötzen. Im Schinkel hat man nur kahle Straßen. Es könnte leicht eine Verbindung nach der Gartlage geschaffen werden, wenn man nur die Straße neben Stötzlingsfabrik für Fußgänger offen legte. Auch der Promenadenweg läßt noch auf sich warten, obschon für den mittleren Teil von der Schützenstraße bis zur Tiefstraße die Mittel bereits bewilligt sind.“¹²²

Am 31.5.1931 berichtete das OSNABRÜCKER TAGEBLATT unter der Rubrik „Osnabrück im Spiegel der Woche“ über die blühende Stadt und widmete sich anschließend dem Bild des Schinkels:

„Hoffentlich kommt bald die Zeit, wo die öden Flächen an der Buerschen Straße neben dem Klöcknerwerk umgestaltet werden können. Vielleicht ließe sich hier durch eine Zusammenarbeit zwischen der Werksleitung des Klöcknerwerkes, dem die Landflächen gehören, und der Stadtverwaltung Ersprießliches schaffen. Auch mit einem Provisorium würde man sich in Anbetracht der schweren Wirtschaftslage sicherlich einverstanden erklären können. Die Anlage einer einwandfreien Rosenfläche, die auf den Ödlandstücken zwischen Rothenburger Straße und Buerschen Str. jetzt schon ohne größere Vorbereitungsarbeiten möglich wäre, würde das Bild schon freundlicher machen. Schön wäre es auch, wenn für die Gestaltung des Friedrich-Ebertplatzes vor der Pauluskirche etwas getan werden könnte. Das Mittelstück der Allee, mit grünen Rosenflächen, Bäumen und einzelnen Gebüschgruppen, befindet sich bereits in angemessenem Zustand. Aber rechts und links der beiden Einbahnstraßen der Allee ist noch ein größeres Arbeitsfeld vorhanden. Vor allem die Ausgestaltung der der Tannenburgstraße zugelegenen Landfläche, die völlig öde und verwahrlost liegt, würde man gern recht bald sehen. Liege sich nicht auch hier mit Mitteln der Wohlfahrtspflege viel erreichen?“

¹²¹ Osnabrücker Tageblatt, 7.11.1926

¹²² Osnabrücker Tageblatt, 23.8.1927

Während des Zweiten Weltkrieges war der Schinkel wegen der angesiedelten Industrie stark bombardiert und zerstört worden.

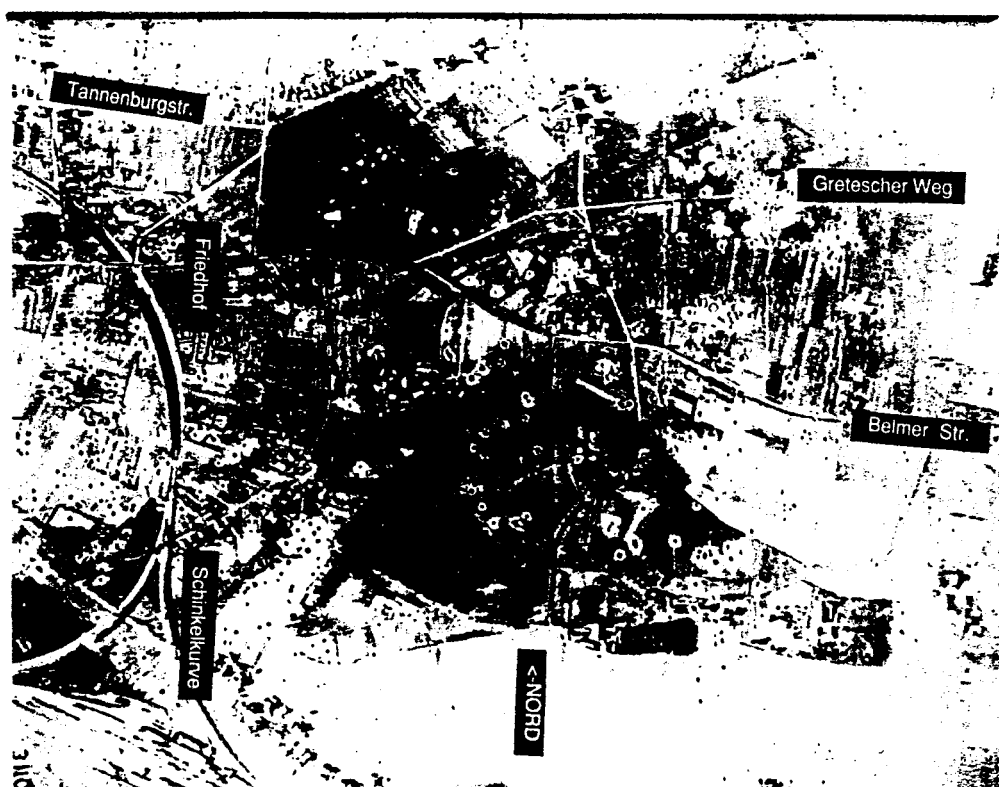


Abb. 16: Luftbild eines Teils des Schinkels, Aufnahme vom 3.4.1945¹²³

Die Vernachlässigung des Schinkels wurde auch nach dem Krieg schmerzlich zur Kenntnis genommen. Unter der reißerischen Überschrift: **“Wie ein flandrisches Schlachtfeld ... Jung-Schinkel zwischen rostigen Gießkannen. Wenn die Stadtgärtner mit einem Sack Grassamen und 50 Bäumchen kommen, ruft ganz Schinkel: Herzlich willkommen!”**, schilderte das OSNABRÜCKER TAGEBLATT am 7.3.1950 die Zustände im Schinkel:

¹²³ Bildnachweis: Schinkeler Geschichte(n), S. 313

„Grünplätze sind die Oasen der Großstadt. Und gerade dem Menschen, der in den Nachmittagsstunden müde des Lärms einer Werkhalle oder der muffigen Luft seines Büros heimwärtsgeht, bedeuten die Grünanlagen der Plätze mit den spielenden Kindern und den strickenden Großmüttern eine Aufmunterung und erste Erholung für den anbrechenden Feierabend. Nirgends hat der Krieg in der Stadt seinen Bombenstempel so nachhaltig aufgedrückt wie den Freiplätzen in Schinkel. Und wo die Bombentrichter noch Platz gelassen hatten, wurden sie zu Abladeplätzen für den Schutt zertrümmerter Häuser und nach dem Kriege gesprengter Bunker. Alte Töpfe, rostige Gardinenstangen und die bizarren Formen ausgeglühter und verbogener Träger geben zusammen mit den Bombentrichtern das Bild eines flandrischen Schlachtfeldes.“

Vorschläge, den Schinkel zu begrünen, sahen in der Regel eingesäte Rasenflächen mit ein oder zwei Sitzbänken am Rande vor, oder aber die bereits erwähnten Rosenbeete. Ein sicherlich für das Auge schöneres Bild als grau in graue Steinflächen und damit besser als gar kein Grün, aber insgesamt kann man diese Versuche nur als halbausgereifte Maßnahmen bezeichnen. Auch das schönste Rosenbeet wirkt mit seiner Monobepflanzung und dem sorgsam entfernten „Unkraut“ steril und leblos. Und städtische Rasenflächen haben leider die negative Eigenschaft, daß sie meistens mit den Schildern „Rasen betreten verboten“ bestückt sind. Aber es wird anhand dieser Vorschläge ersichtlich, daß in früheren Jahrzehnten unter „Stadtgrün“ zumeist kunstvolle Gebilde verstanden wurden, nicht aber natürlich gewachsene.

Im Zuge des Wiederaufbaus forderten die Schinkelaner die Anlage von Grünflächen in ihrem Viertel. Eine solche Anlage entstand Anfang der 1950er Jahre an der Ebertallee.

„In schönen Nachmittagsstunden herrscht in beiden Revieren Hochbetrieb: denn der Platz an der Ebertallee ist nicht nur zu einer schönen Anlage und zu einer idealen Kinderspielstätte, sondern auch zu einem Treffpunkt geworden. Hier treffen sich die Kinder zum Spiel, Hausfrauen mit ihrem Strickzeug, Männer, die über ihre Chancen im Toto diskutieren wollen. Sie alle geben sich ein Stelldichein. Und der Lokalreporter trägt nach erfolgter Besichtigung in sein Merkbuch ein: Ideale Stätte für jung und alt, insbesondere für Schinkel, das bisher in dieser Hinsicht arg vernachlässigt wurde.“¹²⁴

Nach dem Wiederaufbau der Rosenkranzkirche, die Zentrum und Mittelpunkt von Schinkel-Ost darstellen sollte, wurde weiter geplant:

„Bemerkenswert seien die Grünflächen, die, beginnend an dem VfL-Platz den vorderen Schinkel durchziehen sollten, um sich in den Wiesen des Rötobaches (sic!) wiederzutreffen. Diese Grünzüge würden Schinkel-Ost ein gesundes Gesicht geben.“¹²⁵

¹²⁴ Osnabrücker Tageblatt, 19.7.1952

¹²⁵ Neue Tagespost, 13.4.1956

Auch um den Marktplatz an der Ebertallee herum wurden Grünanlagen eingerichtet,¹²⁶ außerdem sollte längs der Ebertallee ein sogenannter Grüner Finger bis ins Stadtgebiet reichen.

In einem Zeitungsartikel vom 1.8.1960 lobt das OSNABRÜCKER TAGEBLATT die unablässigen Bemühungen der Stadt Osnabrück und der Schinkeler Bürger, dem Stadtteil ein freundliches und grünes Aussehen zu geben, beschreibt dann aber einen 'unhaltbaren' Zustand:

„Meterhoch ist das schlimmste Unkraut 'in Saat geschossen'. (...) Diese 'vergessene' Fläche ist ein Beispiel dafür, daß bei allem guten Aufbauwillen auch die Aufräumarbeit mit der Siedlungsgründung Schritt halten muß.“

Ein Kommentar, über den man heute nur noch den Kopf schütteln kann. Anstatt sich zu freuen, daß sich auf einer durch den Krieg brachliegenden Fläche im Laufe der Jahre Vegetation angesiedelt hat, daß ehemals trister, kahler Boden meterhoch bewachsen ist - und zwar völlig natürlich, ohne Eingriffe der menschlichen Garten'kunst' - wird über 'Unkräuter' geschimpft.

1966 überlegte die Stadt Osnabrück, den Schinkel-Wald zwischen der Rosenkranzkirche und dem Campingplatz zu kaufen, um dort ein Naherholungsgebiet für den Schinkel zu schaffen.¹²⁷ Das Waldgrundstück war etwa 2 ha groß und zog sich von der Windthorststraße und vom Kapellenweg bis dicht an die Goldkampstraße. Über die Gründe des Kaufes gibt Ratsherr DR. FRIEDRICH BROCKMEYER, selber ein Schinkelaner, an:

„Da der Wald auf dem Schinkelberg in Einzelbesitz gespalten ist, besteht die Gefahr, daß er eines Tages verschwindet. Wir streben aber an, den ganzen Waldbestand bishin zur Stadtgrenze am Strothmannsweg so zu gestalten, wie das im Heger Holz oder auf dem Schölerberg geschehen ist.“

„Für die Herrichtung von Grünanlagen im neuen Wohngebiet zwischen Windthorststraße und Belmer Straße noch in diesem Jahr sieht Ratsherr Dr. Brockmeyer schwarz. 'Es fehlt das Geld.' Zurück zum Wald auf dem Schinkelberg. Aus dem Häusermeer sollen einmal 'grüne Finger' entgegengestreckt werden. So soll von der Mindener Straße her entlang des Röhebaches ein Grünzug entstehen, und von der Wesereschstraße her soll die Schinkelbergstraße mit Baumreihen und Grünstreifen eine angenehme Verbindung schaffen.“¹²⁸

Aber noch 1968 hieß es zum Schinkelberg:

„Noch lang wird der Weg sein, bis hier ein echtes Erholungszentrum geschaffen ist.“¹²⁹

¹²⁶ Osnabrücker Tageblatt, 13.7.1960

¹²⁷ Osnabrücker Tageblatt, 25.2.1966

¹²⁸ Neue Tagespost, 12.3.1966

¹²⁹ Neue Osnabrücker Zeitung, 26.8.1968

Ende 1969 schienen sich die Pläne zu konkretisieren:

„Zu der Ausgestaltung des Schinkelbergwaldes als Erholungsgebiet führte Gartenbaurat Plonsker aus, daß das Gebiet in den Bebauungsplänen bereits für Erholungszwecke ausgewiesen ist. Die Großplanung ist bereits fertig. Vorgesehen sind Spazierwege mit vielen Ruhebänken, Spiel- und Bolzplätze, ein Robinsonplatz, Sportanlagen, Rodelbahn und Wiesen für Mutter und Kind. Der Schinkelbergwald hat eine reizvolle Lage, es bleibt zu hoffen, daß im nächsten Jahr die ersten Mittel zur Verfügung stehen.“¹³⁰

Proteste wurden laut, als bekannt wurde, daß genau in diesem Erholungsgebiet ein Fernmeldeturm errichtet werden sollte.¹³¹

Und als die BAB 33 durch dieses Gebiet geplant wurde, waren die Proteste noch lauter.¹³²

Aber trotz der Maßnahmen, von denen einige hier vorgestellt wurden, schien es so, als sollte der Schinkel grau bleiben. In einem Artikel vom 8.5.1980 berichtet die Lehrerin BEATRIX BAUSCH von der Gesamtschule Schinkel, die sich für die Stadtteilgeschichte interessiert, daß der 'Grüne Gürtel' des Schinkels die auf einer Böschung liegende Bahnstrecke sei. Diese Böschung sei zwar auch bepflanzt, würde aber so verdreckt sein, daß sich dort Vögel schon lange nicht mehr aufhielten. Sie klagt an, daß sich niemand für den Schinkel verantwortlich fühle.¹³³

Mit dieser Zustandbeschreibung soll die Thematik „Grün im Schinkel“ abgeschlossen werden. Bleibt nur zu sagen, daß in den 1990er Jahren erneut die Diskussion um Grün- und Freiflächen im Schinkel aus zweierlei Gründen erneut in die Öffentlichkeit gelangte: zum einen hätte das stillgelegte Klöcknergelände die ideale Möglichkeit geboten, ein schinkelnahes Erholungsgebiet zu erschließen, und zum anderen werden mit der geplanten Stadtteilerweiterung Schinkel-Ost weitere Grünflächen verloren gehen.

¹³⁰ Neue Osnabrücker Zeitung, 5.12.1969

¹³¹ Neue Osnabrücker Zeitung, 7.3.1974

¹³² Neue Osnabrücker Zeitung, 2.4.1977

¹³³ Neue Osnabrücker Zeitung

Anhang

Der Einigungsvertrag

Vertrag

zwischen der Stadtgemeinde Osnabrück und
der Landgemeinde Schinkel

über Eingemeindung eines Teiles der
Landgemeinde Schinkel zu Osnabrück.

Zwischen der Stadtgemeinde Osnabrück,
vertreten durch den Magistrat in Osnabrück
und

der Landgemeinde Schinkel,

vertreten durch den Gemeindevorstand in Schinkel.

wird auf Grund der Beschlüsse der

städtischen Kollegien zu Osnabrück vom 31.10.1913

und des Gemeindevorstandes zu Schinkel vom 29. Oktober 1913

folgender

Eingemeindungsvertrag

abgeschlossen:

1. vom 1. April 1914 ab wird von der Landgemeinde Schinkel der in der beigefügten Karte rot schraffierte Teil, d.h. die jetzige Gemarkung Schinkel mit Ausnahme der Parzellen, welche in dem beigefügten Verzeichnis aufgeführt sind unter Abtrennung von dem Landkreise Osnabrück mit der Stadtgemeinde Osnabrück zu einer einheitlichen Stadtgemeinde vereinigt.

2. Die Einwohner des eingemeindeten Teiles von Schinkel, im folgenden kurz Schinkel genannt, und die Einwohner der Stadt Osnabrück werden vom Tage der Eingemeindung an in allen Rechten und Pflichten, die mit der Gemeindeangehörigkeit verknüpft sind, sowie in der Benutzung der beiderseitigen Gemeindeanstalten und Einrichtungen einander gleichgestellt, soweit nicht im Nachstehenden etwas anderes zu lesen ist.

3. Das gesamte bewegliche und unbewegliche Vermögen beider Gemeinden wird bei der Vereinigung zu einem Ganzen verschmolzen. Die erweiterte Stadtgemeinde Osnabrück tritt in alle privatrechtlichen Befugnisse und Verbindlichkeiten der Gemeinde Schinkel als deren Rechtsnachfolgerin ein, soweit nicht in diesem Vertrage ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist.

4. Mit dem Tage der Eingemeindung übernimmt der Magistrat der Stadt Osnabrück die Verwaltung der Gemeindeangelegenheiten Schinkels, sowie die dem Gemeindevorstand von Schinkel zugewiesenen staatlichen Obliegenheiten. Die Stadtgemeinde Osnabrück tritt in alle diejenigen Rechte und Pflichten ein, die nach dem Gesetze oder auf Grund besonderer Rechtstitel der Gemeinde Schinkel für den eingemeindeten Gemarkungsteil zustehen oder obliegen.

5. Die für die Stadt Osnabrück geltenden Bestimmungen über den Erwerb und den Verlust des Bürgerrechts treten mit dem Zeitpunkte der Vereinigung auch für Schinkel in Kraft. Diejenigen Personen, die dann in Schinkel ihren Wohnsitz haben und als Eigentümer eines in Schinkel gelegenen Wohnhauses oder Grundstückes von mindestens 25 ar Größe oder aus anderen Gründen zum Erwerbe des Bürgerrechts verpflichtet sind, erhalten für sich und ihre Ehegatten das Bürgerrecht der Stadt Osnabrück unentgeltlich, sofern sie im Besitze der preußischen Staatsangehörigkeit und von unbescholtenem Lebenswandel sind. Der Antrag auf Verleihung des Bürgerrechts muß innerhalb vier Monaten nach Inkrafttreten des Eingemeindungsvertrages gestellt werden. Ihre Kinder erhalten, soweit sie noch nicht 25 Jahre alt sind, die Rechte der Bürgerkinder.

Außerdem ist jeder über 25 Jahre alte im Besitze der preußischen Staatszugehörigkeit befindliche männliche Einwohner des nach Osnabrück eingemeindeten Teiles von Schinkel berechtigt, das Bürgerrecht der Stadt Osnabrück gegen Zahlung eines Bürgergewinngeldes von 7,5 M. zu erwerben, wenn er

a. den Antrag auf Verleihung des Bürgerrechtes innerhalb von vier Monaten nach Inkrafttreten des Eingemeindungsvertrages stellt;

b. bei Stellung des Verleihungsantrages

1. nicht eine Zuchthaus- oder Gefängnisstrafe wegen Verbrechens oder Vergehens gegen das Eigentum, die Sittlichkeit oder wegen schwerer Körperverletzung erlitten hat und in der Verfügung über sein Vermögen nicht durch gerichtliche Anordnung beschränkt ist;

2. acht Jahre ununterbrochen im Bezirke der ehemaligen Gemeinde Schinkel seinen Wohnsitz gehabt hat und während dieser Zeit keinerlei Unterstützung aus den öffentlichen Armenmitteln bezogen hat.

6. Das Bürgervorsteherkollegium der Stadt Osnabrück wird um drei Mitglieder vergrößert. Schinkel bildet bis zu einer Neueinteilung der Wahlbezirke in Osnabrück einen besonderen Wahlbezirk und wählt drei Bürgervorsteher. Die Wahl dieser drei Bürgervorsteher soll sobald wie möglich nach Vollzug der Eingemeindung vorgenommen werden. Die Wahlzeit der zum ersten Male gewählten Bürgervorsteher läuft ab am 31. Dezember 1917.

7. Die erweiterte Stadtgemeinde Osnabrück übernimmt die nachbezeichneten in der Gemeinde Schinkel angestellten oder beschäftigten Personen in ihren Dienst, sofern sie am Tage der Vereinigung noch im Dienste der Gemeinde Schinkel stehen und zwar unter den nachbenannten Bedingungen:

(Es folgt die namentliche Auflistung der Gemeindebeschäftigten vom Gemeindevorsteher Hafkemeyer bishin zum Hausmeister, insgesamt 9 Personen, mit Beschreibung des Arbeitsfeldes und Nennung des Jahreseinkommens.)

8. Die in Osnabrück geltenden Ortsstatute, Regulative und Steuerordnungen, Gemeindebeschlüsse, Observanzen und sonstigen Bestimmungen erhalten in Schinkel mit dem Tage der Vereinigung Wirksamkeit, soweit in diesem Vertrage nicht Abweichendes bestimmt ist. Wegen der Polizeiverordnungen hat der Magistrat bzw. die Polizeidirektion Osnabrück die nötigen Anordnungen zur Einführung der Osnabrücker Polizei-Verordnungen in Schinkel zu treffen.

Vom Tage der Einführungen der Osnabrücker Bestimmungen ab verlieren die entsprechenden bisherigen Ortsstatute, Gemeindebeschlüsse, Polizei-Verordnungen usw. von Schinkel ihre Geltung.

9. Auch nach der Vereinigung der Gemeinde Schinkel mit der Stadtgemeinde Osnabrück bleiben für den eingemeindeten Teil von Schinkel bis auf weiteres in Kraft, und zwar, sofern dies gesetzlich erforderlich ist, nachdem sie nochmals beschlossen und verkündet sind:

1. Ortsstatut vom 29. Mai 1899, betr. das Verbot der Errichtung von Wohngebäuden an Straßen oder Straßenteilen, welche noch nicht gemäß der haupolizeilichen Bestimmungen für den öffentlichen Verkehr und den Ausbau fertig hergestellt sind.

2. Ortsstatut vom 29. Mai 1899, betr. die Anlegung und Veränderung von Straßen und Plätzen;

3. Polizeiverordnung des Landrates des Landkreises Osnabrück, vom 30. April 1910;

4. Polizeiverordnung, betr. Bebauung für den Regierungsbezirk Osnabrück mit Ausnahme der Stadt Osnabrück vom 3. Februar 1892 nebst Nachträgen. Sofern diese Bauordnung ersetzt wird durch die in Vorbereitung befindliche neue Bauordnung für den Regierungsbezirk Osnabrück, soll diese neue Bauordnung bis auf weiteres in dem eingemeindeten Teil von Schinkel Geltung haben.

10. Der Gemeindebeschuß vom 4. März 1904, betr. den Schlachthauszwang im Stadtkreis Osnabrück findet für den eingemeindeten Teil von Schinkel keine Anwendung.

fünf Jahre nach vollzogener Eingemeindung soll das von den Straßen: Bremer Straße, Schützenstraße, Buersche Straße umschlossene Gebiet einschließlich der an den genannten Umgrenzungsstraßen gelegenen Häuser, auf anliegender Skizze rot schraffiert, in den Schlachthauszwang einbezogen werden.

Im übrigen soll der Schlachthauszwang für den eingemeindeten Teil von Schinkel nicht in Anwendung gebracht werden, solange die Bebauung dieses Teils noch überwiegend ländlichen Charakter trägt, mindestens nicht für die Zeit von zehn Jahren nach der Eingemeindung.

Bei allen vorwiegend landwirtschaftlichen Betrieben darf der Schlachthauszwang nicht eingeführt werden.

11. Die Stadtgemeinde Osnabrück und Schinkel bilden vom Tage der Vereinigung ab einen einheitlichen Ortsarmenverband, insofern durch die Vereinigung eine Unterbrechung der Frist zum Erwerbe des Unterstützungswohnsitzes für Einwohner der Stadt Osnabrück oder Gemeinde Schinkel eintritt, übernimmt die erweiterte Stadtgemeinde die Verpflichtung, von den lediglich aus der Unterbre-

chung der Frist ihr erwachsenen Befugnisse anderen Armenverbänden gegenüber keinen Gebrauch zu machen.

12. Die Stadtgemeinde Osnabrück und der eingemeindete Teil der Gemeinde Schinkel bilden vom Tage der Vereinigung ab einen einheitlichen Volksschulverband. Für die an den Volksschulen der Gemeinde Schinkel angestellten Lehrpersonen finden die für die an den Osnabrücker Volksschulen angestellten Lehrpersonen geltenden Bestimmungen entsprechende Anwendung mit der Maßgabe, daß ihnen weitergehende Ansprüche verbleiben, sofern ihnen solche nach ihrer bisherigen Anstellung zustehen.

Falls die Lehrpersonen, welche an den jetzigen Volksschulen von Schinkel angestellt sind oder werden, nicht freiwillig in dem eingemeindeten Teile von Schinkel ihren Wohnsitz nehmen, soll die Herstellung oder Anmietung von Dienstwohnungen für Lehrpersonen in dem eingemeindeten Teile Schinkels nach Möglichkeit durchgeführt werden.

Die Gewährung einer Vertretung von Schinkel in der Volksschuldeputation der erweiterten Stadtgemeinde Osnabrück wird zugesichert.

Die in Schinkel bestehende gewerbliche Fortbildungsschule bleibt bis auf weiteres bestehen und ist nach und nach nach städtischem Muster auszubauen.

In dem von der Eingemeindung nach Osnabrück ausgeschlossenen Teile der Gemeinde Schinkels (s. 4 dieses Vertrages) sind nachgenannte Wohnhäuser vorhanden:

Sandforter Straße Nr. 3, 7, 9, 11, 13, 15, 19, 23, 25; Belmer Straße Nr. 338; Windener Straße Nr. 286, 335, 347, 349; Schleddehauser Weg Nr. 64; Burg-Gretsch-Straße Nr. 3, 7, 26.

Die Stadt Osnabrück erklärt sich bereit, die Kinder der in diesen Wohnhäusern wohnenden Familien auf Wunsch gegen ein Fremdenschulgeld von 5 M jährlich für jedes Kind zum Schulbesuch in einer Volksschule der erweiterten Stadtgemeinde Osnabrück zuzulassen. Dieses Zugeständnis erlischt acht Jahre nach vollzogener Eingemeindung.

13. Die in Schinkel bestehende freiwillige Feuerwehr bleibt bis auf weiteres bestehen und wird in gleicher Weise wie die in Osnabrück bestehenden Wehren dem Magistrat unterstellt und unterstützt. Die Gemeinschaftsspritze Schinkel/Haste soll bis auf weiteres beibehalten werden.

14. In den kirchlichen und parochialen Verhältnissen wird durch die Eingemeindung nichts geändert.

15. Bezüglich der Benutzung der kommunalen Friedhöfe der Stadt Osnabrück stehen Schinkel dieselben Rechte zu wie der Stadt Osnabrück. Den beiden Schinkeler Leichenwagengenossenschaften soll es gestattet sein, mit ihren Leichenwagen ebenso auf diese Friedhöfe zu fahren, wie es den Osnabrücker Leichenwagen gestattet ist.

16. Wegen der Straßenreinigung übernimmt die Stadt Osnabrück keine anderen Pflichten als sie bislang der Gemeinde Schinkel obliegen.

17. Die Gemeinde Schinkel wird an die städtische Kanalisation angeschlossen, wie dies in dem im Ausbau begriffenen Projekt der Erweiterung der städtischen Kanalisation vorgesehen ist. Die Herstellung des Kanalnetzes in dem eingemeindeten Teile von Schinkel, die Instandhaltung und der weitere Ausbau der öffentlichen Wege, die Besprengung und Beleuchtung der Straßen, die Fortführung der Leitungen für Gas, Elektrizität und Wasser wird nach Maßgabe des vorhandenen Bedürfnisses und des mit dem fortschreiten der Bebauung, dem Wachsen der Einwohnerzahl und der Steigerung des Verkehrs sich entwickelnden Bedürfnissen erfolgen.

Es kommen besonders in Betracht:

1. Chausseierung des haster Weges auf der Strecke zwischen Knollstraße und Gemeindegrenze von Haste
2. Fortführung des Seilerweges über die Eisenbahn bis zur Gemeindegrenze von Doxtrup oder stattdessen Anlegung eines Weges zwischen Seilerweg und Heideweg über die Eisenbahn bis zur Gemeindegrenze von Doxtrup. Den für die Wegeanlagen benötigten Grund und Boden haben die anliegenden Eigentümer unentgeltlich abzuliefern.
3. Mit der Kanalisierung und Befestigung der unmittelbar an Osnabrück angrenzenden, städtisch angebauten Straßen soll in den nächsten Jahren vorgegangen werden.

18. Das Gebiet des eingemeindeten Teiles der Gemeinde Schinkel erhält in Zukunft die Bezeichnung „Osnabrück-Schinkel“. Die Stadt verpflichtet sich bis auf weiteres, mindestens auf die Dauer von zehn Jahre nach vollzogener Eingemeindung in Schinkel eine Verwaltungsstelle einzurichten, die ein Standesamt, ein Meldeamt und eine Abfertigungsstelle für die Angelegenheiten der sozialen Versicherung enthalten soll; ferner sollen in Schinkel eine oder mehrere Filialen der städtischen Sparkasse eingerichtet werden. Bezüglich der Art der Erhebung der Steuern sollen bis auf weiteres Steuerhebetermine in Schinkel in der bisher üblichen Weise abgehalten werden.

Die öffentliche Badeanstalt an der Hase bleibt bestehen. Die Errichtung eines öffentlichen Brause- und Wannenbades, einer Warteschule und einer Turnhalle wird in Aussicht genommen.

Bei der Errichtung einer neuen Apotheke wird der Magistrat von Osnabrück dafür eintreten, daß dabei die Bedürfnisse von Schinkel berücksichtigt werden. Auch wird er sich für die Errichtung eines Postamtes in dem eingemeindeten Teile von Schinkel verwenden, sowie auch dafür, daß der Postbestellbezirk die Bezeichnung „Osnabrück-Schinkel“ tragen soll.

19. Die Gemeinde Schinkel gibt die Versicherung, daß sie sich bis zu ihrer Vereinigung aller Maßnahmen enthalten wird, welche geeignet sein würden, die Finanzlage der vertragsschließenden Teile nachteilig zu beeinflussen oder die Verhältnisse, auf Grund deren die vorstehenden Abmachungen eingegangen sind, zu verändern. Hierzu gehören namentlich die Übernahme von Verbindlichkeiten, deren Deckung aus Etatsmitteln nicht erfolgen kann, ferner das Eingehen vertragsmäßiger Verpflichtungen, welche die Gemeinde Schinkel über den Zeitpunkt der Ver-

einigung hinaus binden, ferner die Erhöhung der Beamtengehälter und die Einrichtung neuer Beamtenstellen.

Die Gemeinde Schinkel wird überhaupt in allen wichtigen Angelegenheiten die Zustimmung der städtischen Kollegien von Osnabrück einholen.

Schinkel, den 29. Oktober 1913
Oktober 1913

Der Gemeindevorstand

Haffkemeyer

Gemeinde-Vorsteher

Kassmann

Beigeordneter

Luhrmann

Beigeordneter

Osnabrück, den 31.

Der Magistrat

Rißmüller

Bildnachweis:

Neue Osnabrücker Zeitung

Neue Tagespost

Schinkeler Geschichte(n)

Staatsarchiv Osnabrück

Quellen und Literatur

Arbeitsgemeinschaft Spörhase/ Wulff, Karten zur Entwicklung der Stadt. Das Werden des Stadtgrundrisses im Landschaftsraum, Osnabrück 1988

dtv-Atlas zur Stadt. Von den ersten Gründungen bis zur modernen Stadtplanung

Neue Osnabrücker Zeitung

Neue Tagespost

Neue Volksblätter

Osnabrücker Anzeiger

Osnabrücker Stadtanzeiger

Osnabrücker Tageblatt

Osnabrücker Volkszeitung

Osnabrücker Zeitung

Schinkeler Geschichte(n), hg. vom Bürgerverein Osnabrück-Schinkel von 1912 e.V., Osnabrück 1990

Warsewa, Günter/ Spitzley, Helmut (hg.), 2010. Perspektiven ökologischer Stadtgestaltung, Bremen 1993

Nr 213, 94

Kleingärten sind keine Baulandreserven

Hauptversammlung des Schinkeler Vereins

In der Jahreshauptversammlung des Kleingärtnervereins Schinkel ging es u. a. um die Suche nach neuen Bauflächen im östlichen Stadtgebiet Osnabrücks.

Als Ratsmitglied machte Landtagsabgeordneter Eckhard Fasold deutlich, daß nicht daran gedacht sei, Kleingärten zugunsten einer neuen Bebauung aufzugeben. Vorsitzender Rolf Unnewehr unterstrich, daß die Gartenanlagen allen Bürgern als Naherholungsgebiete dienen würden.

Gerade in schwierigen wirtschaftlichen Zeiten, bei zunehmender Arbeitslosigkeit und Arbeitszeitverkürzung seien Kleingärten „ein Hort der so-

zialen Geborgenheit“, meinte Unnewehr. Er appellierte an die Kommunalpolitiker, Kleingärten nicht als Baulandreserven zu betrachten.

In der Versammlung wurde Richard Hetze für seine 40jährige Mitgliedschaft, Wilhelm Berstermann, Konrad Brinkschröder, Heinrich Calmer, Konstantin Schmalenberg und Erwin Henke für 30jährige Vereinstreue ausgezeichnet. Elf Gartenfreunde ehrte Unnewehr für die 20jährige Mitgliedschaft.

Interessenten an einem Kleingarten können sich am 1. und 3. Sonntag eines Monats zwischen 10 und 12.30 Uhr im Vereinshaus an der Weberstraße melden.

aus MÖN ist Teil

... zur Mitgliedschaft ...

Osnabrücker Mosaik.

Neue Siedlungen.

Wir zeigen heute im Bilde die Modelle zweier sehr verschiedenartiger Bauvorhaben in unserer Stadt: der Siedlungen an der Bremer Straße und am Westberg. Schon auf den ersten Blick erkennt man, welche Verschiedenheit die Siedlung nach der Höhe der Räume erfahren haben wird. Hier ist natürlich etwas im Einfachen begriffen, das in der Geschlossenheit der Anlage überraschend ist. Hinsichtlich der Höhe ist die Siedlung an der Bremer Straße mit 10 mander neueren Städte der Stadt, denn sieht man, daß sich die Baugestaltung wieder herübergehen beginnt, die heraus steht, daß die Schönheit der Siedlung nicht in der Regelmäßigkeit der einzelnen Häuser, sondern in der Abstimmung der Höhen aufeinander vor allem begründet liegt. Und noch ein anderer Gehalte stellt sich bei der Betrachtung der Modelle ein. Die planmäßige Durchführung solcher Eigenheim- und Kleinsiedlungen muß

in der Siedlung stehen. Zum anderen müssen Gemeinschaftskäuser wie Schule und Versammlungsräume vorhanden sein. Auch werden mit der Zeit Sport- und Spielplätze angelegt werden müssen. Denn nur dann, wenn die Möglichkeit zur Gemeinschaft in allem, was über die einzelne Ebene des Lebens hinausgreift, in einer solchen Stelle gegeben ist, kann sich das Gefühl des Zusammengehörigkeitsgefühls entwickeln, und dem ersten Gemeinschaftsleben erst ermöglicht.

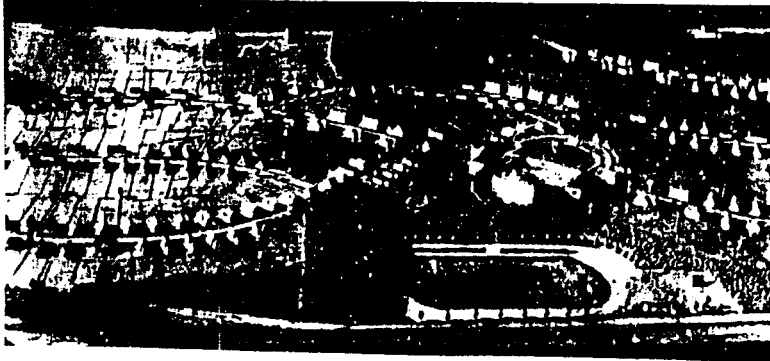
Von jetzt herüber hinaus die Siedlung an der Bremer Straße nach einem besonderen Charakter. Es handelt sich bei ihr um eine Kleinsiedlung, die den Zweck verfolgt, die Kleinfamilien wieder mit dem Leben innig zu verbinden. Jedes Grundstück ist etwa 1000 Quadratmeter groß, so daß die Voraussetzung für Bodenbearbeitung und Kleintierhaltung gegeben ist. Wenn hier auch die unmittelbare Nähe der Stadt beseitigen wird, daß den Bewohnern neben städtischem Leben auch

manche andere Vorteile mit sich bringt, wie zum Beispiel die Möglichkeit, sich dem Leben der Kleinfamilien zu nähern, das bei uns im Leben der Kleinfamilien den Charakter der Stadt wieder erhält. Eine Entlastung der Grundstücke findet dabei nicht statt. Das wird der Arbeit der Kleinfamilien überlassen. Wie der Bauer soll auch er mit dem Boden ringen, um das aus ihm herauszuholen, was möglich ist; denn nur durch, um das man bei uns leben will, wird einem wirklich zu eigen, und nur bei uns wird das Gefühl haben, mit seinem Boden verbunden zu sein, der ihn zum Leben bringen mag.

Den Aufbau der Siedlung hat man in verschiedene Abschnitte zerlegt. Ein Teil, der hauptsächlich vom Eisenbahnen herkommt, wird nicht schon seit Jahren. Der zweite Abschnitt von 110 Kleinfamilien ist im Augenblick im Werden. Hier handelt es sich vor allem um die Anziehung von Arbeitern aus der Industrie. Wo zum Beispiel der Arbeiterstand über aus besonderen Gründen aufgebracht werden kann, werden die Kleinfamilien heranzubringen. Wo zum Beispiel aufgebracht werden kann, werden die Kleinfamilien heranzubringen. Wo zum Beispiel aufgebracht werden kann, werden die Kleinfamilien heranzubringen.

Auf dem Westberge.

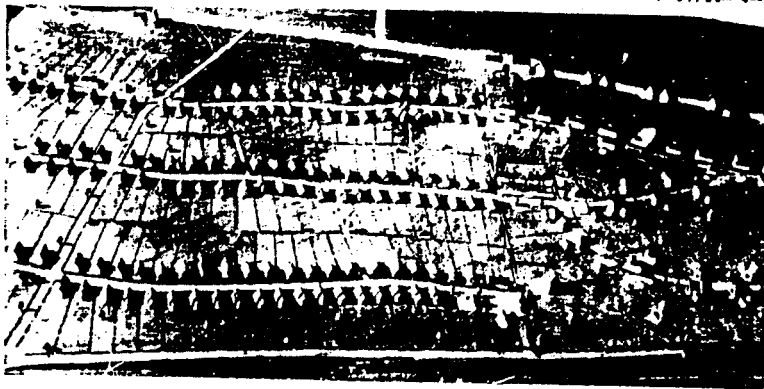
Einen durchaus anderen Charakter hat die Siedlung am Westberg, deren Zweck die Vereinigung ehemaliger Kriegsgefangener und Kriegsteilnehmer ist. Hier handelt es sich um eine Eigenheim- und Kleinsiedlung von über 40 Häusern. 18 Häuser sind bereits im vergangenen Jahre an der Eisenbahnstraße errichtet worden. Wenn die Finanzierung auch durch die Gemeindeförderung erfolgt, so muß der einzelne Käufer doch ein weit höheres Eigenkapital aufbringen als in einer Kleinsiedlung. Es sind zum Teil Leute, die aus dem Krieg kommen. Aber es sind auch Einzelkäufer, die einen Wohnort suchen. Da werden natürlich auch andere Anforderungen an Ausstattung und Ausstattung gestellt als bei den Kleinfamilien. Und wenn auch kein Raum für die „alte Stadt“ anliegen Angehörigen gegeben ist, so müssen neben der Zweckmäßigkeit auch die Anforderungen der Schönheit mit in den Vordergrund treten. Während in der Kleinsiedlung grundsätzlich nur eine Familie wohnen soll, ist hier in den anderthalbhektarigen Gärten die Möglichkeit gegeben, eine zweite Familie als Mieter in der Nähe aufzunehmen, um den Bedarf der Amortisation seiner Schuld zu erleichtern. Da es sich um die Siedlung eines Verbandes handelt, ist der Charakter einer Wohngemeinschaft von besonderer Art. Zudem muß auch hier eine besondere Aufgabe herausgehoben werden. Die aus einem einheitlichen Baugeschäft erhaltene Siedlung mußte in ihrer Gesamtheit dem Bauvernehmen für den Westberg eingestuft werden. Die Baubearbeitung des Westberges stellt die Stadt vor eine bestimmte Aufgabe. Die Kammer über den Westberg geht mit ihren Anforderungen auf den Kaufmannsstand und den Kleinfamilien zu den Kleinfamilien der Stadt. Dieser feste Charakter in die Wege muß unter allen Umständen erfüllt werden. Die Häuser dürfen den Blick nicht einengen. Das macht einmal eine bestimmte Straßenführung notwendig. Zum anderen hat die Stadt infolge der Bau von Einzelgehöftgehöften Gärten bauen



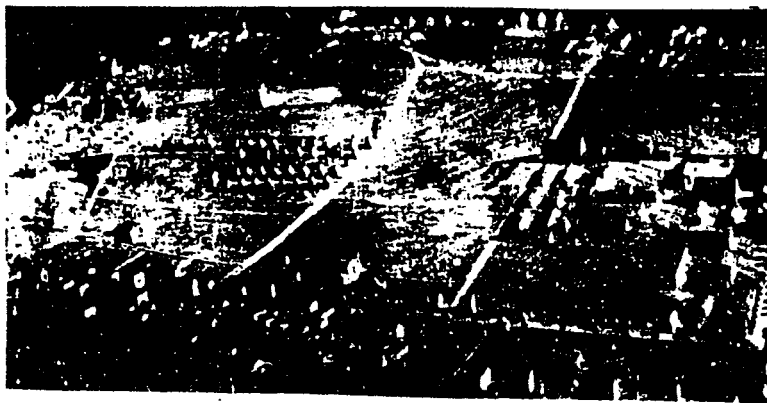
ähnlich zu einer Kullerzeugung der Stadt und damit zu einer Befestigung der Wohnverhältnisse führen. Aber nicht allein diese logischen Notwendigkeit und der Schönheit der Anlagen wegen haben wir diese Baugeschäfte in der Siedlung errichtet. Aufgehoben ist etwas anderes.

An der Bremer Straße.

Nehmen wir zunächst einmal die Siedlung an der Bremer Straße. Um einen festen Blick auf Mittelbauart gruppiert sie sich in der Umgebung der Höhe an der Dorfstraße liegen. So entsteht für die Siedlung, als ob es sich hier nicht um eine Erweiterung der Stadt, sondern um ein selbständiges Gemeinwesen handelt. Und das ist auch tatsächlich das grundsätzliche Neue. Die Erweiterung der Stadt muß sich bisher so, daß an den Baufeldern die Häuser immer tiefer in die Landschaft vorziehen und schließlich die Baufeldern durch Querstraßen miteinander verbunden werden. Diese vertikale Erweiterung der Stadt hat man heute grundsätzlich aufgegeben. Wir leben so in einer Zeit, die vom Gemeinheitsgefühl beherrscht wird. Und so soll auch die Erweiterung in der Form von Siedlungen oder Wohngemeinschaften erfolgen. Die im Rahmen der Gemeinde ein gewisses selbständiges Eigenleben führen. Ein Baugeschäftsbauplan ist noch weitere berufliche Ziele verfolgen. Ein solches Eigenleben hat aber einmal zur Voraussetzung, daß in der Siedlung alle Baufelder vertreten sind. So wird dann auch der Einfluss an Wert darauf gelegt, daß sie in einer solchen Stelle liegen. Dieser und diesem



Modell der Siedlung an der Bremer Straße. Der Leser sieht auf dem oberen Bild halbwegs den geplanten Dorfplatz als Mittelpunkt des Wohngebietes. Das untere Bild rechts neben dem oberen zeigt, daß ein Gesamtbild der Siedlung nach ihrer Vollendung.



Die Siedlung am Westberg. Ganz oben die Kasernen, das darunter die Kasernen auf dem Westberg, links die Siedlung eines Kriegsgefangenen und Kriegsteilnehmer, rechts die Gehöftgehöfte der Arbeiterklasse.

erfüllen. Die Siedlung am Westberg gibt uns die Idee dieser Baugeschäfte. Die Siedlung am Westberg ist ein Beispiel für die Siedlung eines Verbandes. Die Siedlung am Westberg ist ein Beispiel für die Siedlung eines Verbandes. Die Siedlung am Westberg ist ein Beispiel für die Siedlung eines Verbandes.

Über 200 Wohnungen für Schinkel

Ein Sandkasten im Riesenformat zwischen Bruchdamm und Belmer Straße



Aus der Vogelperspektive gleicht das Gelände zwischen der Belmer Straße und dem Bruchdamm heute einem riesigen Sandkasten. In dem - heiligen Amosen gleich - die Bauarbeiter zwischen hochragenden Baukränen, Ziegelsteinstapeln und wachsendem Mauerwerk umherrennen. Das jetzt noch fast freie Gelände wird bald von neuen Wohnblocks und Einfamilien-Reihenhäusern bedeckt sein. Über 200 neue Wohnungen sollen hier die Wohnungsnot in Osnabrück lindern helfen.

Die Kleingartenruhe zwischen Bruchdamm und Belmer Straße ist dahin. Auf diesem Gelände wird jetzt an der Erstellung von über 200 neuen Wohnungen gearbeitet. Der Fotograf kletterte auf den Boden eines Hauses an der Belmer Straße und sah von da aus über das Aufbaugesamt zum Bruchdamm und zum Heiligenweg hinüber. Rechts im Hintergrund die Pauluskirche.

In der Amtssprache trägt das Bauvorhaben zwischen Belmer Straße und Bruchdamm die Bezeichnung „Versuchs- und Vergleichsbauten“. Womit gesagt sein soll, daß es sich um etwas Besonderes handelt, ein Experimentierfeld gewissermaßen, auf dem die verschiedensten Bauformen und Baumethoden erprobt werden. Nicht nur in Osnabrück, auch in Bonn sieht man den Ergebnissen dieses Forschens mit Interesse entgegen, denn die in Schinkel gemachten Erfahrungen sollen für das gesamte Bundesgebiet nutzbar gemacht werden.

Neue Straßen

Nach dem Plänen der Niedersächsischen Heimstätte, die für dieses große Projekt die Trägerschaft übernommen hat, entstehen sieben große Wohnblocks. Für das Bauvorhaben wurde die Tiefstraße bis zur Belmer Straße verlä-

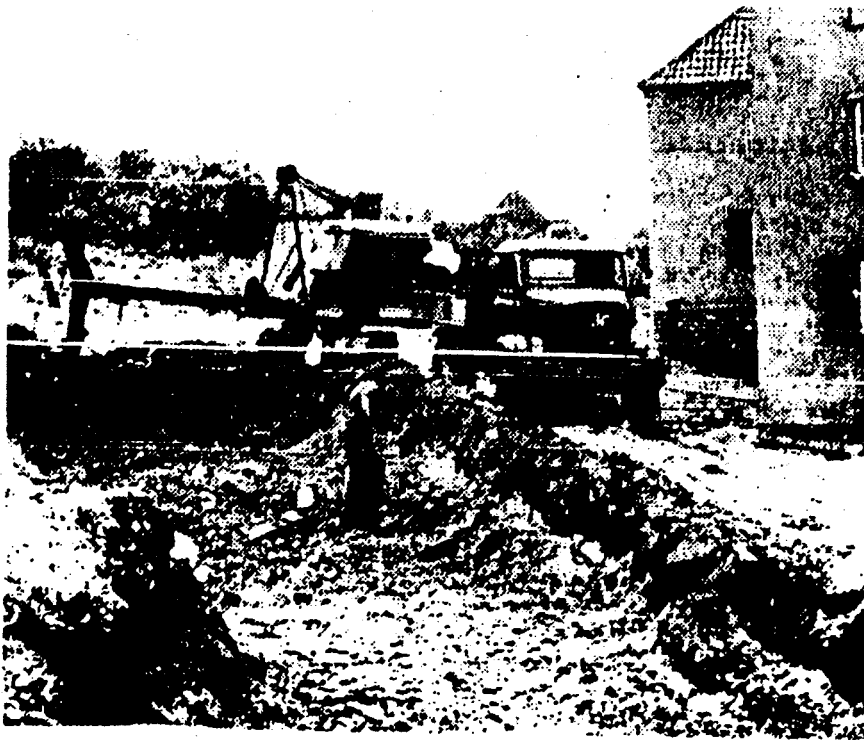
ngert, etwa in der Mitte des Gesamtgeländes Aufschließungswege und unterhalb des Heiligenweges zwischen Bruchdamm und Belmer Straße eine neue Straße angelegt. Der zur vollwertigen Straße ausgebaut Bruchdamm selbst wird in der Hauptsache von Einfamilien-Reihenhäusern gesäumt.

Drei- und zweigeschossig

Schon aus der Planung ist zu erkennen, daß dieses neue Wohngebiet, das nach der Fertigstellung rund 230 Familien aufnehmen kann, nicht uniform wirken soll. Durch das Nebeneinander von dreigeschossigen und zweigeschossigen Wohnblocks und durch Einfamilien-Reihenhäuser wird eine Bebauung erzielt, die über jeden Vergleich mit sogenannten „Industrie-Wohnvierteln“ erhaben sein dürfte. Selbstverständlich wurde auch die demnächst hier gründernde und blühende Flora mit in die Planung einbezogen. -je-

Klushügel wird „angeknabbert“

Erdarbeiten für die Verlängerung der Humboldtstraße



Die Humboldtstraße soll von der Bülowstraße bis zur Bohmter Straße verlängert werden. Nachdem schon im vorigen Jahr mit drei neuen Wohnblocks ein Straßenkopf neben dem Treppenaufgang zum Klushügel gebildet wurde, räumt jetzt ein Bagger die einer zügigen Straßenführung im Wege liegenden Erdmassen seitwärts der Bohmter Straße weg. Die vom Rat für dieses Projekt bewilligten Mittel reichen aber noch nicht aus, die Straße komplett mit Fahrbahndecke und Bürgersteigen fertigzustellen. Man wird wohl, einer auch am Kalkhügel praktizierten Bauweise folgend, mit der endgültigen Fertigstellung bis zum ungefähren Abschluß der Bebauung dieser neuen Straße warten. Dadurch werden etwaige Schäden, die durch das Befahren mit schweren Materiallastzügen entstehen könnten, vermieden, inzwischen wurde gegenüber den Vorjahrsbauten ein weiteres Wohnhaus unter Dach gebracht. Die ideale Lage der neuen Straße am Hange des Klushügels, von der Bohmter Straße durch eine Häuserzeile und durch Gärten getrennt, dürfte dafür sorgen, daß in nicht allzuferner Zeit das zur Verfügung stehende Gelände zugebaut wird. -rs-

Foto: NT-Löckmann

NTP 26. 1955

Herrnteichs-Laischaft.

Der Frevler hat sich wieder auf mehrfache Weise bethätigt. — Es sind nämlich:

1. von einigen jungen Lärchen auf der Klus die Spitzen abgebrochen und jene dadurch verkrüppelt;
2. von 18 jungen Obstbäumen am Königswege (rechts von dem Laischaftshause auf der Klus nach dem Lindenwasser) die Stangen losgebunden und entwandt, und
3. zwei von den in der Lindenallee nach der Klus gesetzten Pfählen ausgerissen und in die benachbarten Gärten geworfen. —

Indem wir den Behörden und dem Publicum hiedurch Kenntniß davon zu geben uns erlauben, ersuchen wir zugleich, uns den nöthigen Schutz angedeihen zu lassen und zur Ermittlung der Frevler behülflich zu sein.

Daneben sichern wir demjenigen, der uns die Thäter so zur Anzeige bringt, daß sie zur Verantwortung und Strafe gezogen werden können, eine Prämie von Einem bis Fünf Thaler zu. —

Denabrid, im November 1850.

Die Vorsteher
Moll. Strick. Hurbelbrink.

Hier entsteht die schönste Siedlung Deutschlands

Nach dem Kriege wird „Widulindland“ aufgebaut

Die beiden Freunde Meber und Ohnesorge stehen auf dem Schinkelberg, dort, wo die Straße sich nach Belm neigt, und schauen hinüber zur Siedlung Widulindland.

„Ja, weißt du, das ist schon lange mein Wunsch, solch ein Häuschen zu besitzen mit Land und Garten und dann in solcher Lage, nahe an der Arbeitsstelle, ja, das wäre was.“

„Weißt du, Ohnesorge“, meint Meber langsam und bedächtig, „dazu kannst du doch auch kommen. Du hast Familie, deine Frau ist gesund, deine drei Kinder auch, was steht denn im Wege?“

„Das liebe Geld, Mensch.“

„Das liebe Geld? Na, weißt du, was ich kann, kannst du doch auch.“ Und nun macht Freund Meber

schönste Siedlung Deutschlands erstehen, um so mehr, da man hier durch das Tagelohnstreuen von Eigenheimen — 64 sind geplant — der Eintönigkeit, die bedingt ist vor allem dadurch, daß die Siedler sich fast ausschließlich auf einen bestimmten Typus festlegen, Einhalt gebieten will.

Vor allem aber spricht die landschaftliche Lage in der Bewertung dieser Siedlung ein gewichtiges Wort mit. Wo man liegen kann, bleibt der Baumbestand, der hier sehr reich ist, erhalten. Ganze Baum- und Waldgruppen werden dieser Siedlung die grünen Lungen geben, die vor allem wegen der Nähe der Bahn sehr wichtig sind. So wird man die ganze Siedlung mit Pyramidenpappeln einschäumen, die vom Bahnlärmer und von der Straße her den



In Reih und Glied wachsen die Häuser hier oben auf dem Schinkelberg zu einer der schönsten Siedlungen Deutschlands aus dem Boden. Foto: Eggert.

Ohnesorge genau klar, wie er zu seinem Häuschen gekommen ist, das da unten zwischen den Kiefern freundlich und schmutz betrauert.

Die Siedler müssen 16 Prozent der Bau- und Bodenkosten aufbringen, kinderreiche nur 10 Prozent. Die 1. und 2. Hypothek übernimmt in dieser Siedlung ein öffentlicher Geldgeber. Die Schuld kann durch ein zinsfreies, mit 1 Prozent zu tilgendes Reichsdarlehen abgegolten werden. Die Siedlerstelle kostet 112 und fertig, und man darf dabei nicht vergessen, daß zur Siedlerstelle bis 1200 Quadratmeter Land gehören, 7000 Mark. Die Miete darf 86 Mark nicht überschreiten.

Von den insgesamt 218 Siedlerstellen der Siedlung „Widulindland“ im Stadtteil Schinkel sind bereits 128 Häuser bewohnt, 10 noch im Bau und 80 noch nicht begonnen. Für Oktober 1930 hatte man die Fertigstellung der Siedlung festgelegt. Durch die schon vor dem Kriege aufgetretenen Materialschwierigkeiten und den Arbeitermangel und dann durch den Krieg selbst konnten diese Pläne nicht verwirklicht werden. Nach dem Kriege wird sofort weitergebaut, damit auch die restlichen Siedler ihr Eigenheim beziehen können.

Nach dem Urteil eines Hochmannes vom Verkehrsministerium wird hier mit den Jahren die

Staub auffangen sollen. Es ist selbstverständlich, daß diese Siedlung einen großen Sportplatz und Spiel- und Grünfläche für die Kinder umfassen wird.

Wenn einmal die Parteibauten, die REU-Häuser und die große Schule um den Mittelplatz den Widulindplatz entstanden sein werden und sich Siedlungshäuser der Arbeiter und Handwerker aus politischen und sozialen Gründen mit den Eigenheimen der Beamten und Angestellten mischen, wird hier ein ganz neuer Stadtteil entstehen, der sich beliebig weiter ausbauen läßt.

Die Niedersächsische Holzmühle, die diese großartige Siedlungsplanung in Angriff genommen hat, wird nach dem Kriege ihre Tätigkeit in unserer Stadt natürlich weiter entfalten. Jetzt werden schon in Höhe 30 neue, teils dreis-, teils vierstöckige Volkswohnungen Ode Blumenhalles Weg-Brickhof fertig. Diese Wohnungen haben alle gelochte Drausebber und Toilettenanlagen.

Hinter Belmer Straße und Bruchmann wird weiter mit 200 Volkswohnungen begonnen werden. Daß die großen Betriebe darüber hinaus alles daran setzen werden, für ihre Gefolgshafte Wohnungen zu erstellen, liegt auf der Hand.

§ Die Eisenbahnunterführung an der Alms soll eine Breite von 12 Metern statt der ursprünglich geplanten 9 Meter erhalten. Die Mehrkosten hierfür sind mit 10 000 M. veranschlagt. Diese weitere Aufwendung kann gemacht werden, da sich die Rechnung für die Stadt durchaus günstig stellt. Der Bau ist zu 360 000 M. veranschlagt. Dazu gibt die Bahnverwaltung 450 000 M. Dadurch nun, daß die Stadt den projektierten Kanal in dem weiterhin genehmigten Kanalprojekt durch diese Unterführung legen kann, anstatt ihn, wie ursprünglich geplant, über die Bahnhofsstraße legen zu müssen, erspart sie an Baukosten 136 000 M., so daß sich noch ein Plus von 26 000 M. über den Voranschlag für die Unterführung hinaus ergibt. Unter diesen Umständen darf auch wohl mit Sicherheit erwartet werden, daß die Stadt den Bau der Unterführung hergeben müssen; ein größeres Entgegenkommen als bisher zeigt, sobald die Austragung der Entscheidungfrage auf gerichtlichem Wege vermieden wird.

OT, 24.5. 1911

NTP 21.4.1956

So soll Schinkel-Ost bebaut werden

Rosenkranzkirche wird Mittelpunkt eines aufgelockerten Siedlungsgebietes unterhalb des Schinkelberges

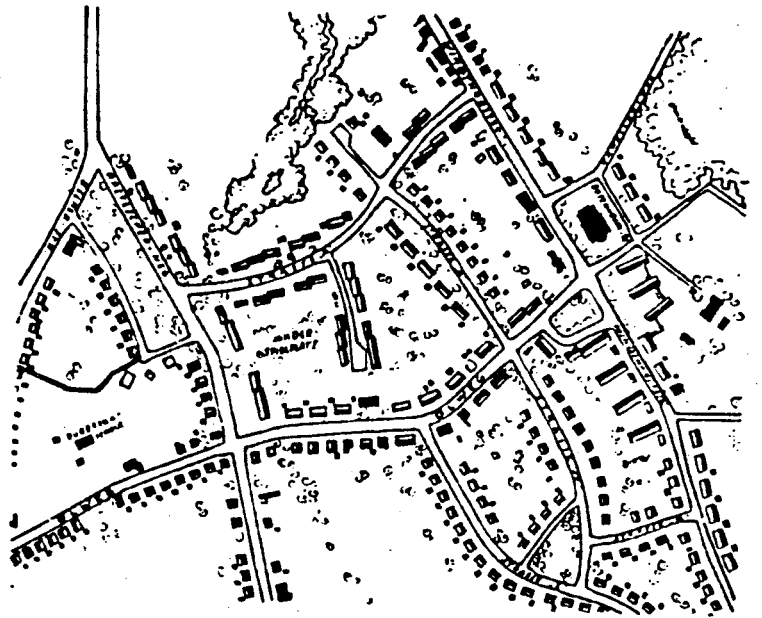
Baurat Manske referierte kürzlich vor den Mitgliedern des Bürgervereins Schinkel-Ost über die geplante Bebauung im Gebiet der Rosenkranzkirche. Die Ausführungen wurden mit einem lebhaften Interesse aufgenommen, und es erscheint wünschenswert, die gesamte Öffentlichkeit mit einer der großzügigsten Bauplanungen in Osnabrück bekannt zu machen.

Kleinstadt im Grünen

In dem Bestreben, außerhalb des eigentlichen Stadtkernes homogene Ortsgelände mit Schwerpunkten zu schaffen, hat man das Gelände am Westhange des Schinkelberges, das heute nur verstreut bebaut ist und die Rosenkranzkirche als Mittelpunkt hat, zu einem großen Siedlungsgebiet verplant. Diese kleine Stadt im Grünen wird eingerahmt durch den Hochwald des Bauern Ruppenkamp, durch die Waldungen des Hofes Vincke und durch den Wald am Hange des Schinkelberges. Als grobe Umgrenzung kann die Weberstraße, die Belmer Straße, die Hochspannungsleitung Osnabrück-Gretesch und im Osten der Kamm des Schinkelberges betrachtet werden. In diesem Gebiet sind zwei Siedlungsschwerpunkte vorgesehen. Auf unserer Zeichnung liegen diese, vom Ölweg aus betrachtet, rechts mit dem Mittelpunkt Rosenkranzkirche und Marienschule und links als ein mehrgeschossig umbautes Viereck, das in der Mitte einen großen Kinderspielplatz aufnehmen soll.

Neue Straßen geplant

Die etwa 250 ein- und mehrgeschossige Häuser umfassende Wohnsiedlung wird durchzogen von der Windthorststraße, der Gretescher Straße und dem Ölweg. Parallel zu diesen Straßen sind neue Straßenzüge geplant, die das gesamte Gebiet abschließen. Zwei Grünzüge werden das gesamte Gebiet in Richtung Schinkelberg und Gretesch durchziehen.



Die Bebauung wird keinesfalls uniform sein, denn man hat vom Einfamilien-Reihenhaus bis zum dreigeschossigen Wohnblock fast sämtliche Haustypen vorgesehen. Erfreulicherweise läßt sich schon jetzt aus der Planung sehen, daß an eine reiche Durchsetzung des Wohngebietes mit Gärten, Spielplätzen und Grünanlagen gedacht ist.

Auch die Schullfrage dürfte sich in diesem Gebiet leicht lösen lassen, denn der Wiederaufbau der Marienschule ist in diesem Plan großzügig projektiert. Außerdem steht im unteren Teil des Wohngebietes die Burbrinkschule zur Verfügung. Auch die Kanalisation dieses Gebietes wird nach einer vollen

Ausnutzung des vorhandenen und des noch zu beschaffenden Baulandes nicht so große Schwierigkeiten bereiten wie in anderen Stadtgebieten.

-Jo-

X Eingemeindung Schinkels.

Mit dem heutigen Tage vollzieht sich die Eingemeindung von Schinkel. Nach außen hin wird sich in erster Linie an Stelle der Gendarmarie unsere städtische Polizei bemerkbar machen. Vom königlichen Landratsamt wird die Verwaltungspolizei abgegeben und für die Polizeidirektion beginnt der neue Polizeikommissar seine umfangreiche Tätigkeit. Bei dem Uebergang gibt es viel zu regeln. Um dem Organismus des Ganzen anzugliedern, mußte eine Kraft, die mit der gesamten Organisation und dem Zusammenarbeiten der Polizeidirektion mit dem Magistrat vertraut ist, nach Schinkel, wie dies ja auch bei den Einigungsverhandlungen gewünscht wurde, um alles in das richtige Gleis zu bringen. Der Polizeikommissar Hillmann wurde dazu ausersehen. Es wurde ihm die nicht leichte Uebergangsarbeit und die Leitung des dritten Polizeireviers übertragen. Mit einem Stabe von 4 Polizeibeamten wird er heute in das bisherige Gemeindehaus Schinkel seinen Einzug halten. Er wird den neuen Bürgern der Stadt neben dem bisherigen Gemeindevorsteher ein Berater sein und in allen Angelegenheiten ratend zur Seite stehen. Zu seiner Zuständigkeit kommt auch der Teil der Stadt Osnabrück, der durch die neue Hase auf der einen Seite und durch die Bahnlinie Osnabrück-Bremen auf der andern Seite eingeschlossen ist.

Das neue Meldeamt Osnabrück-Schinkel ist nach monatelanger intensiver Arbeit eingerichtet. Alle Namen sind eingetragen und die Bewohner des neuen Stadtteils können auch in dieser Beziehung ihre Meldeangelegenheiten in dem neuen Polizei-Kommissariat erledigen. Auf eine heute erlassene Bekanntmachung der Polizeidirektion wird verwiesen.

Mit der Leitung der Kriminalabteilung wurde einstweilen der neu gewählte Polizei-Kommissar Stephanus aus Nordern, der bisher auf verschiedenen Verwaltungs- und Polizeibehörden tätig war und seine kriminelle Ausbildung bei der Polizei-Direktion Bremen genöthigt, beiraut.

Ferner wird uns noch zu der Eingemeindung geschrieben: Mit dem heutigen Tage wird der größte Teil von Schinkel der Stadt Osnabrück einverleibt. Ein kleiner Teil von Schinkel, und zwar der sog. Freideich mit der Mühle, die Sandfortenstraße und die Burg Gretefchstraße fallen an Gretefch. Die Personenlandsaufnahme ist bereits erfolgt. In kirchlicher Hinsicht bleibt einstweilen alles beim Alten. Die nach Gretefch eingemeindeten Teile werden nach Schinkel eingepfarrt. Begräbnisse finden nach wie vor in Osnabrück auf dem Haseriedhofe statt. Die Schulverhältnisse bleiben insofern die alten, als die Bewohner der nach Gretefch kommenden Gestrühe vorerst noch berechtigt sind, ihre Kinder nach Schinkel zur Schule zu schicken, allerdings gegen das übliche Schulgeld von 5 M. jährlich.

Mannshohes Unkraut vor schmucker Wohnsiedlung Wurde die Säuberung vergessen?

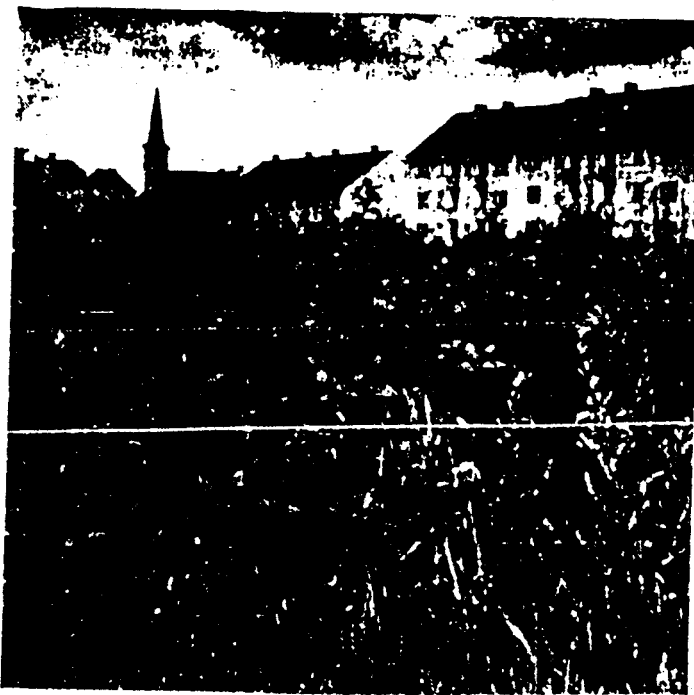
Die Aufräumung muß dem Aufbau folgen – Unser Beispiel: keine schöne Visitenkarte im Stadtteil Schinkel

In den Jahren nach dem Kriege hat die umfassende Aufbauarbeit ihre Früchte getragen. Nicht zuletzt sind es die Bürger gewesen, die nach dem Zusammenbruch wieder Mut faßten und die Trümmerberge allmählich beseitigten, um auf den abgeräumten Plätzen neue Häuser zu errichten. Und nicht zuletzt ist es die Aufgabe einer Tageszeitung, über den Fortgang der Arbeiten zu berichten. Eine dankbare Aufgabe, die hier dem Chronisten zufällt. Deshalb hat das „Osnabrücker Tageblatt“ auch keine Gelegenheit versäumt, die einzelnen Bauphasen in regelmäßiger Folge aufzuführen, beginnend mit der Planung bis zur Verwirklichung kleiner und großer Projekte. Außerdem ist nicht versäumt worden, schon vor der Einleitung der Maßnahmen in die klärenden Debatten einzugreifen, um angesichts der verschiedenen Gesichtspunkte für die glücklichere Lösung zu stimmen.

Wer die seit dem letzten Kriege erzielten Erfolge zusammenfaßt, muß das Gesamtergebnis würdigen. Sowohl den Bürgern als auch der Verwaltung ist zu bescheinigen, daß sich durch ihren Aufbauwillen das Gesicht der Stadt zusehends verändert hat. Überall sind Eigenheime, Wohnsiedlungen und Grünanlagen entstanden. Wo früher Schutt lagerte, herrscht heute Sauberkeit. Und wenn hier und dort die Gestaltung noch zu wünschen übrigläßt, dann liegt es eben im Wesen der Menschen, weniger auf die vollbrachten Leistungen zu achten, als vielmehr mit dem Finger auf solche Gebiete zu deuten, die bislang „vergessen“ wurden.

Zugegeben, daß eine solche „Verfahrensweise“ immer wieder zu neuen Taten reizt und den nötigen Schwung gibt, um die Bauhandwerker auch in den letzten Winkel zu schicken, wo heute noch die Reste des Krieges sichtbar sind. Aber im Zuge des Aufbaues ist nicht zu übersehen, welches Maß geleistet werden muß, um gleichzeitig mit der Errichtung von neuen Häusern für die ordnungsgemäße Errichtung des wiederbebauten Geländes zu sorgen. Mit anderen Worten: Es ist nicht damit getan, in aller Eile Stein auf Stein zu setzen und dann die Baustelle ihrem Schicksal zu überlassen, das heißt den Aufräumungsarbeiten ringsum aus dem Wege zu gehen.

Das sieht dann so aus, wie unser Fotograf es im Bilde oben festgehalten hat. Das „Osnabrücker Tageblatt“ wählte diesen Blickwinkel deshalb, weil schon vor einem guten Jahr die gleiche Stelle mit der Kamera aufgenommen und auf die „Wildnis“ aufmerksam gemacht worden war. Hier handelt es sich um eine schmucke Nachkriegssiedlung im Viereck des Brunnenweges, des Bruchdamms, der Tiefstraße und der Belmer Straße. Unsere damalige Kritik hat offensichtlich bewirkt, daß zwischenzeitlich auf dem besagten Gelände (es bildet in seiner Ausdehnung praktisch den großen Hinterhof des Häuserviertels) ein Bolzplatz für die Kinder geschaffen wurde. Diese Maßnahme verdient Anerkennung. Andererseits aber ist auf der angrenzenden Fläche kein Handschlag getan worden.



KEINE GEFÄLSCHTE AUFNAHME, sondern trostlose Wirklichkeit inmitten einer neuen Siedlung.
Aufnahme: F e n d e r

Hier handelt es sich nicht nur um einen kleinen „Schönheitsleck“, sondern um eine Nachlässigkeit. Um wieviel anziehender könnte dieses Gebiet wirken, wenn man den weiligen und mit Steinbrocken bespickten Grund in eine Anlage verwandeln würde. Meterhoch ist das schlimmste Unkraut „in Saat geschossen“, ein Grundstück, auf dem bisher niemand der Verwahrlosung Einhalt geboten hat. Diese „vergessene“ Fläche ist ein Beispiel dafür, daß bei allem guten Aufbauwillen

auch die Aufräumungsarbeit mit den Siedlungsgründungen Schritt halten muß.

Die an zerbombten Stellen neu errichteten Häuser verfehlen ihre Wirkung, solange ringsum keine Ordnung herrscht. Und letzten Endes ist es den Mietern nicht zuzumuten, ihre Balkonaussicht durch ein häßliches „Vorfeld“ verschleiern zu lassen. In diesem Falle ist es wirklich an der Zeit, den inmitten der Häuser gelegenen Freiplatz auszukurieren und einzuebnen. Wea.

Störungen an den Eisenbahnübergängen bis jetzt außerordentlich in Mitleidenschaft gezogen ist; in gleicher Weise werden die Angestellten und Arbeiter der Eisenbahnwerkstätte sowie des Stahlwerkes die nunmehrige glückliche Lösung der schwierigen Frage mit Freude begrüßen. Auf der getriggen Tagesordnung erörtern die Angelegenheit unter der Ueberschrift: „Plan für die Unterführung im Zuge der Buerischenstraße“. Dazu führte Oberbürgermeister Dr. Kilmäßer im wesentlichen folgendes aus:

Wegen Herstellung einer fahrbaren Unterführung im Zuge der Buerischenstraße ist nunmehr zwischen der Eisenbahnverwaltung und den städtischen Kollegien ein Abkommen zustande gekommen. Die städtischen Kollegien haben sich zuletzt mit dieser Frage beschäftigt am 9. Juli und zwar damals in vertraulicher Sitzung, weil noch zu verhandeln war über die Grunderwerbsverhältnisse und einige andere Punkte, die eine öffentliche Verhandlung nicht angebracht erscheinen ließen. Bei der Wichtigkeit des Gegenstandes aber erscheint es angezeigt, nunmehr in öffentlicher Sitzung den gegenwärtigen Stand der Angelegenheit darzulegen. Die städtischen Kollegien haben von vornherein den Standpunkt eingenommen, daß an Stelle der von der Eisenbahnverwaltung angebotenen Fußgänger-Unterführung eine fahrbare Unterführung hergestellt werden müsse, wenn es möglich sei, ein technisch akzeptables Projekt zu erlangen und die finanzielle Belastung der Stadt so zu gestalten, daß sie den städtischen Kollegien erträglich erscheine. Die langwierigen Verhandlungen haben nun zu dem Resultat geführt, daß das Abkommen nach der technischen und finanziellen Seite als akzeptabel angesehen werden kann. Was die technische Seite anlangt, so hatte das Stadtbauamt neun Projekte ausgearbeitet; die städtischen Kollegien haben sich für das sogen. Projekt F. entschieden, das auch der Minister im Prinzip als akzeptabel bezeichnet und dem er nunmehr definitiv seine Zustimmung erteilt hat. Was die finanzielle Lösung anlangt, so ist erreicht, daß die Staatsverwaltung sich bereit erklärt hat, zur Herstellung einer fahrbaren Unterführung einen Zuschuß von 410 000 M. zu leisten. Die städtischen Kollegien waren der Ueberzeugung, daß bei einem staatlichen Zuschuß von 410 000 M. die finanzielle Belastung der Stadt als erträglich bezeichnet werden könne. Die Stadt führt als Unternehmerin das Projekt aus, sie hat die erforderlichen Anträge zu stellen, die Genehmigungen nachzuzulassen und auch die Bantzen auszuführen bis auf den Bau der Unterführung unter dem Bahndörper selbst. Außerdem ist an diese Zuwendung die Bedingung geknüpft, daß die Stadt zu verpfänden hat auf die Verbehalten resp. Erweiterung der jetzigen Straßen-Unterführung im Zuge der Goethe-Hamburgerstraße. Die Herren werden sich erinnern, daß diese Unterführung jetzt eine Breite von 8 Meter hat. Da mehrere Stellen gelegt werden sollen, so beantragten wir bei dieser Gelegenheit, die Unterführung auf eine Breite von 16 Meter zu bringen. Im Laufe der Verhandlungen kam man nun zu dem Resultat, daß die Stadt sagte, sie wolle ihre Wünsche bezüglich einer fahrbaren Unterführung im Zuge der Goethe-Hamburgerstraße fallen lassen, sie sei damit einverstanden, daß diese fahrbare Unterführung zu einer Fußgänger-Unterführung von 3,50 Meter Breite werde, wenn dafür eine fahrbare Unterführung an der Buerischenstraße hergestellt würde. Der Verzicht auf die fahrbare Unterführung im Zuge der Goethe-Hamburgerstr. und das Begehren mit einer Fußgänger-Unterführung dafelbst auf der einen Seite, andererseits die außerordentlich schwierigen Verhältnisse am Buerischenstreifen-Übergang sind die beiden Handhaben gewesen, die uns die Tür geöffnet haben zur Herstellung einer fahrbaren Unterführung im Zuge der Buerischenstraße. Die Eisenbahnverwaltung hat sich nun aus dem Grunde, weil sie infolge unseres Verzichtes auf die fahrbare Unterführung an der Goethe-Hamburgerstraße Geld spart, bereitfinden lassen, eine staatliche Unterführung von 410 000 M. zu geben.

Die städtischen Kollegien waren der Ansicht, daß man auf das Falllassen der fahrbaren Unterführung an der Goethe-Hamburgerstraße unbedingt eingehen könne, zumal sich ja 1. Falllage inskünftig folgendermaßen gestalten wird: Wir bekommen nach dem Dänen drei große, durch Eisenbahnställe nicht mehr behinderte Unterführungen, erstens die Unterführung im Zuge der Buerischenstraße in einer Breite von 15 Meter, zweitens etwa 100 Meter entfernt von der jetzigen Unterführung im Zuge der Goethe-Hamburgerstraße von der Bruchstraße aus eine Unterführung in der Breite von 22 Meter, und drittens weitere 300 Meter entfernt die Buerischer Unterführung in einer Breite von 15 Meter. Denn haben wir also nach dem Dänen drei vollständig genügende Ausfalltüre, außerdem die Fußgänger-Unterführung von 3,50 Meter Breite. Hinzu tritt ferner der Vorteil, daß uns durch Falllassen der fahrbaren Unterführung auf

OT 8.12.1909 (2)

Locales und Provinzielles.

Osnabrück, den 8. Dezember 1909.

* In der getriggen Sitzung der städtischen Kollegien war Hauptverhandlungsgegenstand die Herstellung der Eisenbahn-Unterführung im Zuge der Buerischenstraße bei der Alus, ein Projekt, das bekanntlich seit einer Reihe von Jahren die Öffentlichkeit beschäftigt hat und nun endlich nach der technischen und finanziellen Seite hin keine Lösung soweit gefunden hat, das im kommenden Frühjahr mit der Inangriffnahme begonnen werden kann. Damit erfüllt sich ein Wunsch insbesondere der Bewohner des östlichen Stadtviertels, das ja unter den

„Für uns unterwegs“

Oktoberammlung des DRK

Wenn man uns fragt, wie oft wir gestern oder heute das Rotkreuzzeichen gesehen haben, würde wohl jeder von uns die Antwort schuldig bleiben. Und dabei begegnet es uns ständig. Wir sehen es auf den Schildern der Unfallhilfe- und -meldestellen, an denen wir auf Autobahnen oder Straßen vorbeifahren. Es kennzeichnet die Krankenwagen, die sich mit Blaulicht und Martinhorn einen Weg durch den Verkehr bahnen, ebenso wie die Fahrzeuge des DRK-Blutspendedienstes und die Lastwagen, Feldhochbühnen und Fernmeldewagen des DRK-Katastrophenschutzes. Und wir haben es natürlich auch an der Eingangspforte irgendeiner Rotkreuzabteilung gesehen, denn das Deutsche Rote Kreuz unterhält ja überall in Niedersachsen Heime und Einrichtungen; um nur einige der bekanntesten zu nennen: Krankenhäuser, Mütterkurheime und Erholungsheime für Kinder und Jugendliche, Säuglingsheime u. a. m. Sicherlich ist uns auch irgendetwas Rotkreuzschwester begegnet, in Kliniken und Krankenhäusern, als Gemeindefachwester oder Hauspflegerinnen verrichten sie täglich ihren aufopferungsvollen Dienst. In der kommenden Woche werden wir das Rote Kreuz noch häufiger sehen, denn vom 10. bis zum 17. Oktober findet in Niedersachsen die Jahressammlung des Deutschen Roten Kreuzes statt, die die Mittel zur Finanzierung dieser vielfältigen Hilfstätigkeit erbringen soll. Wenn die Helferinnen und Helfer uns in Osnabrück um eine Spende für das Rote Kreuz bitten, sollten wir daran denken, daß sie für uns unterwegs sind. Heute, morgen, jeden Tag kann der Fall eintreten, daß wir in irgendeiner Weise auf die Hilfe des DRK angewiesen sind. Helfen wir darum, die Büchsen zu füllen, damit uns und allen, die das Rote Kreuz brauchen, jederzeit geholfen werden kann!

DEUTSCHES ROTES KREUZ
Kreisverband Osnabrück-Stadt
Haeffcke
1. Vorsitzender

Neue Rufnummer **3251**
Meinders & Elstermann

Viermal Autohändler am Werk

Zu nächstlicher Stunde waren im Stadtgebiet viermal Autohändler am Werk. Sie machten sich an Wagen zu schaffen, die in der Blumenthal-, der Mollke-, der Capriv- und der Lotter Straße abgestellt waren. Ihre Beute: Autoradios, Autokarten und eine Brieftasche.

Wer entrümpelt den Schinkel-Wald?

Seit Jahren kämpfen Bürgervereine um eine gesäuberte „grüne Lunge“ - Stadtverwaltung nicht zuständig

Wieder einmal mehren sich die Klagehörer der Bürgerschaft im Stadtteil Schinkel über den miserablen Zustand des dortigen Waldgebietes. Anlass sind Grund des Melodienreigen sind Schutt und Asche, Gerumpel und Abfall, wahllos in der „grünen Lunge“ verstreut sowie mangelhafte Bepflanzung und staubige Spazierwege. Die Beschwerde ist nicht jung. Heinrich Raabe, seit Bestehen des Osnabrücker Rates dieses Mitglied, machte sich schon vor 19 Jahren zum Sprachrohr aller leidenschaftlichen „Schinkler“, indem er öffentlich auf den Schmutzstand hinwies. Bis heute ließ der wackere Streiter für Sauberkeit und Ordnung nicht locker von seinem Herzzerwund ab, den Schinkelwald einmal ebenso hergerichtet zu sehen wie den Schillerberg. Erst vor wenigen Tagen machte er selbsten nun fast zwei Jahrzehnte angestauten Ärger erneut Luft: „Die Stadt kann vieles lassen und vieles tun. Ich habe den Eindruck, daß sie in Schinkel vieles läßt.“

Ob Heinrich Raabe in seinem Kampf für Reinlichkeit bei der Verwaltung an die falsche Adresse geriet, soll an dieser Stelle nicht bis in alle Einzelheiten untersucht werden. Fest steht immerhin, daß der Stadt nur ein verschwindend kleiner Teil des bejammerten Waldgebietes gehört. Sie zeichnet lediglich für den Streifen zwischen der Bushaltestelle Bremer Straße/Waldstraße und der unterhalb liegenden Schule bzw. dem katholischen Kindergarten verantwortlich. Hier allein ist sie gehalten, den Bäumen zu helfen. Der übrige Grund und Boden befindet sich in Privatbesitz. Wollte das Gartenamt auch dort die Pflege übernehmen, müßten entsprechende Verhandlungen mit den einzelnen Bauern vorangehen. Die Landwirte dürften mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit damit einverstanden sein, daß man seitens der Verwaltung die Ablagerungen aus

der Jetztzeit beseitigt. Dahin gehen jedenfalls Kämpfer Raabes mit an Sicherheit grenzender Vermutungen. Er weiß offenbar um den „guten Willen“ der bürgerlichen Eigentümer in dieser Frage. Doch das Gartenamt ließ verlauten, es sei an einem Abtransport fremden Unrats überhaupt nicht interessiert, da ein solches Beispiel schlechte Schule machen würde. Schließlich würden, so die Ansicht, alle Privatpersonen denken, sie bräuchten ihre Abfälle nur vor die Tür zu legen und die Stadt schaffe sie fort. Einlenkend verwies man aber auf das nächste Frühjahr. Dann soll am „Tag des Baumes“ eine Aktion zum Schutz des Waldes gestartet werden, in deren Verlauf Schulkinder auch das Schinkelgebiet reinigen. Das sei als Einzelfall zu werten und nicht die Regel. Ist der Stadt mithin die Verantwort-



EIN SCHANDFLECK im Schinkel-Wald. Alte Karren eines ehemaligen Flohmarkts stehen motivlos zwischen den Bäumen. Aufnahmen: Fricke

Widukindland



EIN GEPFLEGETER SPAZIERWEG im Schillerberg. Die Seitenstreifen sind sorgfältig geharkt.

lung abzusprechen und Ihre von vielen gewünschte Initiative auf privatem Grund ein recht ungebührliches Verlangen, so Siebt zu fragen, wer die Heilbehandlung des Waldstücks noch betreiben könnte. Da bieten sich zuerst einmal die Eigentümer selbst an, denn es erscheint recht und billig, wenn jeder seine ihm gebührende Scholle mit eigener Hand säubert. Aber kann den Landwirten zugemutet werden, auch von fremder Hand verstreuten Unrat fortwährend selbst aus dem eigenen Forst zu karren? Man muß ihnen immerhin schon zugute halten, daß sie ihren Landbesitz überhaupt der Öffentlichkeit zur Verfügung stellen. Wahrscheinlich wäre es für sie angenehmer, Schäden mit der Inanspruchnahme „Privatbesitz, Durchgang verboten.“

Zweitens wäre an die Anwohner zu denken, an jene, die über die Grüninsel Klage führen und sich in ihrer Bäume Schatten recht beruflich ergeben möchten. Was ist mit ihnen? Die Bürger, zusammengeschlossen in den Bürgervereinen „Schinkel Ost“, „Schinkel 1912“ und „Widukindland“ rührten sich bereits im Vorjahr und ließen die Dinge nicht unbeachtet laufen. Am 13. Juni 1964 griffen sie zum erstenmal zur Selbsthilfe. Sie nahmen Forken und Schaufeln in die Hände und machten im Schinkelwald „reines Tisch“. Vielleicht

in Erinnerung an jene denkwürdige Entrümpelung, sannnen die „Amateure vom Müll“ jetzt erneut auf Verschönerung der Spazierfläche. Eine Geldsammlung der drei Vereine unter Führung von „Widukindland“ erbrachte die Summe von 1000 Mark. Davon erstand man Sitzbänke, die inzwischen aufgestellt worden sind. Sowohl mit Geld als mit Muskelkraft haben also die Schinkler Waldhüter längst bewiesen, daß sie bereit sind, jederzeit mitzuarbeiten. Sie geben sich nicht mit nachhaltigen Forderungen zufrieden. Dennoch, ihr bewundernswerter Einsatz allein genügt nicht.

Wer hier wird demnächst Abhilfe schaffen? Der Stadt kann es nicht zugemutet werden, und den Bauern offenbar auch nicht. Vielleicht gelingt es, jene ausfindig zu machen, die den Druck verursachten. Für sie würde der Abtransport des eigenen Abfalls sicherlich keine Überforderung bedeuten. Sollte die Suche nach den Übeltätern ergebnislos verlaufen, so bleibt wohl nichts anderes übrig, als daß sich die oben erwähnten drei Parteien, Stadt, Landwirte und Bürgervereine, gemeinsam an eine Lösung heranzumachen. Es sei denn, was würde sich entschließen, bis in die ferne Zukunft alles so zu belassen, wie es heute ist.

**Jetzt ein zweiter Wagen
Straßenbahnpendelverkehr am
Heger Tor soll besser werden**

Zu den Schwierigkeiten, die im Umsteigeverkehr am Rißmüllerplatz entstanden sind und auf die die NT in Loosbriefen schon hingewiesen hat, wird uns von der Stadtverwaltung mitgeteilt:

„Zur Beseitigung der aufgetretenen Schwierigkeiten, die durch den Umsteigeverkehr zwischen Rathaus und Kleiner Post (Heger Tor) infolge der Aufbrucharbeiten am Rißmüllerplatz entstanden sind, wird ab sofort am Heger Tor ein zweiter Wagen zur Beförderung der Fahrgäste in Richtung „Depot“ bereitgestellt. Der zweite Wagen fährt ab, sobald der Gegenwagen vom Depot eintrifft. Jeder Fahrgast wird gebeten, sich auf kürzestem Wege vom Rathaus zur Umsteigestelle „Heger Tor“ zu begeben, damit der fahrplanmäßige Verkehr ungehindert ablaufen kann. Der Wagen vom Rathaus muß fahrplanmäßig abfahren, da sonst die Anschlüsse an die übrigen Straßenbahn- und Omnibuslinien nicht erreicht werden können. Die vom Depot ankommenden Wagen werden so rechtzeitig am Heger Tor eintreffen, daß der Anschluß an den Wagen der Linie I am Rathaus möglich ist. An der Haltestelle Rathaus befindet sich ein Posten der Straßenbahn, der dafür sorgt, daß der Anschluß erreicht wird.“

Die Verkehrsbetriebe bitten die Bevölkerung um Verständnis für die augenblicklich durch den Umbau bedingte schwierige Lage der Straßenbahn. Die Verkehrsbetriebe werden alles daransetzen, die Umbauzeiten so weit als möglich abzukürzen.“

**Überhöhtes Kurvenstück
an der Sutthausener Straße**

Das Fahrbahnstück der Sutthausener Straße zwischen Stadt- und Unterhaltsgrenze, also das mit Schlingenschnur reich versehene Kurvenstück, wird in Kürze instand gesetzt. Die Fahrbahn soll auf 6,50 bis 7 m verbreitert und in der Kurve einseitig überhöht werden. Damit wird ein Mangel behoben, der von vielen Kraftfahrern, besonders von ortsunkundigen Reisenden, gefürchtet war.

Grüne Visitenkarte: Widukindsland

Siedlung wächst jetzt enger zusammen - Am Abhang des Schinkelberges

Am Abhange des Schinkelberges, mit dem Blick auf die Dodesheide, liegt Widukindsland, die Siedlung, in der noch immer Dachstühle auf neue Häuser gesetzt werden. Das große Wohnviertel wächst jetzt enger zusammen, da nach Erreichen der Stadtgrenze bei Fowen nunmehr die Baulücken geschlossen werden.

Siedler sind fröhliche Leute. Das hat sich auf ihren Festen erweisen und das kann man an den kleinen Besitzungen ablesen. Wer so sauber harkt und jätet, wer so akkurat die Zäune setzt und die Fenstersprossen streicht, muß fröhliche Augenwinkel haben. Lustig sind auch die Visitenkarten, die von den Siedlerhäusern auf die Straße gestreckt werden: die jetzt in allen Farben des Regenbogens blühenden Vorgärten, „Gefüllts Innen“, fragte man am Friesenweg? Oh, es geht so gut, daß wir gleich eine Aufnahme machten.

„Gehen Sie doch und knipsen auch das Haus von unserem Nachbarn, da hängen die Kletterrosen büschelweise über dem Fenstersturz.“ So sind sie, die Siedler. Immer an den Nachbarn denkend, damit ja keiner zu kurz kommt. Und wahrhaftig, alle Häuschen und Winkelwege wären ein Bildchen wert.

Wer durch Widukindsland spaziert, kommt durch alle deutschen Gaue. Die Straßen sind nämlich mit Stammesnamen „belehnt“ (um in der „Leutschen“ Terminologie zu bleiben). Der Wege sind aber so viele, daß auch noch alte germanische Rufnamen zu Paten ernannt werden konnten.

HINTER „KLEIN-HAMBURG“

Widukindsland ist eine der geschlossenen Siedlungen Osnabrücks. Begrenzt von der Bremer Straße und der Bahnlinie, von „Klein-Hamburg“ und dem Bahweg folgen die Straßenzüge den Höhenlinien des Schinkelberges. In Terrassen baut sich die Siedlung zu einem hübschen Bild. Die schönste Errungenschaft ist die moderne Schule. Die Hoffnung aller Siedler: ein bei-



diger Zustandekommen des Turnhallenbaus und einer Duschanlage.

NUR DIE WILDEN RENNFAHRER

„Wenn nur die wilden Rennfahrer nicht wären“, seufzte die Siedlerfrau, die uns auf die Heckenrosen über des Nachbarn Fenster aufmerksam gemacht hatte. Nachdem der Ickerweg sauber betoniert wurde, ist die Siedlung allabendlich „Knattermaxens Tummelfeld“. Ohne Sinn und Ziel drehen junge Burschen gefährliche und lärmende Runden. Im Rat wurde schon ein Antrag gestellt, auch in der Siedlung die Geschwindigkeitsbegrenzung einzuführen. Durchgangsverkehr gibt es ja sowieso nicht. Man möchte wieder ruhig wohnen können. Und vor allem schlafen. Ein Großteil der Siedler ist ja bei der Bundesbahn beschäftigt und hat Nachtschichten zu leisten.

Die Widukindsländer waren aber nicht die ersten, die mit Hacke und Spaten zum Schinkelberg zogen. Anfang der 20er Jahre schon ist „Klein-Hamburg“ entstanden, das Siedlungsviertel neben dem Gartlager Weg. Viel Schweiß hat der steirige Boden hier oben schon geschluckt. „Wißt Ihr noch, Herr Nachbar, damals am Anfang?“ Die Siedler denken bei solchen Fragen an die schmerzenden Rücken. Die gibt es freilich auch heute noch. Aber weich großen Schritt nach vorn (oder besser gesagt: ins blumengeschmückte Grün) hat man doch schon getan. Die blühenden Visitenkarten machen das immer wieder deutlich.

-rs-

Stadt Osnabrück

Am Schinkelberg: Platz für neuen Stadtteil?

Gestern Abend heftige Diskussion in der Ratssitzung

Selt gestern Abend ist es heraus: Am Schinkelberg soll ein neuer Stadtteil entstehen – womöglich für 6000 bis 7000 Menschen, mit einem neuen Zentrum, Geschäften, Betrieben und Kindergärten. Gegen 21.20 Uhr erklärte der Rat nach zweistündiger Diskussion eine knapp 400 Hektar große Fläche zum Untersuchungsgebiet. Mit diesem Beschluß sollen die Grundstückspreise „eingefroren“ werden.

Die Entscheidung war heftig umstritten. Nach dem Investitionserleichterungsgesetz ist es seit dem Mai dieses Jahres möglich, daß die Stadt mit dieser sogenannten „städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme“ planungsbedingte Bodenwertsteigerungen abschöpft, um damit die Erschließung zu verbilligen. Gestern machte der Rat zum ersten Mal von diesem neuen Instrument Gebrauch: Die SPD, die Grünen und die FDP stimmten dafür, die CDU votierte dagegen, und der CDU-Ratsherr Ludwig Lanver enthielt sich der Stimme.

Stadtbaurat Jörg Ellinghaus machte deutlich, daß es sich lediglich um eine Voruntersuchung handele. Ob und wo gebaut werde, das richte sich nach den Ergebnissen und dem politischen Willen. Das Verfahren ziele darauf ab, ein größeres, zusammenhängendes Gebiet koordiniert zu erschließen und den Bodenpreissteigerungen vorzubeugen. Zugleich gelte es, einen Finanzierungsweg zu finden, „der die größten Lasten von den Schultern der Stadt nimmt“.

Über die Kosten wurde ausgiebig gestritten, zumal die CDU anhand der vom Planungsamt ausgegebenen Zahlen vorrechnen wollte, daß dieser neue Weg der Flächenausweisung teurer sei als das bisherige Verfahren. Oberstadtdirektor Dierk Meyer-Pries beteuerte aber, mit der städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme schneide die Stadt eindeutig günstiger ab. Dem Vernehmen nach sollen unabhängige Gutachter die Preise festlegen. Somit könnten die derzeitigen Grundeigentümer

zwar mit besseren Erlösen als beim Ackerland rechnen, allerdings könnten sie nicht auf die üblichen Baulandpreise hoffen.

Dieser Aspekt wurde von mehreren Sprechern der CDU moniert. Nach den Worten des Fraktionssprechers Christian Wulff gehe es schließlich um die Existenz der Landwirte, und da sei es egal, ob es sich um einen oder um tausend handle. Überdies habe es die Verwaltung versäumt, mit den verkaufsbereiten Grundeigentümern zu verhandeln. Auf wichtige Fragen habe die Verwaltung zudem keine Antworten geben können, etwa auf die Frage, wieviele Bauern von der Planung betroffen seien. Später

„Trabantenstadt ist nicht das Ziel“

hieß es seitens der Planer, im betroffenen Gebiet gebe es etwa sechs bis acht Höfe.

Mehrere Ratsmitglieder der CDU, aber auch Oberbürgermeister Hans-Jürgen Fip, kritisierten, die Informationen seien unzureichend. Politiker der SPD, der Grünen und der FDP traten jedoch Befürchtungen entgegen, das neue Verfahren beschneide die Bürgerbeteiligung. Die SPD-Fraktionsvorsitzende Alice Graschtat erklärte, das Ziel sei keinesfalls der Bau einer „Trabantenstadt“. Mit dem neuen Verfahren biete sich eine Chance, die ökologischen Interessen zu berücksichtigen, weil hier im Zusammenhang geplant werden könne. Niemand habe vor, das Gebiet „einfach plattzumachen“, wie es einige Ratskollegen befürchteten. Das Hauptziel sei jedoch, „bezahlbaren Wohnraum“ zu schaffen. Ähnlich äußerten sich auch Sprecher der Grünen und der FDP.

Das betreffende Gebiet reicht von der Weberstraße bis zum Bruchweg in Darum und vom Fernmeldeturm auf dem Schinkelberg bis zur Mindener Straße. Die vorhandenen Siedlungsgebiete sind nicht Gegenstand der Untersuchung. Insgesamt wird die Fläche auf eine

Größe von knapp 400 Hektar geschätzt. Die exakte Zahl war in der Ratssitzung noch nicht bekannt, weil die Verwaltung ursprünglich ein kleineres Gebiet ausgewählt hatte.

Doch der Verwaltungsausschuß, der vor der Ratssitzung tagte, hatte sich für eine Vergrößerung des Planbereichs ausgesprochen, „um alle Möglichkeiten einer städtebaulichen Entwicklung offenzuhalten“.

Für die Bebauung mit Wohnungen ist ein Gebiet mit ca. 120 Hektar Größe im Gespräch, für Gewerbeansiedlungen mit ca. 60 Hektar. Ob es tatsächlich zur Bebauung so großer Flächen kommt, ist nach Auskunft der Planer vom Ausgang der Untersuchungen abhängig.

An der Ausweisung so großer Bereiche besteht deshalb Interesse, weil der Bau eines neuen Siedlungskerns ins Auge gefaßt wird: Statt der flächenzehrenden Einfamilienhausbebauung wird eine Verdichtung angestrebt. Sie soll weniger Grund und Boden verbrauchen, weniger Energie erfordern und weniger Verkehr verursachen. Vorhandene Einrichtungen wie das Schulzentrum an der Windthorststraße sollen genutzt werden, weitere neu entstehen.

In der Verwaltungsvorlage für die gestrige Sitzung heißt es: „Wie kaum an anderer Stelle im Stadtgebiet wären Wohnen, Arbeiten und Naherholung so günstig miteinander zu verbinden, bei gleichzeitiger funktionaler Eingliederung des neuen Stadtteils in die bestehende gebaute Stadtstruktur und das System der grünen Finger.“ (rl)

Altenheim und Heimaufsicht

In Rahmen der Fortbildungsreihe für ehrenamtliche Betreuer findet am Donnerstag, 9. Januar, 19 Uhr, im Haus der Caritas, Johannisstr. 91, ein Informationsabend zum Thema „Hund und Altenheim - Heimaufsicht“ statt. Die Veranstaltung ist kostenlos.

Yoga-Kurse

Das Gesundheitszentrum beginnt am Dienstag, 10. Januar, im Musikraum der Grundschule „In der Wüste“, Kronschöderstraße 31, zwei zweistündige Yoga-Kurse. Kursus I für Anfänger beginnt um 18 Uhr, Kursus II für bereits Yogapraktizierende um 19.45 Uhr. Anmeldung und weitere Informationen unter Telefon 58 90 44.

Ein neuer Stadtteil für 6000 Menschen oder mehr

Rat stellte die Weichen - Pläne nehmen Gestalt an: Zentrum zwischen der Nordstraße und dem Strothmannsweg

Noch weiden die Köpfe am Strothmannsweg, und auf den Äckern wächst der Mais. Doch schon in wenigen Jahren wird dieses Idyll nur noch in der Erinnerung bestehen. Am Schinkelberg soll ein neuer Stadtteil für 6000 Menschen oder mehr entstehen. Im Stadtplanungsausschuss gibt es schon relativ detaillierte Konzepte. Auf den Entwürfen stehen allerdings auch noch einige Fragezeichen.

Eine grundlegende Entscheidung hat der Rat vor kurzem getroffen: Der neue Stadtteil zwischen Schinkel und

Greteck soll nicht an die vorhandenen Siedlungsgebiete angebunden werden, sondern eine selbständige Einheit bilden. Dazu gehört ein eigenes Zentrum mit einer Schule, mit Geschäften und anderen Einrichtungen, die überflüssige Wege vermeiden sollen.

Welche Flächen für Wohn-

Stadtlima nicht beeinträchtigen

mungen und Betriebe zu reservieren sind, ist inzwischen relativ klar definiert. Die Planer sprechen von einer verdichteten Bebauung, da die knappen Flächenreserven in Osnabrück einen sparsamen Umgang mit Grund und Boden erforderlich machen. Nach Auskunft von Stadtbaurat Jörg Ellinghaus steht allerdings noch nicht

fest, wie und wo wir verdichten. Deshalb sagen die aktuellen Pläne auch noch nichts über die Grundstücksausnutzung und die Geschosshöhen aus.

Es ist allerdings gewollt, daß sich die Baumasie im neuen Zentrum konzentriert. Dieses Zentrum soll etwa dort liegen, wo heute der Daumeyersweg verläuft, also zwischen der Nordstraße und dem Strothmannsweg. Trotz der beachtlichen Verdichtung wollen die Planer Fußwegverbindungen und Grünzonen schaffen, damit aus dem neuen Stadtteil keine Betonwüste wird.

Noch ist offen, ob die Windthorstraße und des Gretecker Weg weiterhin für den Autoverkehr geöffnet bleiben oder ob es zu Sperrungen kommt. Ein wichtiges Ziel der Planer ist jedenfalls die An-

bindung des öffentlichen Nahverkehrs: Der neue Stadtteil soll konsequenter als andere verkehrsbereitigt werden. An die Stützwerke erging deshalb der Auftrag, nach dem sogenannten Öko-Szenario vorzugehen. Im Verkehrsentwicklungsplan für das übrige Stadtgebiet hatte sich der Rat für

„Öko-Szenario“ für den Nahverkehr

das weniger einschneidende „Trend-Szenario“ entschieden.

Gegenüber dem ersten Überlegungen vor einem Jahr wurde die ausgewiesene Fläche im Konzept verringert. Nach Auskunft von Planungsamtsleiter Franz Schürings sind wesentliche Landschaftsbestandteile als schutzwürdig eingestuft worden. Ein Grund dafür ist das Stadtklima, das durch die Bebauung nicht ungünstig be-

einflußt werden soll. Deshalb sieht das Konzept vor, die Fläche im Osten des Schinkeler Friedhofes nicht anzustreben, damit Flächenbeschneidungen erhalten bleiben.

Aufgegeben wurde auch der Plan, das Bornhögefeld zu bebauen. Dort erwarten die Archologen - Bodendenkmale, weil das Tal des Belmer Bachs als uralte Siedlungszone gilt. Ein weiterer Grund, der die Planer zur Zurückhaltung veranlaßt, war der Wasserhaushalt. Wo jedoch gebaut wird, gilt der Grundsatz, daß das Regenwasser möglichst im Boden versickern soll.

In einem Pressegespräch machten Amtsdirektor Schürings und Stadtbaurat Ellinghaus deutlich, daß alle Kleingartensanlagen im Plangebiet erhalten bleiben sollten. An zwei Stellen würden sogar neue Flächen für die Laubepfleger ausgewiesen. Auf der Suche nach schutzwürdigen Biotopen seien die Planer

allerdings nicht fündig geworden.

Zahlreiche Untersuchungen wurden im vergangenen Jahr gestartet und teilweise auch schon abgeschlossen. Dazu gehören Gutachten zum Lärmschutz und zur Naherholung, außerdem Kapazitätsmessungen für das Abwasseretz.

Zusätzliche Flächen für Kleingärtner

Nach Auskunft von Christoph Jabs, dem scheidenden Abteilungsleiter für vorbereitende Bauleitplanung, sind in der Zwischenzeit erste Gespräche mit Grundeigentümern geführt worden. Dabei gehe es auch um die Bereitschaft, Flächen zu veräußern. Als Käufer kämen vor allem private Investoren in Betracht. Jabs wies darauf hin, daß die Stadt an einer „breiten Streuung“ interessiert sei. (H)



Sarah acht Minuten vor Kathrin

Das erste im neuen Jahr geborene Baby erblickte in den frühen Morgenstunden das Licht der Welt. Um 5.42 Uhr wurde die kleine Sarah Rieskamp (Foto) im Marienhospital geboren, brachte 3290 Gramm auf die Waage und mißt 50 Zentimeter. Für Mutter Nicole Rieskamp lief alles „ganz normal“. Die Jahreswende feierte sie noch im Familienkreis, wenn auch durch Wehen ein wenig außer Kraft gesetzt. Um 2.20 Uhr brachte sie Ehemann Dirk Rieskamp ins Krankenhaus.

(Foto: Michael Hehmann)

Neue Busse und Wartehäuschen

Verkehrsbetriebe wollen investieren

Die Beschaffung weiterer Busse mit Niederflertechnik (wie berichteten) sowie das Errichten neuer Buswartehäuschen im Stadtgebiet stellen Investitionsvorhaben dar, die nach Meinung von Dr. Heino Schulz, dem Chef der Stadtwerke-Verkehrsbetriebe, im beginnenden Jahr vorrangig in Angriff genommen werden sollten.

Zwar werde der Finanzplan für 1995 erst im Januar verabschiedet, aber für die Busbeschaffung seien in Absprache mit dem Stadtwerke-Ausschuss bereits sechs Millionen Mark bereitgestellt worden, so Schulz. Die nächste Lieferung der neuen Busse, deren Ein- und Ausstieg mit Hilfe eines Hydraulik fast bis auf die Höhe der jeweiligen Bordsteinkante abgesenkt werden können, erfolgt bereits im Januar.

Der Verkehrsexperte verwies auf den mit 6,28 Milliarden Mark gut gefüllten Topf für Mittel nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG), aus dem der Bund die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden fördert. Im Rahmen eines zwi-

schigen Bund und Ländern vereinbarten finanziellen Gesamtkonzeptes stehen dann aber ab 1997 nur noch rund drei Milliarden Mark an GVFG-Mitteln zur Verfügung. „Daher müssen wir die Chance in den nächsten zwei Jahren beim Schopf ergreifen“, sagte Schulz.

Über die Verteilung der Mittel in Niedersachsen aber entscheide allein das Land, und die Konkurrenz durch andere Städte und Gemeinden sei sehr groß. Nach den Worten des Stadtwerke-Managers besteht außerdem die Gefahr, daß ein beträchtlicher Teil der Fördermittel zur Finanzierung der Weltausstellung „Expo 2000“ in Hannover verwendet wird. „Für Osnabrück ist es daher sehr wichtig, daß wir rechtzeitig berücksichtigt werden, denn ab 1997 wird es ganz schwierig“, so Schulz.

Neben der Umstellung auf die neue Busgeneration schwebt ihm der Aufbau von zeitgemäßen und praktischen Buswartehäuschen vor, denn: „Nicht nur die Fahrzeuge, sondern auch das ÖPNV-Umfeld müssen für alte und neue Kunden attraktiv sein.“ (H)



Autofahrer erlitt tödliche Verletzungen

Ein 69-jähriger Autofahrer wurde gestern um 13.20 Uhr bei einem Unfall auf der Langericher Landstraße tödlich verletzt. Nach Auskunft der Polizei steuerte der Mann seinen Fiat stadteinwärts, als er in Höhe Hasberger Weg eine Fußgängerin streifte und an-

schließend frontal auf der Gegenfahrbahn mit einem Opel zusammenstieß. Die Fußgängerin und die drei Insassen des entgegenkommenden Fahrzeugs erlitten leichte Verletzungen, der Unfallfahrer starb. Trotz des Schneefalls sei die Fahrbahn nicht glatt gewesen.

berichtet die Polizei. Als Ursache vermutet sie Alkoholeinfluß, da der Fiatfahrer nach Zeugenaussagen vor dem Zusammenstoß Schlangenlinien gefahren sei. Auch überhöhte Geschwindigkeit sei nicht auszuschließen. (Foto: Michael Hehmann)

NOZ

Erstmals Ozonalarm in Niedersachsen

Tempolimits bis Samstag abend - Rekordwert von 244 Mikrogramm in Lingen gemessen

Hannover, 5. 5. (AP/dpa) Zum ersten Mal in seiner Geschichte hat Niedersachsen am Freitagnachmittag Ozonalarm ausgelöst. Vorerst bis Samstag, 20 Uhr, gelten damit landesweit Tempolimits von 90 Stundenkilometern auf Autobahnen und 80 Stundenkilometern auf den sonstigen Straßen.

Auch Bremen und Bremerhaven schlossen sich den Geschwindigkeitsbeschränkungen an. Bundesweit trieb das

Hoch „Raphael“ zum Wochenende mit den Temperaturen auch die Ozonwerte in die Höhe. Da das sonnige Wetter noch bis Sonntag andauern soll, könnten die Werte am Wochenende weiter steigen.

Das niedersächsische Verkehrsministerium löste den Alarm um 16 Uhr aus, nachdem an den Meßstationen Lingen, Nordenham und Cloppenburg bei austauscharmer Wetterlage Konzentrationen von mehr als 215 Mikrogramm Ozon pro Kubikmeter

Luft verzeichnet worden waren. Ein Rekordwert von 244 Mikrogramm wurde in Lingen gemessen. Nach der im September 1994 vom Bremer Senat beschlossenen Sommermogverordnung wird der Ozonalarm für den Stadtstaat bei einer entsprechenden Anordnung für Niedersachsen automatisch ausgerufen.

Auch anderswo im Norden und der Mitte Deutschlands wurde die Meldegrenze von 180 Mikrogramm überschritten. In Hessen, das im vergan-

genen Jahr als erstes Bundesland Tempolimits bei hohen Ozonwerten eingeführt hatte, rechneten die Experten nach Angaben des Wiesbadener Umweltministeriums vorerst nicht mit Ozonalarm. In dem Bundesland wird der Alarm ausgelöst, wenn die Konzentrationen an drei, mindestens 50 Kilometer voneinander entfernten Stationen 215 Mikrogramm erreichen. Zudem muß eine stabile Hochdrucklage herrschen.

Bei der Einhaltung der Ge-

schwindigkeitsbegrenzung kann nach Angaben des Verkehrsministeriums in Hannover nur an die Einsicht der Autofahrer appelliert werden. Die Polizei dürfe keine Bußgelder verhängen, weil eine bundeseinheitliche Regelung fehle und es keine amtlichen Verkehrszeichen für ozonbedingte Tempolimits gebe. Nach Angaben des niedersächsischen Innenministeriums wird die Polizei Raser halten, befehlen und ermahnen, langsamer zu fahren.

Derzeit bemühen sich sechs Länder um eine einheitliche Ozonverordnung noch für diesen Sommer. Verhandlungen darüber laufen zwischen Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Hessen, teilte eine Sprecherin des niedersächsischen Umweltministeriums mit. Im Gespräch seien Tempolimits ab einem Ozonwert von 180 Mikrogramm je Kubikmeter Luft und Fahrverbote ab 240 Mikrogramm Ozon.

Wiese, Weide, Brache, Kahlschlag

Bitte Nummer eintragen!	Strukturen in der Fläche	Pflanzen und Tiere	Nutzung und Gefährdung
Kartiergebiet	Typ der Grünlandfläche	Gehölze in der Fläche	Nutzung der Fläche
Datum der Kartierung	Ungenutzte Fläche, Brache	Einzelne Bäume vorhanden	Keine Nutzung erkennbar
Kartierer (Kürzel)	Ungenutzte Fläche, Trockenrasen	Einzelne Büsche vorhanden	Extensive Beweidung
Eigentümer /Pächter	Restfläche in offener Landschaft	Auch Busch- / Baumgruppen	Schaf- / Ziegenbeweidung
	Restfläche in Siedlung u. ä.	Regelmäßige Pflanzung	Kühe, Schweine u. ä.
	Extensiv genutzt, Magerrasen	Als aufkommende Verbuschung	Pferdeweide
	Extensiv genutzt, Naßwiese	Neuaufforstung	Extensive Mahd, Streuwiese
	Röhrichtfläche	Teilweise fremde Arten	Ein- bis zweischürige Mahd
	Wiese oder Weide	Nur/ überwiegend fremde Arten	Intensive Mahd
	Kahlschlag	Obstbäume	Viehauftrieb nach Mahd
	Feuchtehaushalt der Fläche	Nicht vorhanden	Nutzung der Gehölze
Länge in Metern	Naß/überstaut (Naßwiese)	Niedrigstamm-Obstbäume	Korbflechtereie
	Feucht (Feuchtwiese)	Hochstamm-Obstbäume, jung	Obsternte
Breite in Metern	Ohne besondere Prägung	Hochstamm-Obstbäume, älter	Gefährdungen
	Trockene Prägung	1 Art vorhanden	Müll- / Schuttablagerungen
Lage in der Landschaft	Extrem trockene Prägung	Mehrere Arten vorhanden	Starker Betritt, Tourismus
Lage im Talinnenraum	Mit feuchten Senken	Obstbäume pflegebedürftig	Schäden durch Befahren
Lage am Talrand	Relief der Fläche	Kopfbäume	Trittschäden durch Vieh
Hanglage, schwach geneigt	Eben	Nicht vorhanden	Flammen der Krautschicht
Hanglage, stark geneigt	Leicht gewellt	Wenige vorhanden	Verbißschäden an Bäumen
Hanglage, steil	Stärker gewellt, bewegt	Mehrere vorhanden	Stromleitung über Fläche
Hügelkuppenlage u. ä.	Kleinstrukturen in der Fläche	Kopfbäume pflegebedürftig	Technische Sichthindernisse
Lage auf Hochebene	Vegetationsfreie Stellen	Krautpflanzen	Düngung auf Magerstandorten
Ebene Lage ohne Berg/ Tal	Stein- / Sandhaufen	Hochstauden	Entwässerung
Offene Landschaft	Felsbereiche	Einjährigenflur, Ruderal	Besondere Bedeutung
	Abbruchkanten	Gräserreiche Gesellschaft	Erlebnisfläche für Kinder o. ä.
	Totholzablagerungen	Mit größerem Blütenanteil	Mit Erholungseinrichtungen
	Röhrichtflächen vorhanden	Seggenried	An Wander- /Radweg
	Gräben ohne Randstreifen	Mit einzelnen Seggen/ Binsen	Gehölzbestand ortsrandbildend
	Gräben mit Randstreifen	Sumpfdotterblume dominierend	Nur in Karte:
	Breite Gräben und Randstreifen	Andere Feuchtgesellschaft	● Fettwiese, artenarm, eben, ohne Strukturen (hellgrün flächig).
		Trockengeprägte Gräserflur	● Fettwiese, wie oben, mit Umpflügen (hellgrün, flächig, Pflugrichtung).
		Heide	

Medien zum Stadtklima

3April 1995

Begleittext zum Video DAS WETTER IST MENSCHENWERK; STADTKLIMATOLOGIE
28 min (Kuttler)

0:38 - 4:04	Wintersmog
4:05 - 5:30	Inversionswetterlage/ Hochdrucklage
5:31 - 7:01	Flächenversiegelung; Stadtwachstum - Windbeeinflußung; Stadtklima: Charakteristika
7:02 - 9:56	Regionale Einflüsse auf Stadtgebiete - Meßverfahren; Meßprofile; Auswertung der Messungen
9:57 - 11:40	Rechnerunterstützte Fernerkundung; Thermalluftbilder
11:41 - 13:15	Faktoren und Unterschiede städtischer Temperaturen am Beispiel Dortmund
13:16 - 14:40	Stadtklima im Winter; Auswirkungen auf die Vegetation
14:40 - 17:30	Sommer in der Stadt; Wärmegewitter, Bodenversiegelung - Oberflächenabfluß, Regensammler
17:31 - 19:50	Luftbewegungen in der Stadt; Sodar-Verfahren
19:50 - 22:30	Turbulenzen; Frischluftzufuhr durch Kaltluftabfluß - Flurwinde
22:30 - 23:38	Strukturplanung; Anwendung der stadtklimatologischen Erkenntnisse
23:39 - 26:15	Interview zum Thema: Städtebau unter stadtklimatologischen Aspekten
26:16 - 28:35	Interessenskonflikte; Resumee

Zu finden unter dem Verzeichnis: Geo/home/rniederero/public/sklima
Kopierrechte für alle Geo - User

Wilhelm Kuttler:

Das Wetter ist Menschenwerk - Stadtklimatologie, eine neue Wissenschaft

Videotext

Achtung, Achtung, verehrte Mitbürger - hier spricht die Polizei! Die derzeitige Wetterlage hat eine Anreicherung der Atemluft mit gesundheitsschädigenden Abgasen bewirkt. Der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales hat deshalb Smogalarm der Stufe III für diesen Bereich des Stadtgebietes ausgelöst. Ab sofort ist die Benutzung von Kraftfahrzeugen im Sperrbezirk generell verboten. Bitte, benutzen Sie die öffentlichen Verkehrsmittel! Bitte, achten Sie auf aktuelle Meldungen durch Rundfunk - WDR II -, Fernsehen und Presse! Ende der Durchsage.

Was hier über der winterlichen Stadt den Horizont färbt ist kein unschuldiger Sonnenuntergang, sondern die weithin sichtbare Schadstoffglocke über dem Ruhrgebiet. Zwar haben in den letzten 20 Jahren die Maßnahmen zum Umweltschutz und zur Luftreinhaltung zu spürbaren Erfolgen geführt - im Ruhrgebiet ist die Schadstoffbelastung um bis zu 80 % zurückgegangen -, dennoch gehört ein erhebliches Maß an gutem Willen dazu, diesen Januar-Himmel über Rhein und Ruhr als blau zu empfinden.

Früher sagte man im Ruhrgebiet: „Wenn's stinkt, geht's uns gut!“

Heute ist diese Redensart fast vergessen. Man weiß inzwischen, daß Luftverunreinigungen und Umweltverschmutzung nicht die notwendige und gleichsam schicksalhafte Begleiterscheinung einer prosperierenden Wirtschaft sein müssen. Jedoch, daß die Schadstoffwerte im Ruhrgebiet sich von denen anderer Ballungsräume inzwischen nicht mehr unterscheiden, bedeutet bestenfalls: die Belastung ist hier genauso hoch wie andernorts.

An diesem Tag, im Januar '87, beginnt der blaue Himmel über der Ruhr in ca. 800 m Höhe - oberhalb einer Schicht, die die ganze Region überdeckt. In den 800 Metern darunter wird die Luft dicker - von Stunde zu Stunde. Was am Ende dabei herauskommen kann, nennt man Smog - von englisch „smoke“ für Rauch und „fog“ für Nebel.

Professor Kuttler, Landschaftsökologe an der Essener Universität, beschäftigt sich mit diesem Phänomen im Rahmen seiner Untersuchungen zu den besonderen klimatischen Verhältnissen in Ballungsräumen:

Smog ist eine lufthygienisch bedenkliche Situation. In der unteren Atmosphäre sammeln sich hierbei Abgase und Stäube sichtmindernd an. Für die Entwicklung von Smog sind zwei Dinge verantwortlich:

1. die Vorbelastung der Atmosphäre durch Emissionen aus dem Hausbrand, dem Kraftfahrzeugverkehr und der Industrie und
2. eine austauscharme Wetterlage.

Eine solche austauscharme Situation ist meist verbunden mit dem Vorherrschen einer Hochdruckwetterlage. Ein stabiles Hochdruckgebiet führt in Bodennähe zu Windarmut und in der Höhe zur Ausbildung einer thermostabilen Sperrschicht, einer sog. Temperaturinversion.

Wie kommt es dazu?

Wenn am Tage die Sonne scheint, erwärmt sich der Erdboden, der einen Teil der Wärme wieder an die über ihm liegenden Luftschichten abgibt. Unten ist es dabei - klar - wärmer als oben. Nach Sonnenuntergang kühlt der Erdboden rascher ab als die erwärmte Luft. Das kann unter bestimmten Bedingungen dazu führen, daß sich der Temperaturverlauf umkehrt und es unten kühler wird als oben. Daher der Name „Inversion“.

Normalerweise wird diese nächtliche Inversion am nächsten Tag durch Sonne und Wind wieder aufgelöst, und es kommt zu einem Austausch zwischen den verschiedenen Luft-

schichten. Es kann aber auch anders kommen: Im Winter z. B., wenn die Sonne weniger stark strahlt und es dann auch noch windstill ist, bleibt die Inversionsschicht erhalten und verhindert das Entweichen der bodennahen Schadstoffe.

Es sieht trübe aus im Verhältnis zwischen den weiterwachsenden Städten und den immer gleichen physikalischen Gesetzen, nach denen die Vorgänge in der Atmosphäre ablaufen. Das Wachsen der Städte bedeutet nämlich eine zunehmende „Versiegelung des Bodens“ - wie die Klimaforscher es nennen, wenn anstelle von Wald und Wiese Beton und Asphalt treten -, was die Temperaturentwicklung beeinflusst. Hinzu kommt, daß die Städte nicht nur in die Breite, sondern auch in die Höhe wachsen und sich dadurch die Windverhältnisse ändern, was den Luftaustausch behindert. Klimaforscher sprechen angesichts der weitreichenden Einflüsse, den Großstädte innerhalb einer Region ausüben, von einem eigenen Stadtklima. Professor Kuttler:

Die stadtklimatologischen Strukturen treten insbesondere bei Schönwetterperioden deutlich in Erscheinung. Während im Umland die Geländegestalt, die Morphologie, dafür verantwortlich ist, daß sich während solcher Wettersituationen die bodennahe Luftschicht verändert, sind es in der Stadt die Baubestandsdichte, die hohe Versiegelungsrate und auch die fehlende Vegetation, die das Stadtklima ausmachen.

Unter den zahlreichen Veränderungen der Klimatelemente ist insbesondere die Lufttemperatur erhöht und die relative Luftfeuchtigkeit erniedrigt. Aus der Überhöhung der Lufttemperatur heraus resultiert für den gesamten Stadtkörper während solcher Wetterlagen eine aufwärtsstrebende Luftbewegung, die in der Höhe dann die Warmluft über der Stadt abführt und vom Umland dann die kühleren Luftschichten nachziehen läßt.

Seit 1970 analysiert der Kommunalverbund Ruhrgebiet mit Sitz in Essen die Wechselwirkungen von regionalem Freiraum und verbauten Flächen. Er legte inzwischen Klimanalysen mehrerer Städte an Rhein und Ruhr vor - darunter Duisburg und Hagen, Essen und Dortmund. Seine sog. synthetischen Klimafunktionskarten lieferten konkrete Planungshinweise für ein besseres Stadtklima. Neben stationären Messungen bildet die mobile Meßtechnik das Rückgrat einer Klimaanalyse.

Sogenannte Meßkampagnen - Meßfahrten auf verschiedenen Routen durch das gesamte Stadtgebiet - erfassen die klimaspezifischen Daten über große Flächen hinweg. An der Ruhr bedeutet das neben dem hochverdienten Innenstadtbereich mit seinen Wohn- und Geschäftsgebieten auch die Vermessung der Talauen im Süden und des vorwiegend industriell genutzten Nordens.

An jedem der ca. 80 Meßpunkte werden die Daten von Schadstoffbelastung, Lufttemperatur, Feuchte, Windgeschwindigkeit und Windrichtung registriert. Die Meßbesatzung wertet anschließend die Datensammlung nach Klimatelementen gesondert aus. So entstehen Profile, aus denen die Unterschiede zwischen den einzelnen Meßpunkten deutlich werden.

Die Reihe der Temperaturmessungen zeigt deutliche Abweichungen, die allein aus der Geländegestalt heraus nicht erklärbar sind. So weisen alle Meßpunkte im Innenstadtbereich eine deutlich erhöhte Temperatur auf gegenüber den Vergleichsmeßpunkten im Umland. „Überwärmung“ nennt der Fachmann dieses „Stadtfieber“.

Der Einsatz moderner Elektronik gestattet eine rasche Verknüpfung der Meßwerte mit dem kartographischen Archiv, das der Kommunalverband Ruhrgebiet in seinen Datenbanken gespeichert hat.

Ein erstes Fazit: Flächennutzung und Bebauung spielen eine größere Rolle für den Temperaturhaushalt als das natürliche Bodenrelief.

Ein anderes effektives Werkzeug, mit dessen Hilfe die Klimatologen das Phänomen der städtischen Überwärmung beobachten, ist die rechnerunterstützte Fernerkundung.

Tatsächlich kann man die thermische Struktur einer ganzen Stadt aus der Luft besser erfahren als vom Boden aus. Ein Scanner, der durch die Bodenöffnung eines Flugzeugs die Erdoberfläche zeilenweise abtastet, liefert mit Hilfe von Eichstrahlen Werte, aus denen die jeweiligen Strahlungs- bzw. Temperaturwerte herausgelesen werden können. Noch an Bord des Flugzeugs setzt ein digitaler Bildprozessor die errechneten Daten in verschiedene Grautöne um. Je heller der Grauton, desto höher der Temperaturwert. Durch eine entsprechende Farbcodierung, in der die Farbe Rot für hohe, die Farbe Blau für niedrige Temperaturwerte steht, werden Thermalluftbilder erstellt, deren hohe Auflösung exakte Aussagen über die Oberflächentemperaturen auch feingliedriger Strukturen zulassen. Die Bilder sind Momentaufnahmen aus einem dynamischen Prozeß - Veränderung der Oberflächentemperaturen über einen Tag oder eine Nacht.

Die aussagekräftigsten Wärmebilder erhält man an den Extrempunkten des Tagesganges - gegen Ende der Aufheizung am Tage und gegen Ende der Abkühlung bei Nacht. Die unterschiedlichen Grade der Aufheizung bzw. der Abkühlung lassen Rückschlüsse auf die Wärmewirksamkeit unterschiedlicher Baustrukturen zu. Computersimulationen, die auf der Grundlage von Thermalbildern durchgeführt werden, erlauben eine kontinuierliche Darstellung der Faktoren, die die städtische Überwärmung bedingen.

Ein Straßenzug im Winter. Die Computersimulation zeigt die unterschiedlichen Abkühlungsraten der verschiedenen Elemente:

Blau erscheinen die bereits stark abgekühlten Freiflächen.

Hausfassaden strahlen noch relativ viel Wärme ab - an der roten und grünen Farbe erkennbar. Erst im Verlauf von Stunden kühlen die Häuser ab.

Das Verfahren ermöglicht Untersuchungen der thermischen Struktur einer ganzen Stadt - hier Dortmund - über den gesamten Tagesablauf. Wir beobachten eine sehr rasche Erwärmung der Industriegebiete. Rechts oben (im Bild des Videos) die Westfalenhütte, gefolgt von der hochverdichteten Innenstadt. Die charakteristische Form des Dortmunder Hafens - links oben (im Bild)- hingegen erscheint bis in die Phase der höchsten Aufheizung des Stadtgebiets blau.

In der Nacht kehren sich die Verhältnisse um: hier erscheint der Hafen rot, also wärmer als die Umgebung. Denn Wasser speichert die zugeführte Wärmemenge in der Tiefe und gibt sie nachts über die Oberfläche wieder ab. Auch die tagsüber stark aufgeheizte Innenstadt kühlt nachts nur langsam ab. Es bildet sich eine „Wärmeinsel“.

In welchem Maße die städtische Überwärmung zu einer Veränderung des Klimas beiträgt zeigt sich vor allem im Winter:

Gegenüber dem Umland reduziert sich die winterliche Frostperiode im Ballungsraum um bis zu 25%. Auch die Frostintensität vermindert sich. Die Anzahl der Stunden, die Minustemperaturen aufweisen, kann um bis zu 71% zurückgehen. Auch der Schnee liegt in den Städten kürzer. Im Jahresmittel um ca. 10 Tage. Im Jahresdurchschnitt liegen die Lufttemperaturen in Städten um etwa 1 ½ bis 2 Grad über denen des Umlandes. Diese Differenz reicht beispielsweise aus, die Vegetationsperiode zu verlängern und die Blütenphase vorzuverlegen. Während für die Pflanzen in der Stadt der Frühling bereits begonnen hat, läßt er im Umland zumeist noch eine bis zwei Wochen auf sich warten.

Die Klimamodifikation, die sich in den hochverdichteten Innenstädten ausprägt, schafft Lebensbedingungen, die sogar das Auftreten wärmeliebender Pflanzenarten begünstigt. So wird mitten im nordwestdeutschen Klimabereich das Stadtbild durch exotische Pflanzen verziert, die eine schwache, doch dankbar aufgenommene Erinnerung an den letzten Urlaub in südlichen Gefilden wachrufen:

Aber, was im Winter willkommen ist und was das Frühjahr um manche Annehmlichkeit bereichert, wird an heißen Sommertagen oft genug zur drückenden Qual. Vor allem aus-

tauscharme Wetterlagen unter stabilem Hochdruckeinfluß schaffen auf der Wärmeinsel Stadt bioklimatische Bedingungen, die den Bewohnern das schöne Wetter vergällen. Bei einer derartigen Wetterlage herrscht in den Innenstädten eine Schwüle, die bis zu 45% über der des Umlands liegt. Wenn hohe Luftfeuchtigkeit, Windstille und Überhitzung zum Klimastreß führen, wird noch jedes Provisorium zur mikroklimatischen Oase im nahezu vollversiegelten Stadtgebiet.

Wo die grüne Lunge fehlt, wird sie mit Hilfe einiger Pflanzenkübel simuliert. Im Notfall muß als Regenerationsfläche der Platz ausreichen, auf den man sich gerade noch setzen kann - gleichgültig, wo er sich befindet. Das hat dem Straßencafé - eigentlich eine eher in südlichen Breiten beheimatete Einrichtung - auch bei uns zu einer überraschenden Blüte verholfen - inmitten von Autoabgasen und Verkehrslärm.

Wärmegewitter, die über Städten häufiger sind als im Freiland, bringen in den seltensten Fällen die ersehnte Abkühlung. Die Schwüle ist nach Gewittern oft ebenso drückend wie zuvor. Der Grund hierfür liegt in der hohen Bodenversiegelung:

Niederschläge fallen in der Stadt auf künstliche Oberflächen und nicht auf natürlichen Boden, wo sie gespeichert werden und allmählich verdunsten könnten. Nur die Verdunstung aber ist es, die letztendlich die Lufttemperaturen senkt.

Von den versiegelten Flächen der Dächer, Straßen, Plätzen und Schienenanlagen fließt der Regen vollständig ungenutzt in die Kanalisation.

Eine Vorstellung von der Größenordnung der dem Verdunstungsprozeß entzogenen Niederschlagsmenge gibt der Sammler Nord der Düsseldorfer Kanalisation: hier fließen die Abwässer aus ganzen zwei Stadtteilen zusammen. Diese unterirdische Halle von 70 Metern Länge und 70 Metern Breite faßt drei Sammelbecken von je 5 Metern Tiefe. Bei ergiebigen Niederschlägen füllen sich alle drei Becken binnen einer halben Stunde mit beinahe 25 Millionen Litern Wasser.

Die städtische Überwärmung beeinflusst auch die Luftbewegungen in der Atmosphäre erheblich. Austauscharme Wetterlagen führen in der bodennahen Luftschicht über Städten zu komplizierten thermischen Verhältnissen, die u. a. durch Sondermessungen erforscht werden.

Die physikalische Grundregel erscheint zunächst einfach: Die starke Aufheizung der versiegelten Flächen erwärmt die bodennahe Luft und läßt sie aufsteigen. Dadurch entsteht am Boden ein Unterdruck, in den eigentlich kalte Frischluft nachströmen sollte. In Wirklichkeit aber erweist sich das labile Druckgebilde als um ein Vielfaches komplexer.

Ungewöhnliche Methoden mußten entwickelt werden, um das Verhalten der Atmosphäre über Stadt und Land beschreiben zu können und um den Einfluß atmosphärischer Schichtungen auf den Luftaustausch zu ermitteln.

Eines der ungewöhnlichsten Instrumente dürfte sicherlich das sog. Sounding Radar darstellen - abgekürzt Sodar. Mit diesem Gerät werden die Bewegungsvorgänge in der Atmosphäre gewissermaßen abgehört.

Das Sodar-Verfahren ist ein akustisches Meßverfahren. Es arbeitet analog zum Radar mit akustischer Energie. Wir haben drei Antennen, die nacheinander einen akustischen Impuls aussenden. Gemessen werden Energie und Frequenz des rückgeschleuderten Signals. Die eine Antenne ist senkrecht ausgerichtet - sie mißt die vertikalen Luftbewegungen -, die beiden anderen Antennen gestatten die Messung der Horizontalwindgeschwindigkeit.

Die Windgeschwindigkeiten können bis zu Höhen von mehreren hundert Metern gemessen werden. Zusätzlich zur Messung der Windgeschwindigkeit gestattet das Sodar die Feststellung von Inhomogenitäten in der Atmosphäre, z. B. Inversionen.

Die Beeinträchtigung der örtlichen Windverhältnisse ist der zweite wichtige Faktor, der zur Herausbildung eines eigenen Stadtklimas führt. Die Windgeschwindigkeiten werden generell durch die städtische Bebauung verlangsamt, während in den Straßenschluchten Böen und Turbulenzen sich häufen.

Im Windkanal lassen sich einige charakteristische Stadinflüsse auf das bodennahe Windfeld demonstrieren: Die städtische Bebauung verändert die Strömungsverhältnisse bis in mehrere hundert Meter Höhe. Während oberhalb dieser Grenzschicht die Strömung unbeeinflusst bleibt, unterliegt sie unterhalb Störungen durch den Reibungswiderstand, den die bebaute Oberfläche entgegengesetzt. Im Durchschnitt wird die Strömungsgeschwindigkeit verlangsamt

Ein anderes Phänomen sind die an Gebäuden verstärkt auftretenden Turbulenzen. Trennt sich etwa die Überströmung von den turbulenten Vorgängen in den Straßenschluchten, werden in Bodennähe nur die Abgase verwirbelt, während die Frischluft hoch über der Stadt das Weite sucht.

Bei austauscharmer Wetterlage und Windstille hängt die Frischluftversorgung einer Stadt allein davon ab, ob die über den versiegelten Flächen aufsteigende Warmluft genügend kalte Umlandluft nachsaugen kann.

Ein solcher Nachsoffeekt wird durch Kaltluftabflüsse im Umland begünstigt, die auch bei Windstille für eine permanente Bewegung in der bodennahen Atmosphäre sorgen.

Die Raubbombendemonstration verdeutlicht den Sog, den die talwärts abfließende Kaltluft erzeugt:

Kaltluftabflüsse, die auch bei geringfügiger Boden­neigung entstehen, sind für die Frischluftversorgung einer Stadt von unschätzbarem Wert. In vielen Fällen allerdings wird diese Chance durch unüberlegte Aufforstung bzw. unverantwortliche Bebauung zunichte gemacht.

Die Förderung der Austauschprozesse zwischen Stadt und Land steht nicht zufällig im Zentrum der Planungshinweise, die sich aus den stadtklimatologischen Untersuchungen des Kommunalverbandes Ruhrgebiet ergeben. Denn die Flurwinde sind nicht nur wichtige, sondern auch sehr sensible Gebilde. Professor Kuttler:

Im Idealfall strömen die Flurwinde von allen Seiten in das Stadtgebiet ein. Damit versorgen sie es mit Frischluft. Aufgabe der Stadtklimatologie ist es, dafür zu sorgen, daß solche Frischluftschneisen ausfindig gemacht werden. Aufgabe der Planung ist es, daß solche Ventilationsbahnen nicht verbaut werden.

Auf einer synthetischen Klimafunktionskarte wurde diese Planungshinweiskarte entwickelt. In einer solchen Planungshinweiskarte sind die unterschiedlichen Stadtstrukturen, wie z. B. hier der hochverdichtete Stadtinnenbereich, dargestellt; darüberhinaus sind die weniger verdichteten Strukturen eingezeichnet, und auch z. B. Regenerationsflächen, die dafür sorgen, daß die Stadt mit Frischluft versorgt werden kann.

Aus der synthetischen Klimafunktionskarte und der Planungshinweiskarte resultieren Forderungen für die Stadtplanung, z. B. in einer Entflechtung der hochverdichteten Innenstadtbereiche. Darüberhinaus ist es notwendig, daß der Austausch zwischen Stadt und Umland während austauscharmer Wetterlagen in Bewegung gerät. Dies sind für die Stadtplanung wichtige Ziele, die aus den klimatologischen Untersuchungen abgeleitet werden müssen.

Die neue Wissenschaft der Stadtklimatologie hat zur Wiederentdeckung eine Reihe alternativer Planungsansätze geführt, die im Laufe der Zeit der realen Stadtentwicklung zum Opfer fielen.

1912 gab es eine große Städtebau-Ausstellung in Düsseldorf. Nahezu alle Städte im Deutschen Reich hatten sich an dieser Ausstellung beteiligt - auch die Stadt Essen. Die Stadt Essen fiel besonders auf durch neue Projekte für neue Wohnviertel, die nicht nur einfach Häuser aneinandergereiht hatten, sondern, die versucht haben, Landschaft in die Stadt hineinzubekommen, die den Versuch gemacht haben, unter stadthygienischen, stadtklimatischen Gesichtspunkten neue Wohnviertel mitten in der Stadt zu erschließen. Das Essener Moltke-Viertel ist nach diesen Plänen gebaut worden und ist ein hervorragendes Beispiel für die Berücksichtigung neuer Aspekte aus der damaligen Zeit in der Stadtplanung.

Die Bauweise, die im Essener Moltke-Viertel realisiert werden konnte, weckte zu ihrer Zeit große Hoffnungen auf eine zukünftige städtebauliche Entwicklung, die sich vom Schreckensbild Metropolis abgrenzen sollte. Die Integration von Natur in die Stadt, die Auflösung der verdichteten Stadtstruktur in eine Stadtlandschaft, ist also eine Zielvorstellung, die in der städtebaulichen Diskussion eine lange Tradition besitzt. Allerdings müssen - damals wie heute - Empfehlungen für eine Klimaverbesserung im Ballungsraum auch die Druckverhältnisse einkalkulieren, die sich mit den gesellschaftlichen Gegebenheiten verbinden.

Stadtentwicklung hat auch etwas mit Grundstückspreisen zu tun, mit Standortvorteilen für die Industrie und mit einer raumgreifenden Verkehrsplanung für die Individualität auf Rädern.

Die Realität der Entwicklung der Städte ist eine ganz andere gewesen. Nicht nur der Wiederaufbau hat die alten Formen von Stadt wiederaufgenommen - die alten Grundrisse wurden letztendlich auch als Stück Erinnerung beibehalten. Aber ich glaube, die Zwänge der Verwertung von Stadt waren sehr viel stärker als die Versuche, mit Reformen diese Stadt überwinden zu können.

Die Stadt hat sich weiter verdichtet. Der Verbrauch von Stadt hat immer schnellere Umsatzformen angenommen, und insofern haben heute die Versuche, Stadtklima als einen wichtigen Faktor ..., um Lebensverhältnisse überhaupt in der Stadt sichern zu können, ... einen neuen Stellenwert und eine neue Bedeutung in einer Situation bekommen, wo man fast hoffnungslos ankämpfen muß gegen die zunehmende Zerstörung von städtischen Lebensverhältnissen.

Ob die neue Bedeutung der Stadtklimatologie auch von den Verantwortlichen bereits voll realisiert wurde, daran sind allerdings Zweifel angebracht.

Allem wissenschaftlich-technischen Aufwand zum Trotz scheint der kurzfristig gewonnene ökonomische Vorteil auch hier den Gedanken an den langfristig zu erwartenden ökologischen Schaden zu verdrängen.

Haben am Ende die mühsam errechneten synthetischen Klimafunktionskarten und die aus ihnen abgeleiteten Planungshinweise lediglich eine Alibifunktion? Eine Frage, mit der sich der Kommunalverband Ruhrgebiet gerade mal wieder auseinandersetzen muß. Seine Klimaanalyse der Stadt Dortmund sah als Planungshinweis für die Wärmeinsel Innenstadt eine Frischluftschneise im Raum Östel vor. Im gleichen Raum jedoch - einer Freifläche neben der Hochschule - will die Stadt Dortmund ihr Technologiezentrum ausbauen.

Die Klimaforscher raten dringend, diesen Raum von jeglicher Bebauung freizuhalten, wenn die Stadt nicht in ihrem eigenen Mief ersticken soll. Wir haben die Wahl, ob wir im Dickicht unserer Städte wieder zu erträglichen Klimaverhältnissen zurückfinden, oder ob der Smogalarm von der Ausnahmesituation zur Regel wird.

Die Smogwarnung: Der Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft des Landes Nordrheinwestfalen gibt bekannt: In Teilen Nordrheinwestfalens ist es aufgrund der augenblicklichen Wetterlage zu einer Zunahme der Luftverschmutzung

gekommen. Es ist daher für das Smoggebiet II - das mittlere Ruhrgebiet - die Vorwarnstufe ausgerufen worden. Die Bevölkerung wird gebeten, alles zu unterlassen, was in besonderem Maße zur Luftverschmutzung beitragen kann. Die Benutzung von Kraftfahrzeugen sollte soweit wie möglich eingeschränkt werden.

(Verschriftung der Tonaufzeichnung Vera Lange)

Untersuchungsmethoden der planungsorientierten Stadtklimatologie

- Geländebeobachtung (Plausibilitätsprüfungen, Analogieschlußbetrachtungen)
- Datenerfassung im Rahmen von Sondermeßnetzen (Lufttemperatur, relative Luftfeuchtigkeit, Windrichtung, -geschwindigkeit, Luftschadstoffe)
 - Stationäre Messungen (Klimastationen)
 - Mobile Messungen (Meßfahrzeuge, Meßgänge)
 - Aufnahme von Vertikalprofilen (Fesselballonsonden, SODAR)
 - Nachweis bodennaher Strömungssysteme
 - Visuell (Rauchkerzen, Driftballons)
 - Meßtechnisch (Thermisches Anemometer; Tracer, z.B. Schwefelhexafluorid [SF₆])
- Ermittlung der Oberflächenausstrahlungstemperaturen mittels IR-Thermographie
- Einsatz von Modellen
 - Numerische Modelle (Nachweis dynamischer, thermischer, aktinischer, human-physiologischer Bedingungen; lufthygienische Ausbreitungsrechnungen)
 - Physikalische Modelle (Wasser-, Windkanal)

Zusammenstellung: W. Kutler, GR 45 (1993) H. 2, S. 96

ARCHITEKTEN · BDA · INGEBORG SPENGELIN · PROFESSOR FRIEDRICH SPENGELIN UND PARTNER

HABICHTSHORSTSTRASSE 12
30655 HANNOVER-BUCHHOLZ
TELEFON (0511) 695001
TELEFAX (0511) 6966778

*erhalten von der
BEC am 04.05.95*
lso

28.04.95

VORBEREITUNG EINER STÄDTEBAULICHEN ENTWICKLUNGS-MASSNAHME IN OSNABRÜCK SCHINKEL-OST/GRETESCH

HIER: STÄDTEBAULICHES RAHMENKONZEPT

Auftraggeber:

Deutsche BauBeCon AG
Geschäftsstelle Osnabrück

ERLÄUTERUNGSBERICHT

1. Dienstliche Veranlassung

Umfangreiche Voruntersuchungen und Vorüberlegungen der städtischen Ämter, insbesondere des Stadtplanungsamtes Osnabrück, fanden ihren ersten zusammenfassenden Niederschlag in der Schrift **Osnabrück bis zum Jahr 2010**, Materialien zur Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes für die Stadt Osnabrück (März 1994).

In Auswahl der dort aufgezeichneten Leitbilder und alternativen Entwicklungsmodelle erfolgte die Darstellung eines **Bauflächenkonzeptes** (Siedlungsstrukturkonzept), das einen Schwerpunkt für Wohnflächen und Arbeitsstätten im Osten der Stadt, nördlich der Bahntrasse nach Hannover, vorsieht.

Als Grundlage für weitere konkretisierende Planungsschritte erfolgten zahlreiche Ausarbeitungen der städtischen und anderer Ämter und Auftragnehmer, die anschließend zur Diskussion gestellt wurden.

Nach eingehenden Untersuchungen und Stellungnahmen der städtischen Ämter und anderer Institutionen erfolgte am 16. Juni 1994 bei einer **"Werkstatt"** die gegenseitige Information über die bisherigen Ergebnisse der Einzeluntersuchungen und eine ausführliche Diskussion über die gemeinsamen und die konträren Einschätzungen der Entwicklungsmöglichkeiten im Gebiet. (siehe Protokoll Werkstatt I)

DIPL.-ING. INGEBORG SPENGELIN · PROFESSOR FRIEDRICH SPENGELIN · ARCHITEKTEN BDA · PARTNER DIPL.-ING. CHRISTIAN BOES

PROFESSOR FRIEDRICH SPENGELIN IN SOZIELTÄT MIT
FRIEDRICH SPENGELIN UND GERNOT BAUM · HÖLDERLINSTRASSE 20 · 22607 HAMBURG/GR. FLOTTBEK · TELEFON (040) 825151
PLANERGRUPPE SPENGELIN-GERLACH-GLAUNER UND PARTNER · NEUER MARKT 18 · 53340 MECKENHEIM · TELEFON (02225) 2077

In Weiterführung der erzielten Ergebnisse erfolgten, nunmehr zielgerichtet, Konkretisierungen der Flächenwidmung aus der Sicht der unterschiedlichen Disziplinen, die in einer zweiten "Werkstatt" am 20. Juli 1994 ausgiebig diskutiert wurden. Das Ergebnis dieser Gespräche wurden in einem Plan skizzenhaft zusammengefaßt, der von allen Beteiligten als tragfähiger Kompromiß und als Grundlage für die weitere Bearbeitung akzeptiert wurde. (siehe Protokoll Werkstatt II)

Die beiden Werkstattgespräche wurden von Prof. Spengelin moderiert, der es auch übernahm, die erzielten Ergebnisse jeweils zeichnerisch in groben Umrissen zu fixieren. (Zeichnung Nr. 1131/1 und 1131/2)

Nach weiteren Gesprächen erfolgte am 26. August 1994 der Auftrag an das Büro Spengelin in Zusammenarbeit mit dem Stadtplanungsamt zur maßstäblichen Darstellung des erarbeiteten Planungsstandes und der Ausarbeitung eines skizzenhaften Strukturplanes auf Grund generalisierter Bestandsanalysen. Diese Planfassung (Zeichnung Nr. 1131/10 und 1131/11) wurde am 6. Oktober 1994 dem Planungsausschuß sowie den Ausschüssen für Umwelt und Gesundheit und Liegenschaft und Wirtschaftsförderung mit zwei Alternativen erläutert. Die Alternativen unterschieden sich durch unterschiedliche Standorte für die Zentralen Einrichtungen der Versorgung und, davon abhängig, durch Dichtewerte der Wohnbau- und Mischflächen.

Ein Angebot für Planungsleistungen, die zur Erstellung der 1. Stufe eines Rahmenplanes führen sollten, wurde am 20.01.95 erarbeitet und vorgelegt. Ein entsprechender Auftrag konnte jedoch nicht erteilt werden, sondern lediglich am 17.02.95 ein Teilauftrag für ein Städtebauliches Rahmenkonzept, das sich schwerpunktmäßig auf die Flächendisposition bezieht.

Diese Leistungen werden, nach mehreren Besprechungen vor Ort, am 2. Mai 1995 abgeliefert.

Für diese 2. Planungsphase hat der Rat der Stadt Osnabrück am 06.12.94 Rahmenbedingungen beschlossen:

1. den weiteren städtebaulichen und freiraumbezogenen Planungen im Untersuchungsbereich für eine eventuelle Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme das ergänzte Strukturkonzept einschl. der städtebaulichen Rahmenbedingungen zugrunde zu legen; Grundlage der Planung ist die abgeänderte Alternative II (Zentrum östlich der BAB A 33); ein Zentrum an der Windhorststraße wird abgelehnt;
2. dieses Strukturkonzept einschließlich der städtebaulichen Rahmenbedingungen zu veröffentlichen und zur Grundlage der Erörterungen mit den Betroffenen (§§ 137, 138 BauGB), den Trägern öffentlicher Belange (§ 139 BauGB) und der Öffentlichkeit zu machen;
3. auf der Basis dieses Strukturkonzeptes einen Vorschlag für eine entsprechende Neuabgrenzung des Untersuchungsbereiches einschließlich des Geltungsbereiches für die Vorkaufrechtssatzung zu entwickeln;
4. um die Unsicherheit über die weitere Nutzung der Flächen zu beenden, soll zügig weitergearbeitet werden.

Diese Überlegungen, die in einer Anlage spezifiziert wurden, sind im vorliegenden städttebaulichen Rahmenkonzept weitestgehend berücksichtigt und sind - genauso wie die Vorstellungen der städtischen Ämter - in den Plänen Nr. 1131/19 sowie 1131/23 bis 28 und in diesen Erläuterungsbericht eingearbeitet worden.

2. Zielvorstellungen der Planung

Die Konzeption der Teilpläne wird durch folgende Kriterien charakterisiert:

- Siedlungsstrukturkonzept Alternative A (Zeichnung Nr. 1131/23)
- Siedlungsstrukturkonzept Alternative B (Zeichnung Nr. 1131/24)
- Freiflächenkonzept (Zeichnung Nr. 1131/25)
- Verkehrskonzept (Zeichnung Nr. 1131/26)
- Berechnungsplan/Nutzungskonzept (Zeichnung Nr. 1131/27)
- Flächenbilanz (Zeichnung Nr. 1131/28)

1. Angestrebt wird ein Stadtteil der **kurzen und attraktiven Wege**. Das führt zu einer Planung von **Fuß- und Radwegeverbindungen**, die alle für die Bevölkerung wichtigen Standorte miteinander verbinden und durch abwechslungsreiche, öffentliche städtebaulich oder landschaftsplanerisch gestaltete Räume geführt werden.
2. Das gesamte **Erschließungsnetz** wird **hierarchisch gegliedert** und bewirkt **gute Orientierung**. Es ist in starkem Maße an der Topographie orientiert.
3. Um eine **Chancen-Gleichheit** zwischen öffentlichem und individuellem Personenverkehr zu erzielen, wird die **Weglänge beeinflusst**, d.h. der Bus bekommt direkte Strecken und dem Auto werden Umwege zugemutet, die zugleich den Vorteil haben, den PKW-Verkehr aus bestehenden und künftigen Wohngebieten weitgehend herauszuhalten. An welcher Stelle dabei die Windhorststraße und der Gretescher Weg unterbrochen werden, hat auf die generelle Flächenwidmung keinen Einfluß. Die möglichen Orte der Unterbrechung sind in den Plänen Nr. 1131/23 und 24 dargestellt.
4. Die **Knotenpunkte** des Fuß- und Radwegesystems sind den Standorten der **Zentralen (infrastrukturellen) Einrichtungen** vorbehalten. Sie liegen auch günstig zu den Wohnsammelstraßen und den Haltestellen des ÖPNV.
5. Neue **Gewerbeflächen** haben guten direkten Anschluß an die **Autobahn**. Hierfür bieten sich die Lagen im Süden, die auch an bestehende Flächen anschließen, in besonderem Maße an. Die ausgewiesenen Flächen werden durch Erschließungsstraßen und Grünverbindungen (im Sinne eines "Gewerbeparks") wirkungsvoll gegliedert. Auf Grund der klaren Geometrie ist eine sehr flexible Aufteilung gewährleistet.
6. Die oberirdische **Regenwasserabführung** durch Mulden und Gerinne, eventuell mit Stau-, Versickerungs- und Rückhaltebecken, in die vorhandenen Vorfluter Röthebach und Behmerbach, soll ein besonderes Charakteristikum der Gliederung im Inneren der neuen Baugebiete bilden (soweit möglich auch unter Weiterführung durch eine Umgestaltung bestehender Bauflächen). Das bedeutet: Unbedingte Rücksichtnahme auf die topographischen Gegebenheiten bei der Begrenzung der Flächen und der Abgrenzung der Flächen unterschiedlicher Nutzung.
7. Die Realisierung der Entwicklungsmaßnahme muß in **kleinen in sich abgeschlossenen Bauabschnitten** möglich sein, die sich im Laufe der Zeit zu größeren, als solche erkennbaren Einheiten ergänzen und zusammenfügen. Das verlangt insbesondere eine Gliederung der ganzen Fläche des Entwicklungsbereiches unter **Einbeziehung der vorhandenen topographischen Besonderheiten** (Hofstellen,

Baumgruppen und Alleeen, Wasserläufe, Visierbrüche usw.) Die Strategie verlangt, daß ein Gleichschritt in der Realisierung von neuen Wohnungen und der dafür nötigen Infrastruktur erfolgt. Dabei ist nicht zu vergessen, daß bestimmte Teile der "Wohnvoraussetzungseinrichtungen" schon einen Vorlauf haben müssen, um das "Erst-Image" des neuen Gebietes positiv zu gestalten und von vornherein zu bewirken, daß sich die neuen Bewohner auch auf die ihnen gewidmeten neuen Standorte orientieren.

3. Flächenwidmung

Die neu ausgewiesenen Flächen komplettieren die bestehenden Siedlungsbereiche bzw. die etwas verstreuten Ansätze auch mit dem Ziel, durch den Neuzugang von Kaufkraft auch die Versorgungsqualität der bestehenden Baugebiete zu verbessern. Unter diesem Aspekt nimmt die vorgesehene Bebauungsdichte in der Umgebung der Siedlungsschwerpunkte zu und nach den Rändern hin ab.

Das differenzierte Erschließungsnetz ist so geführt, daß die neuen Siedlungsflächen und der weit überwiegende Teil der bestehenden Gebiete durch den ÖPNV in Radien von 300 Metern um die Stationen voll erfaßt werden.

Im Zusammenhang mit den zentralen Versorgungseinrichtungen ist auch ein neuer Schulstandort ausgewiesen.

Die Trasse der Autobahn A33/B51 stellt zwar einerseits eine Zäsur zwischen den beiderseits gelegenen neuen und alten Gebieten dar, kann aber auch wesentliche Verkehrsströme übernehmen und damit aus den bebauten Gebieten fernhalten. Auf Grund der Höhenlage der Autobahn (Damm oder Einschnitt) sind für Fußgänger und Radfahrer problemlose Verbindungen unter bzw. über der Bahn möglich.

Für das Wohnen besonders geeignet sind die nach Süden und Westen geneigten Hänge unterhalb der Waldkulisse. Diese, aber auch die übrigen Wohnbauflächen, sind jeweils derart situiert, daß kurze Wege aus dem Gebiet heraus zu den Erholungsflächen möglich sind und daß sich ein "inneres Grüngerüst" ergibt, welches sowohl durch bestehende und künftige Vegetation als auch durch die Mulden für die Ableitung des Regenwassers strukturiert wird.

4. Erschließungskonzept

Alternative A

Basis der Gesamterschließung ist die Nordstraße, die den zu- und abfließenden motorisierten Verkehr zur Bremer Straße im Norden und zur Mindener Straße im Süden - und von dort zur A 33 - führt, so daß alle großräumigen Verkehre (städtisch und regional) auf ein übergeordnetes Verkehrsnetz geleitet werden (s. auch Zeichnung Nr. 1131/9). Die einzige durchgehende West-Ost-Verbindung ist dabei die Belmer Straße.

Die Windhorststraße und der Gretescher Weg werden für den motorisierten Individualverkehr unterbrochen, so daß nur der Busverkehr weiterfahren kann. Auf diese Weise hat der Bezug aller Erschließungsbewegungen auf die Nordstraße eindeutige Priorität.

Das Erschließungsnetz ist so angelegt, daß - auch ohne Verkehrszeichen - die Orientierung in den neuen Gebieten leicht möglich ist. Hierzu dienen insbesondere die Ausbaukriterien, die, sowohl durch die Querschnittsgestaltung, insbesondere aber auch durch die Alleebepflanzung eindeutige "optische Signale" geben. Die wichtigsten Trassenelemente sind wie folgt differenziert:

▪ Hauptverbindungen und Sammelstraßen (KATEGORIE A1 bzw. A2 und B)

Hierzu gehört insbesondere der Ausbau der Nordstraße und der östliche Teil der Windhorststraße sowie Teile des Strothmannsweges. Die Querschnitte sind entweder zweispurig (6 Meter) mit Abbiegespuren an den wichtigsten Kreuzungen oder dreispurig (9 Meter), wobei die mittlere Spur teilweise als Grünfläche ausgebildet wird und nur bei den wichtigen Kreuzungen dem Verkehr zur Verfügung steht. Diese Straßen werden alleeartig beidseitig bepflanzt und haben entweder einseitig oder beidseitig einen Bürgersteig. Durch diese Straßen wird auch der ÖPNV geleitet.

▪ Anliegerstraßen (KATEGORIE C)

Diese Straßen, die sowohl zur weiteren Verteilung des Individualverkehrs als auch zur unmittelbaren Erschließung der Grundstücke dienen, sind als Stiche bzw. als Schlaufen trassiert. Sie sollen Fahrbahnen von 4,50 m bis 5 m haben und einseitige Alleebepflanzung mit einem Bürgersteig.

▪ Kurze Wohnstraßen (KATEGORIE D)

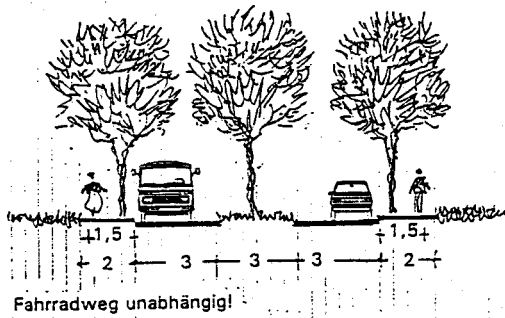
Die Straßen sind als Stichstraßen ausgebildet, entweder 4,50 m breit mit einseitigem Bürgersteig oder (bevorzugt) als Mischfläche gestaltet.

▪ Fuß- und Radwege

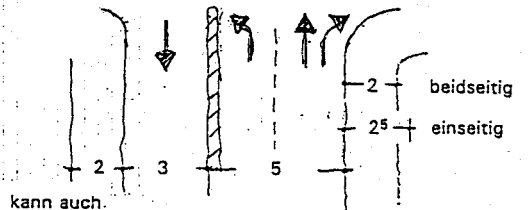
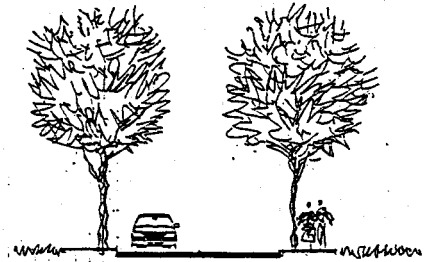
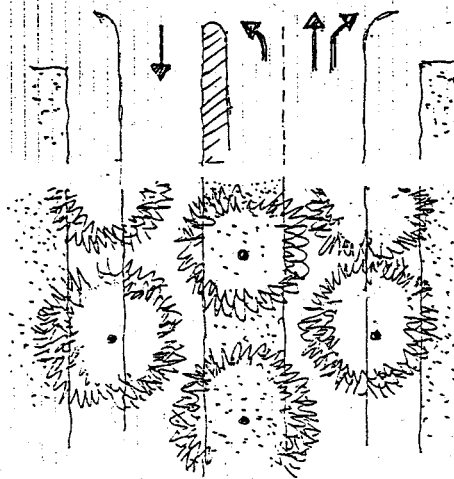
Das übergeordnete System der Fuß- und Radwege stellt jeweils eine kürzere bzw. direktere Verbindung innerhalb sämtlicher wichtigen Standorte im Gesamtgebiet dar, so daß die Möglichkeit besteht, einen "Weg-Längen-Vorteil" gegenüber dem motorisierten Individualverkehr zu haben. Auf Grund dieser Tatsache wird vorgeschlagen, entlang der Straßen-Kategorien A und B keine gesonderten Radwege auszubilden, da generell Tempo 30 herrschen sollte und in diesem Zusammenhang die Radfahrer auf der Straße ein retardierendes Moment für die Geschwindigkeit darstellen.

▪ ÖPNV

Der ÖPNV wird im Sinne des Gesamtkonzeptes als "Fortführung des Fußgängerverkehrs mit anderen Mitteln" angesehen. Durch zwei Linien werden die neuen und die alten Wohngebiete und das Gewerbegebiet optimal erschlossen (s. Zeichnung 1131/26 mit Eintragung von 300-m-Radien um die Haltestellen). Die beiden neuen Linien werden miteinander am Standort des Zentrums verknüpft, so daß sich optimale Umsteigemöglichkeiten sowohl zu den bestehenden Schulen als auch zu der neuen Schule ergeben. Beide Linien haben Verknüpfungspunkte mit der im Süden das Gebiet tangierenden Linie auf der Mindener Straße und können - einen zukünftigen ÖPNV auf der Schiene vorausgesetzt - zum Bahnhof Lüstringen weitergeführt werden.



KATEGORIE A1



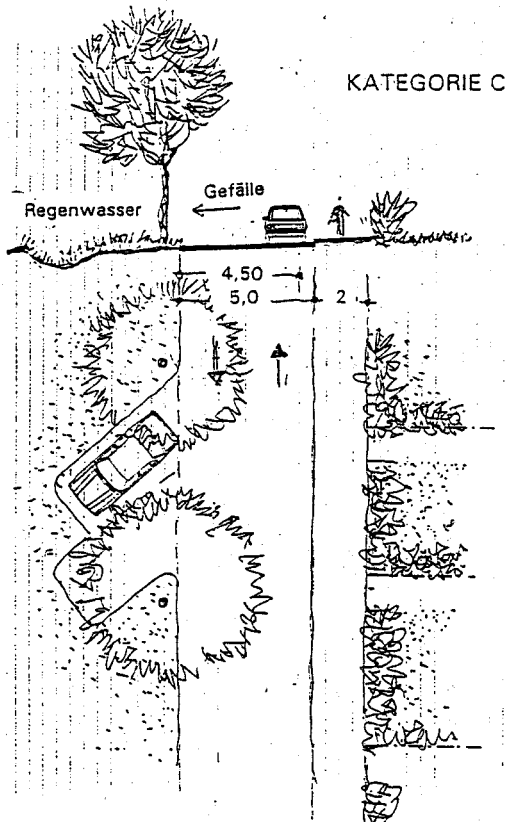
2 beidseitig
25 einseitig

kann auch entfallen!

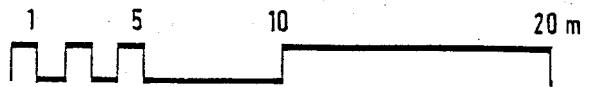
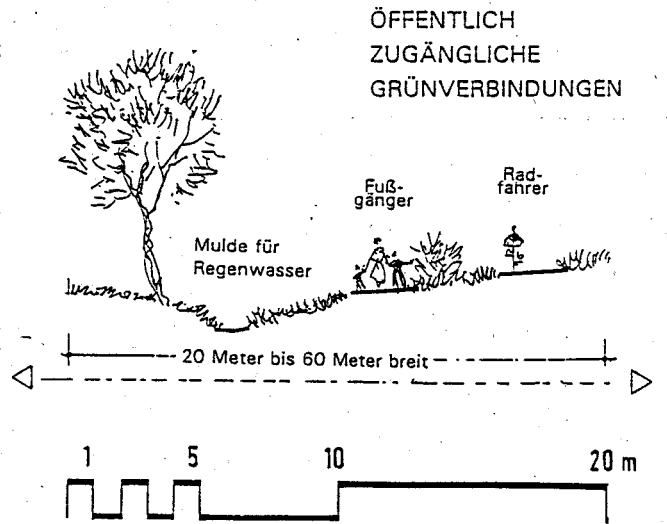
Pflanzabstand 6 - 9 m

KATEGORIE A2
KATEGORIE B

OSNABRÜCK



KATEGORIE C



M 1:250

Alternative B

Das Gesamtkonzept ist so angelegt, daß die Unterbrechung der Windhorststraße und des Gretescher Weges für den motorisierten Individualverkehr auch so gestaltet werden kann, daß die an der Windhorststraße gelegenen Wohngebiete und die Sportanlage am Gretescher Weg nicht an die Nordstraße, sondern an die beiden genannten Straßen angeschlossen werden. Hier stellt also die A 33/B 51 die "Trennlinie" dar. An welcher Stelle die Straßenunterbrechungen durchgeführt werden (unter Umständen auch zeitversetzt bzw. temporär) muß im weiteren Verlauf der Planung entschieden werden und wird insbesondere von der Realisierung der einzelnen Bauabschnitte abhängig sein.

5. Freiflächenplanung

■ Öffentliche Grünflächen

Das gesamte Neubaugebiet wird durch öffentlich zugängliche Grünverbindungen, die in starkem Maße auf topographische Vorgaben bzw. auf Freihaltezonen (Hochspannungsleitungen) bezogen sind, gegliedert. Das dadurch entstandene sehr differenzierte Netz übernimmt verschiedene Funktionen:

- Ableitung des Oberflächenwassers, der Dächer und Wege zu in das System eingebauten Versickerungsmulden und Rückhaltebecken
- Fuß- und Radwege mit Ausweitungen, die teilweise bestehende Vegetation einbeziehen.
- Im Verlauf dieses Netzes sollen Spielplätze für unterschiedliche Altersstufen bzw. auch Aufenthaltsbereiche für Erwachsene angeordnet werden.
- Die Wegeführung nimmt nicht nur Rücksicht auf eine kurze und attraktive Verbindung der wichtigen Infrastruktur-Standorte (Einkaufsbereich, Schulen, Kleingärten, Sport usw.), sondern führt auch zu den vorhandenen Wanderwegen, die das Gebiet tangieren.
- In dem Verlauf des Fuß- und Radwegnetzes sind zudem Aussichtspunkte einbezogen, die sowohl das Landschaftserlebnis ermöglichen, als auch Sichtschneisen zu Orientierungspunkten (z. B. Turm der Rosenkranzkirche) freihalten.

■ Ausgleichsflächen

Die nicht zur baulichen Nutzung herangezogenen Flächen im Planungsgebiet werden als Ausgleichsflächen ausgewiesen, die einerseits der Nächstherholung der alten und neuen Bewohner dienen sollen und andererseits als parkartige Landschaft mit hohem ökologischem Wert dem Entstehen einer großen Artenvielfalt (Fauna und Flora) dienen sollen. Zu diesem Zwecke sollen die bisher weitgehend der intensiven Landwirtschaft dienenden Flächen raumgliedernd bepflanzt werden (auch entlang der Waldränder). Die hier vorgeschlagenen prinzipiellen Möglichkeiten müssen in einer weiteren Stufe genauer erarbeitet und bewertet werden.

▪ Hofstellen

Die vorhandenen Höfe bzw. andere ausparzellierte Standorte unterschiedlicher Nutzung wurden bewußt in das Siedlungsstrukturkonzept nicht einbezogen. Hier müssen zu gegebener Zeit differenzierte Vorschläge für die künftige Nutzung erarbeitet werden. Das Konzept stellt, in diesem Zusammenhang, jedoch die Belegenheit dieser Flächen an öffentlichen Straßen oder Wegen sicher.

6. Zum Problem der Bebauungsdichte

Bei den vorliegenden und weiter anstehenden detaillierteren Untersuchungen zur Flächendisposition müssen qualitative und quantitative Kriterien miteinander in Einklang gebracht werden mit dem Ziel, der künftigen Entwicklungsmaßnahme Vorbildcharakter zu geben, was notwendigerweise zu einer Integration städtebaulicher, ökonomischer, ökologischer und erschließungstechnischer Überlegungen führen muß. Die anzustrebenden Bauformen für die Wohnbereiche und prinzipielle Entscheidungen über die Standorte zentraler "Wohnfolgeeinrichtungen" spielen dabei ebenfalls eine große Rolle. Auch die Grundstücksbesitzverhältnisse und die Grundstücksverfügbarkeit wurden, wo irgend möglich, auch um Verzögerungen zu vermeiden, berücksichtigt.

Eine Grundvoraussetzung für die Dimensionierung der zu bebauenden Wohn- und Gewerbeflächen, damit auch für die Funktion und Qualität des Erschließungsnetzes (ÖPNV!) ist eine Übereinkunft über die Dichte der Baugebiete, die sinnvollerweise auch politisch abgesichert werden muß, da für die Wohngebiete hier nicht nur tatsächliche und angebliche "Vorlieben" der künftigen Bewohner, sondern auch Aufwand und Kosten für die öffentliche Hand eine große Rolle spielen.

Wenn Ökologie als die Lehre vom Haushalten verstanden wird - und Haushalten beinhaltet Bescheidenheit in den Ansprüchen und ein kluges Abwägen von Aufwand und Wirkung - dann ist dies gerade dann, wenn öffentliche und private Mittel knapp sind, eine besondere Verpflichtung. Es geht darum, nicht nur die Investitionskosten sondern vor allem die Folgekosten gering zu halten. - Das ist ein Unterschied.

Wenn man sich, eingedenk des § 1 des BauGB, mit dem Problem des Flächensparens auseinandersetzt - und das heißt größere Bebauungsdichte - muß man sich erinnern, daß die Fachdiskussion über dies Thema sich schon seit Jahrzehnten hinzieht und daß im Laufe der Zeit immer neue Argumente hinzugekommen sind, ohne daß die alten ihre Bedeutung verloren haben.

- Das Schlagwort "Gesellschaft durch Dichte", bewußt provozierend formuliert, war 1963 Thema einer großen Tagung in Gelsenkirchen, die 1964 durch eine weitere mit dem Titel "Großstadt, in der wir leben möchten" weitergeführt wurde.

- Die Ausstellung "Heimat Deine Häuser", unter der Schirmherrschaft von Werkbund, BDA und TH Stuttgart 1963 von jungen Architekten und dem Gartenarchitekten Hans Luz erarbeitet, befaßte sich unter dem Slogan: "Chance verpaßt, rettet den Rest" insbesondere auch mit der Zersiedlung, auf welche der Werkbund unter dem maßgeblichen Einfluß von Walter Rossow bereits Ende der 50er Jahre mit seiner Warnung vor der "großen Landzerstörung" hingewiesen hatte.

Hierzu zwei aktuelle Meldungen von dpa:

11.04.95 aus Paris:

"Einer Studie der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und der Konferenz der Europäischen Verkehrsminister (EMCT) zufolge soll vor allem der Benzinpreis um real 7 Prozent in den nächsten 20 Jahren angehoben werden. (...) Erforderlich sei es auch, den öffentlichen Nahverkehr zu modernisieren sowie durch eine veränderte Siedlungspolitik Verkehr zu vermeiden."

22.04.95 aus Bonn:

"Die Bevölkerung in Deutschland wird bis zum Jahr 2010 voraussichtlich um fünf Millionen auf 85,7 Millionen anwachsen. Das geht aus der ersten gesamtdeutschen Bevölkerungsprognose der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung hervor, die Bundesbauminister Klaus Töpfer vorstellte. Als "dramatische Entwicklungen" werden eine weitere Bevölkerungskonzentration auf die Ballungszentren und Verluste in den ländlichen und ostdeutschen Regionen genannt. (...) Das Umland der großen Zentren (...) werde noch um bis zu zehn Prozent wachsen."

Zu der Berücksichtigung funktionaler, formaler und sozialer Überlegungen - die in Hinsicht auf maßvolle Dichte seit Jahrzehnten gute Stadtplanung charakterisieren - treten seit geraumer Zeit ökologische Fragen, die inzwischen auch allgemeine Aufmerksamkeit gefunden haben. Die Notwendigkeit einer weitgehend "landschaftsunschädlichen" Planung, ebenso wie das Klimaproblem (durch die Konferenz in Berlin zum mindesten publizistisch in die allgemeine Diskussion gelangt) führen zur Forderung einer dichten Bebauung.

Noch immer besteht der - aus der Sicht des Einzelnen begreifliche - Wunsch nach dem Einfamilienhaus. Bei der Frage nach seiner möglichen Realisierung gibt es überall - so sicher auch in Osnabrück - Konflikte zwischen Kernstadt und Umland.

Es ist notwendigerweise die Aufgabe der Planer und der Kommunalpolitik, in den Kernstädten die Bedeutung baulicher Dichte der Allgemeinheit vor Augen zu führen und zugleich unter Beweis zu stellen, daß auch viele der zweifellos vorhandenen Werte des Einfamilienhauses in den Geschosßbau integriert werden können bzw. im verdichteten Flachbau zu realisieren sind.

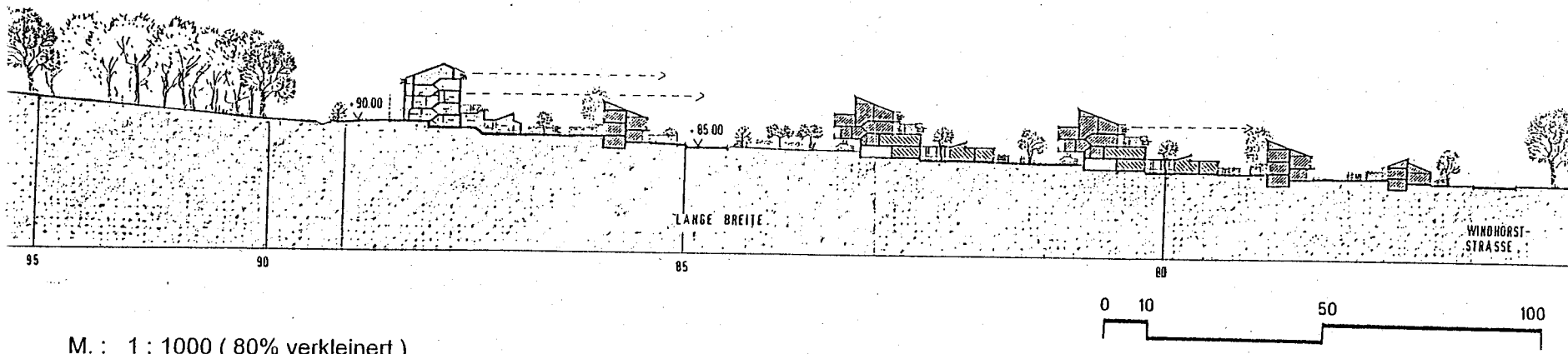
Dies alles führt zu dem Bemühen, so etwas wie "Häuser im Haus" zu planen, wobei deutlich wird, daß jedes Geschoß in einem höheren Gebäude seine besonderen Eigenschaften hat, die es, - im Sinne individueller Bedürfnisse unterschiedlicher Familien -, zu nutzen gilt, wodurch sich eigentlich von selbst verbietet - so wie es schon A. Arndt in seiner großen Rede über "Demokratie als Bauherr" kritisiert hat - stumpfsinnig gleiche Wohnungen übereinander zu schichten.

Eine wichtige Rolle in der Diskussion muß dabei das Herausstellen der Synergie-Effekte einer ökologisch - und ökonomisch! - sinnvollen Planung spielen.

Nur eine konzentrierte Bebauung führt zu:

- Effektiver Nutzung der Infrastruktur und Verkehrsvermeidung,
- Energie-Einsparung jeder Art (z.B. Einsatz von Blockheizkraftwerken innerhalb von "Wärmeinseln"),
- Effektivem Einsatz öffentlicher Verkehrsmittel mit kurzer Zugfolge bei Haltestellen mit Einzugsbereichen innerhalb maximaler Radien von 300 bis 500 m,
- Sinnvollem Wasserhaushalt,
- Kurzen Wegen aus den Wohngebieten heraus zu unterschiedlich strukturierten und genutzten Flächen für die Nächsterholung (auch zeit- und energiesparende Anordnung von Mietergärten anstelle von Schrebergärten ist hier wichtig) usw.

Die besonderen Vorteile, welche die ausgewiesenen Bauflächen Nr. W1, W2, W3, 01, 03, 05 auf Grund der Hanglage und der Ausrichtung nach Süden bzw. Südwesten bieten, sollte es erlauben, gerade hier beispielgebend konzentrierten Flachbau und differenzierten Geschoßbau zu realisieren, der von den künftigen Bewohnern als reale Alternative zum freistehenden Einfamilienhaus akzeptiert wird. Die im Städtebaurecht möglichen Ausweisungen besonderer Bauweisen müssen dabei genutzt werden.



M. : 1 : 1000 (80% verkleinert)

Geländeschnitt nördlich der Windhorststraße bis zum Ansatz des Waldes

7. Überlegungen zum Standort und zur Gestalt des Zentrums

Die Identifizierung mit der Stadt - das Heimatgefühl - kann sich nicht allein auf den Stolz über die in der City zutage tretenden Werte beschränken. "Stadtteilkultur" ist ja inzwischen bereits ein Schlagwort geworden. Ist das aber genug für eine Stadtteilidentifikation? Sollten hier nicht auch Innen- und Außenräume, die mit baulichen und städtebaulichen Mitteln gebildet sind, zu einer Art Symbol werden? Wichtig ist dabei, daß die Bildung solcher Mittelpunkte eine Konzentration auch der finanziellen Mittel aus den verschiedensten Töpfen und Töpfchen erfordern würde, also ein Überspringen des Ressortdenkens, das fast überall noch allzusehr herrscht. Durch Zusammenkunft öffentlicher und privater Investitionen ließen sich Quartier-Zentren schaffen, die mehr sind als eine Ladenansammlung und ein vielleicht dazugestelltes Kulturhaus. Gefragt sind stadträumliche Qualität, Aufenthaltsqualität.

Wenn ein heute geläufiges Schlagwort, das "Erlebnisgesellschaft" heißt, unsere Befindlichkeit charakterisiert, so wird damit wohl nicht nur auf einen Modetrend verwiesen, sondern auch auf ein Bedürfnis, auf das die Planung mit nüchternen, am möglichen finanziellen Rahmen orientierten Erwägungen und mit seriösen Mitteln antworten muß.

In einem Wirtschaftssystem, das die Quantität und Qualität der Versorgungseinrichtungen dem freien Markt unterstellt, ist dabei die Standortwahl für ihre Attraktivität von besonderer Bedeutung. Der notwendige "Vorlauf" der "Wohnfolgeeinrichtungen" die "Wohnvoraussetzungseinrichtungen" sein müßten, läßt sich wirtschaftlich nur realisieren, wenn es gelingt, von Anfang an entsprechendes Käuferpotential aus bestehenden Wohnbereichen "anzulocken", um eine bestimmte Auslastung der Primäreinrichtungen zu provozieren. Die Charakteristiken eines so gearteten Zentrums sind: Aufforderungscharakter, Gemütlichkeit, Unverwechselbarkeit, Multifunktionalität, kurz jede Art von Einladung zum Verweilen.

Der Idealstandort eines attraktiven Treffpunktes liegt für viele tägliche oder wöchentliche Aktivitäten "am Wege". Das bedeutet z. B.: die Haltestelle des ÖPNV, die Erledigung zahlreicher Besorgungen (öffentlicher und privater Art) wie Einkaufen, Kaffee Trinken, Treffen und Bleiben, Sport, Kultur, Kirche. Auch die Verbindung mit dem Schulstandort und dem Standort des Kindergartens ist ein zuverlässiger Grund für entsprechenden Quell- und Zielverkehr.

■ Standortproblem

In den Plänen Nr. 1131/10 (Strukturplan Alternative 1) und Nr. 1131/11 (Strukturplan Alternative 2) wurden zwei mögliche Standorte für das Zentrum, einmal an der Windhorststraße unter Einbeziehung der Hofanlage Vinke und zum anderen östlich der Autobahn und südlich des Gretescher Weges dargestellt. In beiden Fällen war die unmittelbare Anknüpfung an bestehende Siedlungsgebiete und die gute Erreichbarkeit durch den ÖPNV sowie die Direktbeziehung zu schulischen Einrichtungen eine Voraussetzung für die Standortwahl. Auf Grund der zwischenzeitlich getroffenen Ratsentscheidung wurde in der vorliegenden Planung der Zentrumsstandort am Gretescher Weg weiterverfolgt.

1131/28
Siedlungsstrukturkonzept '95
Flächenbilanz

Osnabrück Schinkel Ost

Bauflächen

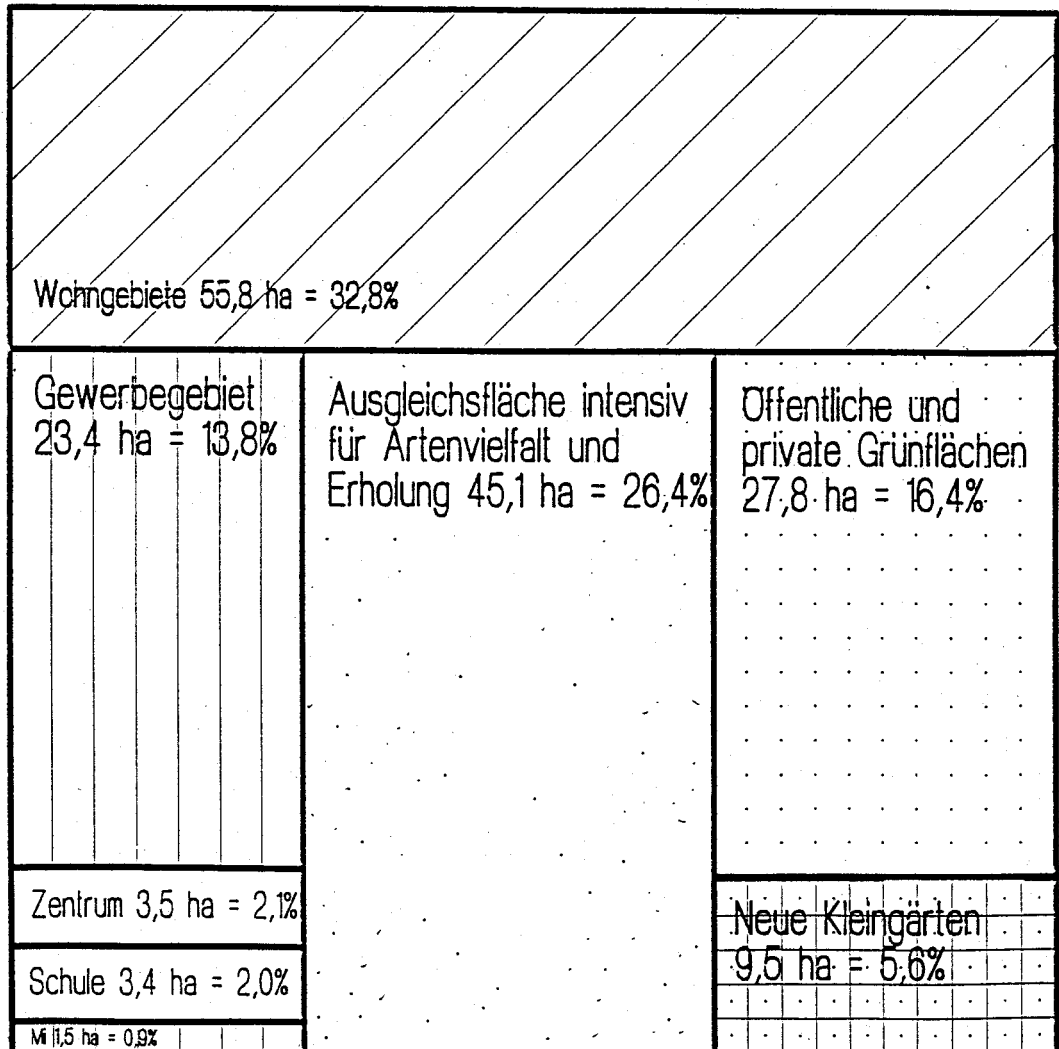
51,6%

20.4. 1995

Freiflächen

48,4%

Gesamtfläche 170,0 ha = 100%



EINZELAUFSTELLUNG ZUR FLÄCHENBILANZ

Wohngebiete:

Gebiet	Bruttofläche	Nettofläche	GFZ	Einwohner
W 1	5,2 ha	3,9 ha	0,45	370 - 440
W 2	6,0 ha	4,5 ha	0,6	580 - 680
W 3	6,2 ha	4,7 ha	0,6	600 - 700
W 4	1,6 ha	1,2 ha	0,7	180 - 210
W 5	3,0 ha	2,3 ha	0,7	340 - 400
O 1	4,2 ha	3,2 ha	0,45	300 - 360
O 2	5,5 ha	4,1 ha	0,55	480 - 560
O 3	3,7 ha	2,8 ha	0,55	330 - 390
O 4	5,2 ha	3,9 ha	0,75	620 - 730
O 5	3,2 ha	2,4 ha	0,6	310 - 360
O 6	4,4 ha	3,3 ha	0,8	560 - 660
O 7	7,6 ha	5,7 ha	0,8	970 - 1140
Zentrum				250
Einwohner insgesamt:				5.890 - 6.880

Mischgebiete:

Gebiet	Bruttofläche	Nettofläche	GFZ	Nutzfläche
Zentrum	3,5 ha	2,6 ha	0,8	12.000 qm
Mischgebiet	1,5 ha	1,1 ha	0,8	9.000 qm
Nutzfläche insgesamt:				21.000 qm

Gewerbegebiete:

Gebiet	Bruttofläche
G 1	4,6 ha
G 2	1,8 ha
G 3	1,6 ha
G 4	3,2 ha
G 5	1,5 ha
G 6	3,7 ha
G 7	5,3 ha
G 8	1,7 ha
Insgesamt	23,4 ha

**Zusammenstellung der geplanten voraussichtlichen Straßen
(unterteilt nach dem Ausbaustandard)**

▪ Hauptverbindungen und Sammelstraßen:	
Kategorie A (auf vorhandenen Straßen)	4.650 m
Kategorie A und B (neue Straßen)	3.050 m
▪ Anliegerstraßen:	
Kategorie C	3.650 m
▪ Kurze Wohnstraßen:	
Kategorie D	1.800 m

- Kuttler, W./Kommunalverband Ruhrgebiet (1987):** Videofilm - Das Wetter ist Menschenwerk. Stadtökologie - eine neue Wissenschaft. Essen 1987. Verschriftung der Tonaufnahme Lange, V., Projekt NUSO. Osnabrück 1995.
- Kuttler, W. (1993):** Planungsorientierte Stadtklimatologie. Geographische Rundschau 45 (2): 95-106.
- Kuttler, W. (1993):** Stadtklima. In: H. Sukopp/R. Wittig (Hrsg.) Stadtökologie, 116-153.
- Rosenzweig, K. (Hrsg.):** Niedersächsisches Naturschutzgesetz - Feld- und Forstordnungsgesetz. Textausg. mit Einleitung, Auszug aus dem Bundesnaturschutzgesetz, Baumschutzsatzung und Gesetzesregister. 5., überarb. Aufl. Göttingen 1994.
- Stadt Osnabrück, Der Oberstadtdirektor, Grünflächenamt (Hrsg.):** Landschaftsrahmenplan. Stadt Osnabrück 1992.
- Sukopp, H./Wittig, R. (Hrsg.):** Stadtökologie. Stuttgart; Jena; New York 1993.
- Warsewa, G./Spitzley, H. (Hrsg.):** 2010. Perspektiven ökologischer Stadtgestaltung. Bremen 1993.
- Weber, Heinrich E.:** Flora von Südwest-Niedersachsen und dem benachbarten Westfalen. Osnabrück 1995.
- Wessel, J./Gesind, H.:** Umwelt-Bildung. Spielend die Umwelt entdecken. Neuwied; Kriftel; Berlin 1995.
- Wilmans, Otti:** Ökologische Pflanzensoziologie. 3., erw. Aufl., Heidelberg 1984.
- Wittig, R./Zucchi, H. (Hrsg.):** Städtische Brachflächen und ihre Bedeutung aus der Sicht von Ökologie, Umwelterziehung und Planung. Frankfurt 1993.

Literatur

- Arbeitsgemeinschaft Spörhase/Wulff:** Karten zur Entwicklung der Stadt. Das Werden des Stadtgrundrisses im Landschaftsraum. Osnabrück 1988.
- Arbeitsgruppe Systemforschung Universität Osnabrück:** Untersuchungen über die Quantität und Qualität der Bodenversiegelung eines Teiles der Stadt Osnabrück. Beitrag Nr. 5. Osnabrück 1989.
- Bastian, O. (Hrsg.):** Analyse und ökologische Bewertung der Landschaft. Jena; Stuttgart: G. Fischer 1994.
- Becker, G. (Hrsg.):** Stadtentwicklung. Natur in der Stadt - Bilder zur Osnabrücker Umweltgeschichte. Pfaffenweiler 1991.
- Bergstedt, J.:** Handbuch angewandter Biotopschutz - Ökologische und rechtliche Grundlagen. Merkblätter und Arbeitshilfen für die Praxis. Landsberg; Lech 1992.
- Bochnig, S./Selle, K. (Hrsg.):** Freiräume für die Stadt. Sozial und ökologisch orientierter Umbau von Stadt und Region. Bd. 1: Planung, Konzepte, Erfahrungen. Bd. 2: Instrumente der Freiraumentwicklung. Wiesbaden u. Berlin 1993.
- Doernach, R.:** Naturwerkstatt. Mit den Kreisläuffern der Natur leben und arbeiten. Entwürfe und Denkanstöße. Frankfurt/M.: S. Fischer 1985.
- dtv-Atlas zur Stadt.** Von den ersten Gründungen bis zur modernen Stadtplanung. München 1994.
- Bürgerverein Osnabrück-Schinkel von 1912 e. V. (Hrsg.):** Schinkeler Geschichte(n). Osnabrück 1990.
- Hanf, M.:** Ackerunkräuter Europas mit ihren Keimlingen und Samen. 2., unv. Aufl. München; Frankfurt/M.; Münster-Hiltrup; Wien; Bern 1984.
- Hard, G./Pirner, J. (1985):** Stadtvegetation und Freiraumplanung - Am Beispiel der Osnabrücker Kinderspielplätze. Osnabrück 1985.
- Hard, G./Kruckemeyer, F. (1992):** Stadtvegetation und Stadtentwicklung. Ber. zur deutschen Landeskunde 66: 33-60
- Hard, G. (1993):** Neophyten und neophytenreiche Pflanzengesellschaften auf einem Werksgelände (VSG, ehem. Klöckner) in Osnabrück. Natur und Heimat, Floristische, faunistische und ökologische Befunde. Westf. Museum für Naturkunde Münster/Landschaftsverband Westf.-Lippe (Hrsg.). Heft 1.
- Hoffmeyer, L. et al. (Bearb.):** Chronik der Stadt Osnabrück. Osnabrück 1985.
- Kreeb, K.:** Vegetationskunde. Methoden und Vegetationsformen unter Berücksichtigung ökosystemischer Aspekte. Stuttgart 1983.